



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

68. Sitzung

5. Wahlperiode

Freitag, 3. April 2009, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Vizepräsidentin Renate Holznagel, Vizepräsident Andreas Bluhm und Vizepräsident Hans Kreher

Inhalt

Erweiterung der Tagesordnung	3	Regine Lück, DIE LINKE	9
Antrag der Fraktionen der CDU und SPD: Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschafts- unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern durch Rücknahme von Steuerrückerstattungs- grenzen und Selbstbehalt erhöhen		Minister Volker Schlotmann	10, 12
– Drucksache 5/2379 –	3	Irene Müller, DIE LINKE	12, 16
Beate Schlupp, CDU	3	Peter Stein, CDU	12
Minister Dr. Till Backhaus	3	Ralf Grabow, FDP	14
Dr. Fritz Tack, DIE LINKE	5	Norbert Baunach, SPD	14
Ute Schildt, SPD	6	Udo Pastörs, NPD	16
Sigrun Reese, FDP	6	B e s c h l u s s	18
Raimund Frank Borrmann, NPD	7	Erweiterung der Tagesordnung gemäß § 74 GO LT	18
Dr. Henning von Storch, CDU	8	Udo Pastörs, NPD (zur Geschäftsordnung)	18
B e s c h l u s s	9	B e s c h l u s s	19
Antrag der Fraktion DIE LINKE: Investitionen aus dem Konjunkturpaket II konsequent zum Ausbau der Barrierefreiheit nutzen		Antrag der Fraktion der FDP: Stärkung der Theater- und Orchester- landschaft in Mecklenburg-Vorpommern	
– Drucksache 5/2324 –	9	– Drucksache 5/2364 –	19
Änderungsantrag der Fraktion der FDP		Hans Kreher, FDP	19, 27
– Drucksache 5/2424 –	9	Minister Henry Tesch	20
		Dr. Klaus-Michael Körner, SPD	22
		Torsten Koplin, DIE LINKE	23
		Jörg Vierkant, CDU	25
		Raimund Frank Borrmann, NPD	26
		B e s c h l u s s	28

Antrag der Fraktion der NPD:
**Diskriminierung junger Erwachsener
bei Wohnungswechsel beenden**

– Drucksache 5/2369 – 28

Michael Andrejewski, NPD 28, 30

Dr. Marianne Linke, DIE LINKE 29

B e s c h l u s s 31

Gino Leonhard, FDP 54

Werner Kuhn, CDU 55

Tino Müller, NPD 57

B e s c h l u s s 59

Nächste Sitzung

Mittwoch, 13. Mai 2009 59

Antrag der Fraktion DIE LINKE:
**Konzept zur Kultur- und Kreativwirtschaft
in Mecklenburg-Vorpommern**

– Drucksache 5/2386 – 31

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

– Drucksache 5/2422 – 31

Torsten Koplin, DIE LINKE 31

Minister Henry Tesch 32

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD 34

Hans Kreher, FDP 35

Jörg Vierkant, CDU 36

Udo Pastörs, NPD 37

Helmut Holter, DIE LINKE 38

B e s c h l u s s 40

Antrag der Fraktion der FDP:
**Nutzung von „Green IT“ als
Chance der Energieeffizienz**

– Drucksache 5/2365 – 40

Michael Roolf, FDP 40, 45

Minister Lorenz Caffier 41

Dr. Gerd Zielenkiewitz, SPD 42

Wolfgang Griesse, DIE LINKE 43

Wolfgang Waldmüller, CDU 44

Raimund Frank Borrmann, NPD 45

B e s c h l u s s 47

Antrag der Fraktion der NPD:
Abschiebung krimineller Ausländer

– Drucksache 5/2373 – 47

Udo Pastörs, NPD 47, 50

Gino Leonhard, FDP 49

B e s c h l u s s 52

Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Europäische Bürgerinitiative einführen

– Drucksache 5/2384 – 52

Barbara Borchardt, DIE LINKE 52, 57

Detlef Müller, SPD 53

Beginn: 9.03 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 68. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor.

Die Fraktion der NPD hat einen Dringlichkeitsantrag zum Thema „Wirklichkeitsgetreue Auswertung der Kriminalitätsentwicklung seit Schengen II“ vorgelegt, der auf Drucksache 5/2426 verteilt wurde. Wir werden diese Vorlage, um die die Tagesordnung erweitert werden soll, nach Tagesordnungspunkt 29 aufrufen, das Wort zur Begründung dieses Dringlichkeitsantrages erteilen sowie die Abstimmung über die Aufsetzung durchführen.

Wir setzen nunmehr unsere Beratung vereinbarungsgemäß fort. Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 28:** Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD – Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaftsunternehmen in Mecklenburg-Vorpommern durch Rücknahme von Steuerrückerstattungsgrenzen und Selbstbehalt erhöhen, Drucksache 5/2379.

**Antrag der Fraktionen der CDU und SPD:
Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschafts-
unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern
durch Rücknahme von Steuerrückerstattungs-
grenzen und Selbstbehalt erhöhen
– Drucksache 5/2379 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Schlupp von der Fraktion der CDU.

Beate Schlupp, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Situation der Landwirtschaftsunternehmen in Mecklenburg-Vorpommern hat sich in den zurückliegenden Monaten drastisch verschärft. Ob nun in der Milch- oder Schweineproduktion, ob Marktfrucht oder Veredelung, die Wirtschaftskrise hat auch die Landwirtschaft erreicht. Aus diesem Grunde müssen wir jede Möglichkeit nutzen, um die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Landwirtschaftsunternehmen zu stärken.

Hierzu zählen nach Auffassung der Koalitionsfraktionen auch Maßnahmen hinsichtlich der Besteuerung von Agrardiesel. Während in Deutschland der Agrardiesel mit 25,56 Cent je Liter und der normale Dieselmotorkraftstoff mit 47,04 Cent je Liter besteuert werden, wird in anderen EU-Mitgliedsstaaten der Agrardiesel wie zum Beispiel in Frankreich mit 6,6 Cent, in Österreich mit 9,8 Cent und in den Niederlanden mit 7,7 Cent je Liter besteuert.

Ab der Obergrenze von 10.000 Litern wird in Deutschland ein Steuersatz von 47,04 Cent erhoben. Daraus ergibt sich die Tatsache, dass die deutschen Landwirte gegenüber ihren Mitbewerbern in der Europäischen Union erhebliche Wettbewerbsnachteile in Kauf nehmen müssen. Aufgrund der mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2005 eingeführten Obergrenze von 10.000 Litern und dem Selbstbehalt von 350 Euro für selbst verbrauchten Agrardiesel kommen lediglich Landwirtschaftsunternehmen in den Genuss der Agrardieselsteuerrückerstattung, die einen Verbrauch zwischen 1.860 bis 10.000 Liter aufweisen. Sowohl kleinere Betriebe wie Nebenerwerbslandwirte, aber auch die groß strukturierten Landwirtschaftsunternehmen in Mecklenburg-Vorpommern werden mit dieser Regelung in ihrer Wettbewerbsfähigkeit eingeschränkt. Wenn auch der Selbstbehalt und die Bagatellgrenze noch mit Vereinfachung

begründet werden könnten, so gibt es für die 10.000-Liter-Grenze keine sachliche Begründung. Diese Grenze ist willkürlich gezogen worden und benachteiligt Unternehmen mit einer Größe von über 100 Hektar.

Sehr geehrte Damen und Herren, in Bayern soll der Selbstbehalt nun vom Land ausgeglichen werden. Eine solche Maßnahme können und wollen wir uns nicht leisten. Wir fordern, dass unsere leistungsfähigen Strukturen unterstützt werden.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Sehr richtig.)

Leider müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass im Rahmen des Konjunkturpaketes II eine entsprechende Regelung zur Agrardieselsteuerrückerstattung nicht aufgenommen wurde. Hier muss meines Erachtens ein Umdenken stattfinden. Wenn festgestellt wird, dass die Regelungen zur derzeitigen Agrardieselbesteuerung nicht zu Wettbewerbsnachteilen führen, dann frage ich mich, wann die Verantwortlichen das letzte Mal bei den Land- und Forstwirten vor Ort waren. Die reinen Zahlen sprechen eine andere Sprache.

Wir können die Land- und Forstwirtschaft bei dieser Problematik nicht im Stich lassen. Aus diesem Grunde begrüße ich es ausdrücklich, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern einen Antrag im Interesse der Landwirtschaftsunternehmen unseres Landes auf die Tagesordnung gesetzt haben. Wir fordern die Landesregierung auf, sich gegenüber der Bundesregierung für eine vollständige Rückkehr zum System der Steuerrückerstattung vor Verabschiedung des Haushaltsbegleitgesetzes 2005, das heißt, für eine Rückvergütung für jeden verbrauchten Liter ohne Verbrauchsobergrenzen und Selbstbehalt und für eine EU-weite Harmonisierung der Besteuerung von Agrardieselstoffen einzusetzen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das hat doch die Landesregierung
schon immer getan, oder nicht?)

Im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit und des Erhalts von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum ist die Reduzierung der Agrardieselsteuer auf das Durchschnittsniveau der Agrardieselsteuer innerhalb der Europäischen Union notwendig.

(Egbert Liskow, CDU: Sehr richtig.)

Die Anpassung an europäische Sätze würde die Belastung der Landwirte in einer ohnehin schwierigen Einkommenssituation reduzieren. Bitte stimmen Sie unserem Antrag zu.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Schlupp.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Landwirtschaft, Umwelt- und Verbraucherschutz Herr Dr. Backhaus.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss noch mal ausdrücklich sagen, ich finde es gut, dass wir den gestrigen Abend in der Landwirtschaft beendet

haben und den Freitagmorgen mit der Landwirtschaft wieder beginnen.

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Man soll den Tag nie vor dem Abend loben.)

Deswegen ist es erklärtes Ziel – im Übrigen auch der Politik der Landesregierung und auch des Hauses, das ich zu vertreten habe –, noch mal ausdrücklich die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern weiter zu erhöhen. Das gilt umso mehr, da sich die landwirtschaftlichen Unternehmen insbesondere durch die Änderungen der europäischen Agrarpolitik einem steigenden, ja stetig steigenden Wettbewerbsdruck durch den Markt stellen müssen. Die Marktausrichtung kann aber nur funktionieren, auch das ist mir außerordentlich wichtig, wenn die Wettbewerbsbedingungen in Deutschland und in Europa annähernd gleich sind. Das verlangt aus meiner Sicht auch eine Regelung in diesem Paket der Steuerbelastungen und der Regelungen, die einheitlich in Europa dringend weiter harmonisiert werden müssen.

Doch die Realität ist leider eine andere, meine Damen und Herren. Die Preise für landwirtschaftliche Produktionsmittel und ihre steuerlichen Belastungen können in Europa unterschiedlicher nicht sein. Wir haben zwar ein einiges Europa, aber einig sind wir uns in diesen Fragen leider noch nicht.

Die für die Besteuerung von Agrardiesel maßgebliche EU-Vorschrift sieht grundsätzlich einen einheitlichen Mindeststeuersatz von 2,1 Cent für Diesel vor, 2,1 Cent Mindeststeuersatz. Allerdings setzen die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union diese Regelung sehr unterschiedlich um. Der Agrardieselsteuersatz liegt zum Beispiel in Großbritannien bei 12,4 Prozent, in Österreich bei 9,8 Cent, in Italien bei 9,2 Cent, in den Niederlanden bei 7,2 Cent. Zudem gelten zahlreiche Ausnahmen. So bleiben Frankreich mit 0,7 Cent je Liter oder Dänemark mit 0,3 Cent pro Liter Agrardieselsteuer deutlich unter dem vorgesehenen, per EU verordneten Steuersatz.

Einen wie in vielen EU-Mitgliedsstaaten festgelegten Agrardieselsteuersatz gibt es in Deutschland leider, ich betone das auch ausdrücklich, leider nicht. Diesel wird in Deutschland mit einem einheitlichen Steuersatz von aktuell 47,04 Eurocent besteuert. Dieser Steuersatz gilt für die Landwirte genauso wie für jeden normalen Nutzer, der den Dieselmotorkraftstoff benötigt. Man setzt für die Landwirtschaft in diesem Zusammenhang dann das Prinzip der Steuerrückerstattung um. So wird zum Beispiel die Steuer auf Biodiesel und Pflanzenöl beim Einsatz in der Landwirtschaft zu 100 Prozent rückerstattet. Ich glaube, das darf man an dieser Stelle auch mal sagen. Seinerzeit haben wir aus Mecklenburg-Vorpommern durchsetzen können, dass Biodiesel zu 100 Prozent Steuerrückerstattung erhält. Und ich bedaure es nach wie vor – es sind ja auch Vertreter des Bauernverbandes heute hier, ich hoffe, Sie teilen meine Auffassung –, ich bedaure es sehr, dass die Landwirtschaft nicht mehr von diesem Produkt Gebrauch macht. Wir haben zurzeit in Mecklenburg-Vorpommern schätzungsweise leider nur 12 Prozent Biodiesel, der eben insofern steuerfrei ist, im Einsatz.

Die überwiegende Zahl der Landwirte nutzt aus diesem Grunde, das erkennt man ja dann auch, nach wie vor den fossilen Kraftstoff, der endlich ist. Dort liegt die Steuerrückerstattung circa bei 21,48 Cent je Liter. Das klingt zunächst erst einmal doch ganz ordentlich und klingt so,

als ob es ein erhebliches Steuergeschenk für die Landwirte sei, bleiben doch nach dieser Rechnung weniger als 26 Cent je Liter, die die Landwirtschaft an den Fiskus zahlen muss, über. Doch so einfach ist die Rechnung leider nicht, denn man darf den im Jahr 2005 vom Bund eingeführten Selbstbehalt in Höhe von 350 Euro je Betrieb nicht außer Acht lassen: Geht man von einem Durchschnittsverbrauch eines Landwirtschaftsunternehmens aus, bedeutet dieser Selbstbehalt, dass der Landwirt für eine bewirtschaftete Fläche der ersten 17 Hektar landwirtschaftlicher Fläche keine Steuerrückerstattung erhält.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
17 Hektar, ja.)

Wenn man sich das mal überlegt, Mecklenburg-Vorpommern hat eine durchschnittliche Flächenausstattung von 263 Hektar, dann wird das schon deutlich. Durch die Festlegung dieses Selbstbehaltes sind in Mecklenburg-Vorpommern immerhin circa 2.000 Betriebe von vornherein von dieser Agrardieselsteuerrückerstattung betroffen.

Jetzt könnte man argumentieren, dass 350 Euro pro Jahr ein Landwirtschaftsbetrieb eigentlich verkraften müsste. Das will ich grundsätzlich auch nicht in Abrede stellen. Wer die Strukturen in unserer heimischen Landwirtschaft kennt, der weiß nur zu gut, dass es eine andere Regelung ist, die deutlich zulasten der Landwirte geht. Ich meine damit, dass die Rückerstattung auch nach oben hin begrenzt ist. Dies habe ich von Anfang an gesagt und bin auch dankbar, dass meine Fraktion das voll unterstützt hat, nämlich die sogenannte 10.000-Liter-Obergrenze. Das heißt, für jeglichen Verbrauch über 10.000 Liter je Betrieb besteht seit 2005 ebenfalls kein Anspruch mehr auf die Steuerrückerstattung. Auf die Fläche gerechnet heißt das im Klartext, dass die Landwirte ab einem durchschnittlichen Betrieb von 100 Hektar ebenfalls keine Steuerrückerstattung mehr erhalten und damit den vollen Steuersatz, nämlich die 47,04 Cent voll bezahlen müssen.

Von dieser Obergrenze der 10.000 Liter sind in Mecklenburg-Vorpommern wiederum mehr als 2.200 von den 5.200 Betrieben, die wir in unserem Lande haben, betroffen. Unter Einbeziehung dieser von der Rückerstattung ausgeschlossenen Bereiche ergibt sich für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern überschlägig ein Steuersatz des fossilen Agrardiesels von mehr als 40 Cent. Wenn ich die Zahlen Ihnen genannt habe, dass andere Regionen bei 0,3 Cent Steuerbelastung sind, dann ist das eine einseitige Wettbewerbsbenachteiligung, die unsere Landwirtschaft zu verkraften hat.

Man könnte es auch noch anders ausdrücken: Aufgrund der hiesigen Strukturen liegt die Agrardieselsteuerrückerstattung in Mecklenburg-Vorpommern bei durchschnittlicher Ersparnis von 3 Euro je Hektar, im Gegensatz dazu in Deutschland im Durchschnitt von rund 9 Euro je Hektar Rückerstattung. Die Landwirte im benachbarten Niedersachsen kamen durchschnittlich fast auf 13 Euro – ich betone noch mal: wir bei 3 Euro – und in Bayern kommt man sogar auf stolze 14 Euro je Hektar. Das sind Fakten, meine Damen und Herren Abgeordnete, die man einfach erkennen muss.

Als wäre das aber noch nicht genug, beabsichtigt die Bundesregierung – ganz offensichtlich aufgrund der bayerischen Einflussnahme im Nacken und der Euro-

pawahlen – nun auch noch, eine Erstattung des Selbstbehaltes auf Länderebene zu ermöglichen. Damit wird das Chaos noch größer. Der Freistaat Bayern, der jetzt schon den höchsten Rückzahlungsbetrag erhält, beabsichtigt tatsächlich, von dieser Regelung Gebrauch zu machen, und will somit circa 30 Millionen Euro Landesmittel, reine Landesmittel, dafür in die Hand nehmen. Eine solche Regelung wird den nationalen Wettbewerbsdruck zulasten unserer Landwirte noch weiter verschärfen, von erheblichen Zweifeln an der beihilferechtlichen Zulässigkeit sowie dem unangemessen hohen Aufwand für die Landwirte und die Verwaltung ganz abgesehen. Ein solches Vorgehen, meine Damen und Herren, lehne ich jedenfalls entschieden ab.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Sehr richtig.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Mecklenburg-Vorpommern ist von den deutschen Steuerregelungen, sowohl im innerdeutschen als auch im europäischen Vergleich, besonders negativ betroffen. Die Agrarministerkonferenzen – und da erhitzen sich auch gestern Abend die Gemüter –, die letzten Agrarministerkonferenzen haben ...

(Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

Ja, Herr Holter, und Sie habe ich gestern Abend auch wirklich überhaupt nicht gemeint und meinen Freund Fritz Tack erst recht nicht.

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Die Agrarministerkonferenzen der vergangenen Jahre haben wiederholt die Bundesregierung aufgefordert, einen stärkeren Einsatz bei ihren Bemühungen um eine Harmonisierung auf europäischer Ebene, was die Agrardieselbesteuerung anbelangt, zu ermöglichen. In der Zwischenzeit konnten leider diesbezüglich keine Ergebnisse konstatiert werden. Der gravierende deutsche Wettbewerbsnachteil besteht unverändert weiter. Mecklenburg-Vorpommern initiierte daher auf der Agrarministerkonferenz in Magdeburg gemeinsam mit Brandenburg, mit Niedersachsen, also ein schwarzes Land, und mit Sachsen, auch ein schwarzes Land, einen Beschluss, der die Bundesregierung auffordert, den Selbstbehalt in Höhe von 350 Euro sowie die Obergrenze der 10.000-Liter-Regelung schnellstmöglich wieder rückgängig zu machen. Damit wären wir endlich einen Schritt weiter.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das wollen die Westlobbyisten nicht.)

Damit könnten ...

Ja, die alten Bundesländer haben damit ein richtiges Problem, weil man meint, damit würde man einseitig die neuen Länder fördern, was aus meiner Sicht nun wirklich den blanken Irrsinn darstellt.

Damit könnten zumindest die nationalen Ungereimtheiten beseitigt werden und die Wettbewerbsfähigkeit gestärkt werden. Die Notwendigkeit einer europäischen Harmonisierung ersetzt dieses freilich überhaupt nicht. Was das angeht, steht uns sicherlich noch ein langer und steiniger Weg bevor.

Daher begrüße ich diesen Landtagsantrag außerordentlich. Er stärkt die Position auch unseres Bundeslandes

im Rahmen des Bundesratsverfahrens, das im Übrigen ja anliegt. Im Übrigen hat auch der Bundesrat mehrfach die Bundesregierung gebeten, diese einseitige Benachteiligung zurückzunehmen. Was aber auf der anderen Seite ein Stückchen erfreulich ist, auch das möchte ich mitteilen hier und heute, ist, dass die Bundesregierung jetzt endlich beabsichtigt, was den Biodiesel anbetrifft, die Steuererhöhung schrittweise und ein Stück zurückzunehmen. Es liegt bereits ein Gesetzentwurf im Deutschen Bundestag vor, wonach der Steuersatz von 21 Cent bei Biodiesel auf 18 Cent zurückgenommen werden soll.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Na, das wird wohl auch nicht viel helfen.)

Das ist ein erster Schritt, aus meiner Sicht ist der nicht ausreichend. Das Beste wäre, wenn man den Biotreibstoff jetzt, der insbesondere auch in Richtung der zweiten Generation führt, unverzüglich steuerfrei stellt,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Sehr richtig.)

und dazu zählt das Biogas und aus meiner Sicht auch die innovativen Produkte aus dem Raps. Das wäre ein guter Tag, wenn wir das heute so beschließen würden. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Professor Dr. Tack von der Fraktion DIE LINKE.

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mehrmals und zuletzt am gestrigen Abend haben wir ja bereits festgestellt, Frau Kollegin Schlupp hat das eben auch getan, die Agrarwirtschaft in unserem Lande ist von der Finanz- und Wirtschaftskrise voll erfasst. Deutlich sichtbar wird das unter anderem im Sturzflug des Milchpreises, der seine Ursachen nicht nur in der Marktmacht der Einzelhandelsmonopole hat, sondern auch in der Krise der internationalen Märkte. Ich habe darüber gestern ausführlich gesprochen.

Die in Ihrem Antrag geforderte Rücknahme der Steuerrückerstattungsgrenzen und des Selbstbehaltes sind Teil der Forderungen der Bauern in ganz Deutschland und auch der Agrarministerkonferenz in Magdeburg. Im Übrigen war das auch Bestandteil unseres gestrigen Antrages, über den Sie sich dann eigentlich hätten ja auch freuen müssen.

Wir sprachen gestern ausführlich darüber, und in Ergänzung zu meinem Beitrag in der Debatte erwähne ich noch einmal die Vergleichsrechnung des Bauernverbandes unseres Landes, der auf eine finanzielle Entlastung der Betriebe von circa 27 Millionen Euro pro Jahr oder rund 20 Euro pro Hektar kommt, wenn wir wieder zu den gesetzlichen Zuständen wie vor der Verabschiedung des Haushaltsbegleitgesetzes 2005 kommen.

Es wurde eben darauf hingewiesen – und ich kann das nur noch einmal unterstreichen –, dass die Steuerlast beim sogenannten Agrardiesel sich seit 1998 auf mehr als 40 Cent und damit vervierfacht hat. Während in anderen EU-Ländern wie Österreich oder Frankreich die Steuersätze für Agrardiesel im gleichen Zeitraum deutlich gesenkt wurden – auch darauf wurde hingewiesen, ich führe das aber noch einmal an, um die Problematik

für unsere Landwirte hier darzustellen –, zahlen also die deutschen Landwirte den höchsten Steuersatz in Europa mit.

Es sei angemerkt, das ist ein neuer Gedanke, dass Fahrzeuge in See- und Hafenbetrieben seit 2007 in Deutschland aus Wettbewerbsgründen steuergünstiges Heizöl statt des teuren Diesels verwenden dürfen, die deutschen Bauern dagegen im Wettbewerb weiter benachteiligt werden. Da gibt es überhaupt keine Meinungsverschiedenheiten auch mit der Auffassung des Ministers und mit dem Antrag hier der Koalition.

Aber ich will feststellen, dass bisher eine Neuregelung der Agrardieselbesteuerung durch die Große Koalition in Berlin verhindert wurde. Als Trostpille, meine Damen und Herren, für die Landwirte hat die Bundesregierung ...

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
So ist es, und wenn sie zu uns kommen,
versprechen sie Besserung.)

Als Trostpille für die Landwirte hat die Bundesregierung erwogen, den Ländern die Möglichkeit einzuräumen, den sogenannten Selbstbehalt für die Landwirte zu übernehmen. Bayern tut das bereits. Ich meine, der Wahlkampf lässt hier grüßen. Aus mehreren Gründen ist dieser Weg auch aus unserer Sicht strikt abzulehnen. Anders als in Bayern sind bei unseren durchschnittlichen Betriebsgrößen im Lande die 350 Euro Selbstbehalt für die Betriebe zumeist ein eher kleiner Kostenfaktor. Der wünschenswerte Wegfall der Verbrauchsobergrenze von 10.000 Litern hat da eine ganz andere Dimension. Ich nannte sie bereits. Und da kann ich darauf zurückkommen, was Minister Backhaus gestern gesagt hat, dass ich in Vorlesungen mich mit diesen Fragen auch beschäftige. In der Tat tue ich das auch weiterhin.

Trotzdem, meinen wir, ist die Frage der Verlagerung der Selbstbehaltserstattung auf die Länder agrarpolitisch keine kleine Frage. Dafür gibt es viele gute Gründe. Ich will nur einige nennen.

Zum einen ist die Mineralölsteuergesetzgebung Bundesangelegenheit. Paradox ist, wenn unser Land bei Übernahme des Selbstbehalts in den Steuertopf des Bundes einzahlt, so finde ich. Das Geld können wir für andere Dinge, vor allen Dingen auch im Agrarbereich, selbst behalten.

Zum anderen entsteht ein Wettbewerb zwischen reichen und weniger reichen Bundesländern, den wir gar nicht gebrauchen können. Auch der Aspekt, dass das eventuell eine selektive Betriebsbeihilfe ist, die beihilferechtlich bedenklich sein kann, wäre zu beachten, ebenso die Tatsache, dass damit bürokratischer Aufwand im Lande zusätzlich erzeugt würde. Und wir sprechen ja immer davon, wir wollen die Bürokratie verringern. Deshalb lehnen wir ganz eindeutig diese Variante der Selbstbehaltserstattung ab.

Der hier vorliegende Antrag bleibt etwas unter dem Niveau der bereits von der Agrarministerkonferenz gefassten Beschlüsse zur Frage der Agrardieselbesteuerung und wäre nur ein kleiner Teil einer nötigen Vorsorge und Krisenbewältigung, wie wir sie von meiner Fraktion gestern vorgeschlagen haben. Trotzdem sind wir der Auffassung, dass die Forderung zur vollständigen Rückkehr zu den Steuerzuständen beim Agrardiesel, die vor der Änderung 2005 geherrscht haben, zu unterstützen ist. Wir werden den Antrag in Übereinstimmung mit

unserem bisherigen Vorgehen in der Agrarpolitik unterstützen. – Danke sehr.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Professor Tack.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schildt von der Fraktion der SPD.

Ute Schildt, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wer sich dieser Tage in Zeiten von einbrechenden Milchpreisen mit Landwirten unterhält, spürt, dass dort Hilfe notwendig ist. Das ist auch gestern diskutiert worden. Und wir suchen alle nach Wegen. Und wenn man Landwirten zuhört, sagen sie, die erste Antwort ist, tut was beim Agrardiesel. Das, was dort passiert, das belastet uns, das ist keine Gleichstellung. Und jeder, der das in den Mund nimmt, wird gefeiert. Nicht wahr, Herr Henning? Es ist einfach so. Das ist ein Bereich, in dem es sehr große Verteilungsgerechtigkeiten gibt.

Es sind hier schon sehr viele Zahlen genannt worden. Wenn wir Normaldiesel in Deutschland mit 47,04 Cent pro Liter besteuern, ist eine Steuerentlastung für Agrardiesel mit 21,48 Cent möglich und damit eine Istbesteuerung von 25,56 Cent erreichbar, aber das nur dann, wenn es nicht um die 350 Euro Selbstbehalt geht und wenn es nicht um den Diesel geht, der über 10.000 Liter beträgt in einem Betrieb. Und Sie wissen, dass die landwirtschaftlichen Strukturen in der Bundesrepublik sehr unterschiedlich gestaltet sind. In unserem Land haben wir sehr großflächige Betriebe, für die diese Obergrenzenbesteuerung zum Tragen kommt.

Der Minister hat es deutlich gesagt, die Betroffenheit in den Bundesländern ist unterschiedlich. Wenn in Niedersachsen 13 Euro Rückerstattung erfolgen und in Bayern 14 Euro, in Mecklenburg-Vorpommern jedoch nur 3 Euro pro Hektar, dann ist dieses Ungleichgewicht eine Ungerechtigkeit in unseren Augen. Und sehr lange haben wir darüber diskutiert und uns auch dagegen gewehrt, bevor das zum Einsatz kam.

Und, meine Damen und Herren, sich dagegen zu wehren, heißt aber, Mehrheiten in dieser Frage zu finden. Diese Mehrheiten findet man nicht in den ostdeutschen Ländern. Wir müssen dort mit einer Sprache sprechen. Es ist wichtig, für dieses Problem zu sensibilisieren. Das ist passiert, der Minister hat darauf hingewiesen, dass auf der Agrarministerkonferenz zumindest ein Antrag in entsprechender Form seine Anerkennung gefunden hat. Ich meine, dass vom Landtag Mecklenburg-Vorpommern dieses Signal sehr deutlich sein muss. Betriebe brauchen eine Harmonisierung der Agrarbesteuerung und sie müssen zurückgeführt werden auf den Zustand vor dem 01.01.2005. Unser Antrag zielt in diese Richtung. Ich bitte Sie, uns in dieser Richtung zu unterstützen. – Vielen Dank.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Schildt.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Reese von der Fraktion der FDP.

Sigrun Reese, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kollegen Abgeordnete! Ein Gutachten des Instituts für Wirtschaftsforschung aus München zur Produktmittelbesteuerung belegt, dass deutsche Landwirte die

dritthöchsten Steuern in der EU zahlen. Die Besteuerung der landwirtschaftlichen Produktionsmittel in Deutschland zerrt den Gewinn um circa 5 Prozent mehr als in den wichtigen EU-Wettbewerbsländern. Bei den ökologisch wirtschaftenden Betrieben fällt diese Spanne noch um 1,5 Prozent höher aus.

Meine Fraktion ist sehr erfreut, dass auch die CDU anscheinend endlich darauf gekommen ist, dass die Landwirte unseres Landes bei der Agrardieselbesteuerung entlastet werden müssen. Wir stimmen mit Ihnen überein, dass die derzeitige Situation bei der Besteuerung von Agrardiesel zu einer Benachteiligung unserer Landwirte führt. Wir bedauern allerdings, dass dies ein Bundesthema ist. Auf Landesebene scheint hier ja, wie in dem vorliegenden Antrag mit den beiden Antragstellern zu sehen, eine Lösung machbar.

Die SPD steckt hier natürlich in einem Dilemma. Nachdem sie die Angleichung der Agrardieselbesteuerung und den Wegfall des Selbstbehalts sowie der Verbrauchsobergrenze auf Landesebene als weiteres Geschenk an die Landwirte im Rahmen des Wahlkampfes befürwortet, blockiert sie auf Bundesebene alle Bestrebungen in diese Richtung.

(Reinhard Dankert, SPD:
Wir sind nicht auf Bundesebene.)

Eine Lösung auf Bundesebene hätte schon längst erfolgen können.

Ich erwähnte bereits, dass mir der Antrag doch auch sehr bekannt vorkommt, und zwar aus dem Grund, dass im Januar die FDP-Bundestagsfraktion bereits einen Antrag mit dem Titel „Agrardieselbesteuerung senken – Wettbewerbsnachteile der deutschen Landwirtschaft abbauen“ in den Bundestag eingebracht hat. Dieser Antrag wurde, wie sollte es anders sein, in einer Februarsitzung des Bundestages mit den Stimmen der Koalition abgelehnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren der Koalition, meine Fraktion stellt sich hier nicht hin und sagt, wir lehnen Ihren Antrag ab, weil wir bereits an dem Thema arbeiten. Parteipolitisches Gezänk hilft unseren Landwirten nämlich überhaupt nicht weiter.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen DIE LINKE und FDP)

Wir stimmen dem Antrag zu in der Hoffnung, dass Ihr Antrag dann im Interesse unserer Landwirte ausreichend Gehör findet, um die Bundesregierung zum Umdenken zu bewegen.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Wir als FDP wollen die Abschaffung des Selbstbehaltes der Rückerstattungsobergrenze und setzen uns für die europaweite Harmonisierung der Agrardieselbesteuerung ein, um damit für mehr Wettbewerbsgerechtigkeit im Interesse unserer Landwirte zu sorgen. Dies haben wir bereits durch mehrere Anträge und zuletzt durch den Antrag im Januar im Bundestag deutlich gemacht. Die Diskussion innerhalb der Koalition deckt aber auch hier das Dilemma schonungslos auf.

Wie bereits gesagt, die FDP-Fraktion stimmt dem Antrag zu in der Hoffnung, dass es dann auf Bundesebene endlich zu einer Änderung kommt. Wir wollen im Interesse unserer Landwirte nicht erst auf einen Regiewechsel im Herbst warten. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Reese.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Borrmann von der Fraktion der NPD.

Raimund Frank Borrmann, NPD: Bürger Präsidentin! Bürger Abgeordnete!

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Eine Unverschämtheit schon wieder.)

In Ansehung der Drucksache 5/2379 der SPD ...

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Borrmann! Herr Borrmann, unterbrechen Sie bitte!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Gut geschlafen,
Herr Borrmann? Schon wieder alles vergessen?)

Herr Borrmann, wir haben oft genug dieses Thema jetzt diskutiert. Und ich kann nur sagen, ich empfinde das als eine Provokation und erteile Ihnen einen Ordnungsruf.

Raimund Frank Borrmann, NPD: In Ansehung der Drucksache 5/2379 der SPD- und CDU-Fraktion fällt mir das Gedicht von Heinrich Heine ein:

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ihnen fällt was ein?)

„Wir schlafen ganz, wie Brutus schlief –
Doch jener erwachte und bohrte tief
In Cäsars Brust das kalte Messer!
Die Römer waren Tyrannenfresser.
...“

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wollen
Sie nicht mal wieder ein Lied singen,
Herr Borrmann? Das war so schön.)

„Wir sind Germanen, gemütlich und brav,
Wir schlafen gesunden Pflanzenschlaf,“

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

„Und wenn wir erwachen, pflegt uns zu dürsten
Doch nicht nach dem Blute unserer Fürsten.“

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Bürger des Landes, der Pflanzenschlaf dauert nun schon ganze sechs Jahre. Bereits im Mai 2003 hatte die CDU einen Antrag „Aussetzung der nationalen Modulation“ eingebracht, der genau diese Thematik betraf. Bürgerin Renate Holznagel hatte gefordert: „Die nationale Modulation darf nicht in Kraft treten im Interesse der Landwirte in unserem Land und für unser Land!“ Zitatende.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das hat sie
als Landtagsabgeordnete gefordert, Herr
Borrmann. Weil Sie das nicht begreifen. –
Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Darauf Till Backhaus: „Sehr geehrter ... Präsident! Nachdem wir ja nun Schweine, Theater und jetzt die Modulation abhandeln, möchte ich das relativ kurz machen. ... das nationale Modulationsgesetz gilt seit dem 2. Mai 2002. ... Die Bundesregierung ist für die nationale Modulation“ und deren Erfüllung. „Die entsprechenden Mehrheiten für die Aussetzung gibt es nicht. Ich bedaure dieses außerordentlich. ... Und ich sage hier noch mal: Als Demokrat muss ich mich auch diesen Mehr-

heitsentscheidungen beugen. Ich habe alles versucht ... Sie wollen wieder einmal die Landesregierung plakativ zum Handeln auffordern.“ – Heute scheint die Landesregierung nichts gegen Plakate zu haben. – Weiter der Minister: „Wir haben bereits gehandelt und wir haben eigentlich auch fertig.“ Damit hatte Till, der nicht Eulenspiegel sein wollte, die Lacher auf seiner Seite.

Zum Schluss noch ein vernichtender Schlag gegen Renate Holznagel: „Dieser Antrag ist nichts anderes als populistisches Geschwätz und gehört damit in den Papierkorb.“ Dann argumentiert Till ganz toll:

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wer? –
Ute Schildt, SPD: Sie sollten reden! –
Peter Ritter, DIE LINKE: Sie reden hier vom
Landwirtschaftsminister, Herr Borrmann, ja?!)

„... in der Sache bringt Ihre Initiative zu diesem jetzigen Zeitpunkt niemandem Vorteile. Im Gegenteil, Sie bringen den Landwirten damit Nachteile.“

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Höflichkeit zählt
bei den Nationaldemokraten nicht so, ne? –
Peter Ritter, DIE LINKE: Haben Sie keinen
Anstand gelernt in Ihrer Kinderstube?)

Sechs Jahre später gilt dieses Till-Paradoxon offenbar nicht mehr.

Nun haben Backhaus, Holznagel und Konsorten den Antrag wieder aus dem Papierkorb geholt und muten mit neuen Mehrheiten ...

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter!

Raimund Frank Borrmann, NPD: ... den Landwirten erhebliche Nachteile zu.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter! Bitte ...

Raimund Frank Borrmann, NPD: Wer soll bei solchen Wendehälsen noch die Glaub...

(Das Mikrofon wird abgeschaltet. –
Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter,

(Wolfgang Griesse, DIE LINKE:
Minister Backhaus!)

wegen der Verunglimpfung des Ministers und einiger anderer und auch des Begriffs „Konsorten“ erteile ich Ihnen den zweiten Ordnungsruf und mache Sie darauf aufmerksam,

(Udo Pastörs, NPD: Meinungsdictatur!)

dass Sie bei einem dritten Ordnungsruf das Wort entzogen bekommen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Sie kommen auch noch dran, Herr Pastörs.)

Herr Pastörs, Ihnen erteile ich für diesen Zwischenruf ebenfalls einen Ordnungsruf.

Raimund Frank Borrmann, NPD: Wer soll bei solchen Wendehälsen ...

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Borrmann, Ihre Zeit ist jetzt auch beendet.

Raimund Frank Borrmann, NPD: Sie haben leider die rote Lampe nicht angeschaltet.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Ja, das ...

Raimund Frank Borrmann, NPD: Ich will wenigstens noch diesen Satz zu Ende führen, ja!?

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Führen Sie diesen Satz zu Ende und dann ist aber ...

(Ute Schildt, SPD: Wir wollen
ihn nicht mehr hören.)

Raimund Frank Borrmann, NPD: Wer soll bei solchen Wendehälsen noch auf die Glaubhaftigkeit der Politik setzen? Scheint die Sonne noch so schön, meine Damen und Herren, einmal wird sie untergehen.

(Unruhe bei Abgeordneten der
Fraktion DIE LINKE – Beifall bei
Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Dr. von Storch von der Fraktion der CDU.

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Dr. Henning von Storch, CDU: Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Das Wesentliche ist gesagt und dass wir alle an einem Strang ziehen wollen hier im Haus, wenn es um die Problematik der Unterstützung der Landwirtschaft geht, begrüße ich ausdrücklich. Der Minister hat dargelegt, wo die Problematik liegt. Ich fasse noch mal ganz kurz zusammen, meine Kolleginnen und Kollegen.

Herr Professor Tack, es ist hier nicht eine Frage der Finanzkrise. Der permanente Versuch, den Kapitalismus daher anzugreifen, geht deshalb fehl, weil die Problematik ja eine ist, die wir seit dem Jahre 2005 haben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Vielleicht fing
die Krise da schon an, Herr von Storch.)

Wenn Sie das so glauben,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, das glaube ich.)

überlasse ich das Ihrer ...

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ja, Sie können da gern mit dem alten Karl Marx kommen, habe ich auch nichts dagegen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: „Das Kapital“
ist ausverkauft. – Heiterkeit bei
Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Meine Kolleginnen und Kollegen, ich möchte eigentlich auf ein Grundproblem hinaus. Wir wollen uns vergegenwärtigen, dass die Landwirtschaft insgesamt in der Politik trotz des guten Engagements unseres Landwirtschaftsministers eigentlich nicht genug zu Gehör kommt.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Ich erinnere Sie an die Diskussion um die Bodenpolitik der BVVG. Ich erinnere Sie daran, dass unsere Großbetriebe gekappt wurden bei den EU-Direktbeihilfen, sehr viel mehr als alle anderen.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Und nun haben wir das Problem des Agrardiesels ebenfalls zulasten der Großbetriebe. Ich glaube, dass wir uns sehr viel deutlicher in der Politik insgesamt mit den Problemen unserer Landwirtschaft zu Gehör bringen müssen.

Es hat mal jemand gesagt: In der Demokratie bekommt der Lauteste recht. Vielleicht müssen wir noch lauter werden, um die Interessen unserer Landwirtschaft zu unterstreichen und das, worauf wir ein Recht haben, auch durchzusetzen.

Ich habe mir sagen lassen, dass die aktuellen Regelungen zur Agrardieselbesteuerung nach Berechnungen des Deutschen Raiffeisenverbandes dazu führen, dass eine Agrargenossenschaft mit etwa 1.400 Hektar bewirtschafteter Fläche einen Kostennachteil von 55.600 Euro pro Jahr gegenüber einem französischen Betrieb gleicher Größe hat. Diese Zahlen, meine Kolleginnen und Kollegen, sprechen für sich. Und wir müssen uns immer lauter dagegen wehren, dass unsere großen Betriebe ungleich behandelt werden.

Deshalb freue ich mich, dass wir hier gemeinsam diesen Antrag beschließen, von dem wir erwarten, dass er unserer Landwirtschaft dazu verhilft, dass der Wettbewerbsnachteil, dem wir hier ausgesetzt sind, beseitigt oder zumindest gemindert werden kann. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. von Storch.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/2379. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/2379 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 29:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Investitionen aus dem Konjunkturpaket II konsequent zum Ausbau der Barrierefreiheit nutzen, Drucksache 5/2324. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/2424 vor.

Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Investitionen aus dem Konjunkturpaket II
konsequent zum Ausbau der
Barrierefreiheit nutzen
– Drucksache 5/2324 –

Änderungsantrag der Fraktion der FDP
– Drucksache 5/2424 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Müller von der Fraktion DIE LINKE.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Frau Lück! Frau Lück!)

Dann hat das Wort zur Einbringung die Abgeordnete Frau Lück von der Fraktion DIE LINKE.

Regine Lück, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber später als nie debattieren

wir heute über diesen Antrag, für den meine Kollegin Irene Müller bereits vor einem Monat die Dringlichkeit begründet hat. In der letzten Landtagssitzung sahen Sie jedoch keine Veranlassung, ein paar Worte darüber zu verlieren, dass das Konjunkturpaket II auch konsequent zum Ausbau der Barrierefreiheit genutzt werden soll und auch kann. Das allein spricht Bände. Ich befürchte: verschenkte Zeit, damit auch verschenkte Chancen.

Wie Ihnen allen bekannt ist, beschloss das Kabinett am 10. Februar dieses Jahres – basierend auf dem Konjunkturpaket II des Bundes – das Zukunftsinvestitionsprogramm Mecklenburg-Vorpommern, kurz ZIP genannt. Am 11. März 2009 wurde die Verwaltungsvereinbarung dazu zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder zwischen dem Land, den kreisfreien Städten und Landkreisen unterzeichnet. Mittlerweile dürften die jeweilige Bürgerschaft und die Stadtvertretung der kreisfreien Städte beziehungsweise der jeweilige Kreistag der Landkreise durch Beschlüsse dieser Verwaltungsvereinbarung zugestimmt haben. Damit ist sie wirksam und damit gelten die Finanzhilfen für die kreisfreien Städte und Landkreise als bewilligt. Deshalb merke ich an: Es hätte viel mehr Sinn gehabt, über diesen hier vorliegenden Antrag schon in der letzten Sitzung – Anfang März – zu debattieren.

Ich stelle voran: Meine Fraktion und ich befürworten ausdrücklich – und das betonen wir immer wieder –, dass die Kommunen eigenverantwortlich über die Verwendung und Verteilung dieser Finanzmittel auch entscheiden können. Wie ich sind auch die meisten von uns, liebe Kolleginnen und Kollegen, ja Kommunalpolitiker. Und deshalb wissen wir, wie schwer es den Kommunen fällt, letztlich zu entscheiden, wofür das Geld ausgegeben wird. Bis zum 11. Mai 2009 muss entschieden und beim Innenministerium gemeldet werden, was, wozu und warum gefördert wird. Die Kommunen stehen unter erheblichem Handlungsdruck angesichts des tatsächlichen Bedarfs, angesichts der bestehenden Unsicherheiten, was wirklich förderfähig ist, und letztlich auch wegen des Zeitdrucks.

Was wollen wir mit diesem Antrag? Wir wollen, dass die Kommunen überhaupt wissen, dass das Geld für den Ausbau der Barrierefreiheit genutzt werden kann. Und wir wollen öffentlich wahrnehmbar appellieren, dass diese zusätzlichen Mittel auch dafür verwendet werden sollen, also Barrierefreiheit herzustellen.

Zur Schaffung zukunftsfähiger Strukturen gehört neben Maßnahmen zum Klimaschutz auch die Barrierefreiheit. Es gilt, noch vorhandene Ausgrenzungen von Menschen mit Behinderungen oder mit anderen Mobilitätseinschränkungen zu beseitigen. Sie brauchen eine uneingeschränkte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Und das geht nur durch barrierefreie Zugänglichkeit und durch Nutzung von Infrastruktureinrichtungen. Aber in den Kommunen besteht die Unsicherheit, ob es zulässig ist, Mittel aus dem Konjunkturpaket II einzusetzen, um Barrierefreiheit herzustellen. Ich sage hier klar und deutlich: Es ist zulässig und es ist geboten, diese Gelder dafür einzusetzen.

Kolleginnen und Kollegen, wenn wir wollen, dass Schülerinnen und Schüler mit und ohne Behinderung mehr als bisher gemeinsam lernen, und wir Inklusion, das heißt also Dazugehörigkeit von klein auf, wirklich ernst nehmen und ernst meinen, dann müssen wir auch dafür sorgen, dass es möglich ist. Dazu gehört, dass die baulichen

Voraussetzungen geschaffen werden. Barrierefreie Kindertagesstätten, Schulen und Weiterbildungseinrichtungen sind heute leider noch nicht selbstverständlich.

Oder schauen wir uns in unseren Kommunen um: Sind wirklich alle Gemeinbedarfseinrichtungen von allen ohne fremde Hilfe zugänglich und nutzbar? – Nein, sind sie nicht. Viele Stadtbibliotheken, Museen, Theater, Ämter, Rathäuser, andere Treffs für alte und auch für junge Leute sind noch nicht barrierefrei. Und kommen wirklich alle Menschen barrierefrei mit Bus und Bahn zu diesen Gemeinbedarfseinrichtungen? – Nein, kommen sie nicht.

Wenn wir ehrlich sind, haben die meisten von uns, soweit wir nicht selbst Betroffene sind, sich darüber bisher wenig Gedanken gemacht. Barrierefreiheit ist ein Teil der öffentlichen Fürsorge, ohne Wenn und Aber, sagen wir. Die zusätzlichen Mittel aus dem Konjunkturprogramm II für städtebauliche Maßnahmen und für touristische Infrastruktur können helfen, diese öffentliche Fürsorgepflicht zukünftig besser als bisher wahrzunehmen.

Kolleginnen und Kollegen, Mecklenburg-Vorpommern ist zumindest in der Sommersaison Tourismusland Nummer eins. Gestern debattierten wir über die wirtschaftliche Bedeutung des Tourismus. Schon verwunderlich, dass die Regierungsfractionen nicht den unlängst behandelten Antrag ihrer Bundestagskollegen aufgegriffen haben. „Barrierefreien Tourismus weiter fördern“, so war der Titel im Bundestag.

(Detlef Müller, SPD: Kommt noch, Frau Lück.)

Nur so viel zu diesem Antrag: Alle waren sich darin einig, dass Barrierefreiheit ein wichtiger Aspekt für die Tourismusentwicklung ist. Ich zitiere den Bundestagsabgeordneten der CDU Klaus Brähmig: Barrierefreiheit muss ein „Qualitätsmerkmal“ für den deutschen Tourismus werden. „Barrierefreiheit kommt nicht nur Menschen mit Behinderungen zu Gute“, sondern „Familien mit kleinen Kindern ... sowie mobilitätseingeschränkten und älteren Menschen“. Und in diesem Antrag steht auch, dass im Rahmen des Programms Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder des zweiten Konjunkturpaketes auch die „Förderung von Maßnahmen zur Barrierefreiheit von Kultureinrichtungen wie Museen und Theater“ vorgesehen ist. Na also, wer sagt es denn, die Mittel aus dem Konjunkturpaket II sollen ganz offenbar auch für den Ausbau der Barrierefreiheit eingesetzt werden.

Leider wurde versäumt, die Förderfähigkeit von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder an die Voraussetzungen der Barrierefreiheit zu knüpfen. Dies wurde nicht etwa einfach vergessen, es wurde ignoriert. Der Sozialverband VdK Deutschland und andere Vereine und Verbände sind nicht gehört worden. Barrierefreiheit ist also doch nur ein Lippenbekenntnis, frage ich Sie. Sie sagen, nein? Na dann können Sie ja guten Gewissens unserem Antrag zustimmen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
So weit geht die Freundschaft nun nicht.)

Ich will Ihnen mal sagen, was fehlende Vorgaben zur Barrierefreiheit bewirken, damit sich alle hier im Saal darüber im Klaren sind. Jeder Planer wird Ihnen bestätigen, dass kein Bauherr gewillt ist, mehr Normen zu berücksichtigen, als er unbedingt muss, denn es würde für ihn einen Mehraufwand und damit höhere Baukosten bedeuten. Und seien wir einmal ganz ehrlich, wer gibt

schon mehr Geld aus, als er muss? Beispielsweise ist auf der Grundlage der Landesbauordnung die DIN 18024 Teil 2 „Öffentlich zugängliche Gebäude und Arbeitsstätten“ als technische Baubestimmung eingeführt worden und damit anzuwenden. Einige Abschnitte sind von der bauaufsichtlichen Einführung ausgenommen, so auch Abschnitt 14, der Vorgaben für Beherbergungsbetriebe, genauer gesagt für barrierefreie Zimmer, enthält. Das heißt nichts anderes, als dass die von der bauaufsichtlichen Einführung ausgesparten Teile der Norm durch den Bauherrn nicht einzuhalten sind, zumindest, was die Bauordnung angeht.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Aber was hindert eigentlich das Land daran, die Berücksichtigung dieser Normen und Empfehlungen als Förder Voraussetzung festzuschreiben? Das ist nicht erfolgt und so konnte eine 100-Millionen-Euro-Investition, ich meine damit die Ferienanlage „Weiße Wiek“ in Boltenhagen, mit Fördergeldern gebaut werden, obwohl diese Anlage nicht den Anforderungen der Barrierefreiheit entspricht.

(Irene Müller, DIE LINKE: Überhaupt nicht.)

Und es gibt weitere Gründe, die Mittel aus dem Konjunkturpaket II für die Schaffung von Barrierefreiheit einzusetzen. Barrierefreiheit herzustellen, verlangt keine langwierige Planung und kein aufwendiges Vergabeverfahren. Die Baumaßnahmen können kurzfristig umgesetzt werden. Damit wird erreicht, was eigentlich auch Sinn des Konjunkturpaketes ist: die schnelle Vergabe von Aufträgen an das regionale Handwerk, um damit die Konjunktur anzukurbeln.

Ich sage Ihnen, wenn wir die zusätzlichen Investitionsmittel aus dem Konjunkturpaket nicht nutzen, um Barrierefreiheit herzustellen, wird sich das später bitter rächen. Da klänge es doch wie Hohn, dass die Koalition in ihrem Dezemberantrag fordert: „Chancen des Alters weiterhin konsequent nutzen – Infrastruktur an veränderte Bedürfnisse anpassen“. Wenn Sie glaubwürdig bleiben wollen, müssen Sie, meine ich, unserem Antrag zustimmen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Schön wär's, Regine. Schön wär's.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Lück.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Verkehr, Bau und Landesentwicklung Herr Schlotmann.

Minister Volker Schlotmann: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich werde aus Gründen der Zeitökonomie mir sparen, jetzt im Detail auf das Thema Konjunkturpaket II einzugehen. Das kennen Sie alle. Ich denke, die Arbeit in den Wahlkreisen ruft. Von daher kann man das auch, sage ich mal, in komprimierter Art und Weise hier machen. Deswegen möchte ich dann auch gleich zum Antrag im Detail kommen.

Meine Damen und Herren, mit Ihrem Antrag fordern Sie ja die Landesregierung indirekt auf, die gesetzlichen Vorschriften zur Barrierefreiheit einzuhalten, beziehungs-

weise beklagen so ein bisschen auch, habe ich so rausgehört, dass sie gar nicht in allen Bereichen, zumindest aus Ihrer Sicht, ausreichend sind. In der Sache bin ich mit Ihnen da vollkommen einer Meinung, gar keine Frage.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Und das gilt für meine Kabinettskollegen genauso. Allerdings, muss ich sagen, werden die Belange für die Barrierefreiheit bei der Planung und Durchführung von Baumaßnahmen bereits beachtet. Es ist ja nicht so, dass die einfach ignoriert werden oder negiert werden. Bei der Umsetzung des Konjunkturpakets II ist das so und das ist auch sonst so. Dazu sind wir auch verpflichtet.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ah ja!)

Wir wären also verrückt, wenn wir es nicht tun würden. Das steht auch nicht infrage. Dass es ausreichend Negativbeispiele gibt, Frau Müller, ist auch unbestritten.

(Irene Müller, DIE LINKE: Weiter.)

Aber ich habe sehr schnell gelernt, als ich in die Politik gegangen bin, dass ich die Welt nicht von heute auf morgen verändern kann. Das heißt also, hier ist Beharrlichkeit gefordert, um zum Ziel zu kommen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Von Barrierefreiheit sprechen wir aber schon seit Jahren.)

Und an der Tatsache, dass das Ziel deckungsgleich mit dem ist, was Sie verfolgen – das gilt für meine Fraktion hier auch genauso –, hoffe ich, haben Sie keine Zweifel.

Tatsache ist, der Artikel 6 des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern definiert für uns, auch als Verwaltung, die grundsätzlichen Anforderungen an die Barrierefreiheit, unter anderem für bauliche Anlagen. Die Umsetzung in materielles Recht erfährt dies in Paragraph 50 „Barrierefreies Bauen“ der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern. Dazu sage ich aber nachher auch noch kurz etwas.

Hier werden insbesondere die entsprechenden baulichen Anforderungen veröffentlicht, zugängliche bauliche Anlagen definiert. Bei der Realisierung der staatlichen Hochbaumaßnahmen durch den Betrieb für Bau und Liegenschaften Mecklenburg-Vorpommern werden diese Rechtsvorschriften sehr genau beachtet. Dies dürfte im Übrigen auch für Zuwendungsempfänger oder auch die Kommunen gelten, da sie hinsichtlich der Barrierefreiheit den gleichen bauordnungsrechtlichen Vorschriften unterliegen.

Die vom Verkehrsministerium im Bereich Städtebau geförderten Vorhaben, auch die aktuellen, erfüllen selbstverständlich die gesetzlichen Anforderungen an die Barrierefreiheit und werden in vielen Fällen erhebliche Verbesserungen bringen, zum Beispiel Platzgestaltungen. Und einige Vorhaben, die ich in dieser Woche auch der Öffentlichkeit vorgestellt habe, aus dem ZIP umfassen ausdrücklich auf die Barrierefreiheit ausgerichtete Maßnahmen, wie zum Beispiel im Kloster Malchow, aus dieser Liste von 22 Vorhaben.

(Irene Müller, DIE LINKE: Na, da schadet der Antrag ja überhaupt nicht.)

Hier geht es zum Beispiel um den Einbau eines Aufzugs als behindertengerechter Zugang.

(Irene Müller, DIE LINKE: Barrierefrei!)

Frau Müller, ich kann Ihr Engagement ja wirklich verstehen, aber unterstellen Sie nicht allen anderen, dass die mit den Möglichkeiten, die ihnen zur Verfügung stehen, nicht das gleiche Engagement aufbringen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Da fühle ich mich auch persönlich angegriffen, weil wir wirklich alles versuchen, was in unserer Macht steht, dieses Problem der Barrierefreiheit sozusagen, neudeutsch gesagt, mit Drive zu versehen und nach vorne zu stellen. Und da ist es nicht gerade hilfreich, wenn man dann selbst diese Bemühungen immer wieder infrage stellt. Also das finde ich nicht in Ordnung, das möchte ich einfach mal so sagen.

Ich kann Sie also letztendlich beruhigen, es gibt innerhalb der Landesregierung nicht einmal im Ansatz die Bestrebungen, im Rahmen des Konjunkturpakets II geltendes Recht zu verletzen. Es wurde lediglich das Verfahrensrecht vereinfacht, um schneller investieren zu können. Ich glaube, das dürfte auch in Ihrem Interesse sein.

Ich möchte aber eingehen auf den Änderungsantrag der FDP, denn der spricht ja doch ein paar Dinge an, die weit über das hinausgehen, was letztendlich in Ihrem Antrag, in dem Ursprungsantrag enthalten ist. Kollege Grabow, ich finde, das gehört sich so, dass ich darauf eingehe, und ich will mich auch ehrlich damit auseinandersetzen. Nicht zuletzt Sie persönlich haben das auch verdient, dass man das tut.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Hans Kreher, FDP: Das ist richtig.)

Ich meine, das Ergebnis wird Ihnen dann weniger gefallen. Das liegt fast in der Natur der Sache.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Peter Ritter, DIE LINKE: Aber der Anlauf war nicht schlecht.)

Nein, aber ich will mal darauf eingehen.

Also, wenn ich zu der Ziffer 1 komme, dann erinnert mich das so ein bisschen an die Debatte, die wir gestern hatten, wo Sie der Koalition vorgeworfen haben, zusammen mit der LINKEN, dass wir einfach hier nur so einen Schaufensterantrag und, und, und stellen, und was wir da beschließen, das ist ja eigentlich Nonsense. Also die Ziffer 1 Ihres Änderungsantrages sortiere ich in die gleiche Bezeichnung ein, das ist mehr so eine Art Trotzkopfsyndrom. Da wird so mit dem Fuß aufgestampft. Da steht nämlich was? – Der Landtag stellt fest, dass das barrierefrei zu sein habe. Toll! Das steht auch im Gesetz, das steht ja in der Landesbauordnung. Eigentlich nicht besonders großer Nährwert in der ganzen Sache.

Dann zu dem spannenden Thema Landesbauordnung. Das Thema kenne ich ja nun auch rauf und runter über viele, viele Jahre. Wahrscheinlich wird es nie gelingen, eine Landesbauordnung zu schaffen, die sowohl von der Opposition als auch von den Regierungsfractionen einhellig begrüßt wird, denn man sieht ja immer so ein bisschen mit der politischen Brille darauf. Dazu möchte ich Ihnen Folgendes sagen und das meine ich wirklich ganz im Ernst: Ich möchte gern die sozialpolitischen Sprecher wie auch die Baupolitiker, sozusagen die Bauleute der demokratischen Fraktionen, zu einem Gespräch bei mir einladen, um über Dinge, die mit der Landesbauordnung zu tun haben, die Probleme, die Sie sehen, zu sprechen, sodass wir gemeinsam darüber diskutieren, was man eigentlich wirklich machen kann.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Guter Vorschlag, Herr Minister.)

Die Landesbauordnung, das habe ich ja dann irgendwann mal gelernt, ist wirklich ein riesiges Räderwerk, wo ich an einer ganz harmlosen, kleinen Stelle ein klitzekleines Rädchen drehe, ein riesiges Räderwerk in Gang setze und das Ergebnis vielleicht etwas völlig anderes ist als das, was ich eigentlich wollte. Und dazu bin ich offen. Zu diesem Gespräch lade ich Sie also ein und mein Haus wird da auf die vier Fraktionen gerne zukommen und mit Ihnen das abstimmen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Sehr gut, Herr Minister.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Müller?

Minister Volker Schlotmann: Eine Endfrage vielleicht. Ich habe jetzt noch einen Satz, einen Absatz, und dann können wir das gerne machen.

Dann fordern Sie uns auf, dass wir einen Bericht machen über den gegenwärtigen Stand der Barrierefreiheit öffentlicher sowie öffentlich geförderter Infrastruktur und Gebäude in Mecklenburg-Vorpommern. Das ist, das kenne ich ja nun auch sehr lange aus parlamentarischer Erfahrung, das Berichtswesen. Das Ergebnis, gerade bei dem Thema, gerade bei dem Thema wird Folgendes sein: Wir werden erstens einen riesigen Aufwand betreiben müssen, das heißt, wir werden Gutachter, externe, ganze Kohorten losschicken müssen, um einen aktuellen Sachstand landesweit herzustellen,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Lieber Kohorten als Konsorten.)

das heißt, spätestens ...

Nein, nein, ich habe Kohorten gesagt.

Spätestens beim Haushalt werden wahrscheinlich gerade Sie uns als FDP treiben und sagen, was ihr da so ansetzt für Gutachterkosten und, und, und, ist alles rausgeschmissenes Geld. Also allein das spricht dagegen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Und mit den eigenen Bormitteln, sprich mit dem Personal des Hauses, das zu veranstalten, da sage ich Ihnen, da blockieren wir das Ministerium mindestens für sechs Monate, und das kann, glaube ich, auch nicht in Ihrem Interesse sein. Also, wie gesagt, ich biete Ihnen gerne an, ein solches offenes Gespräch zu führen, und ich glaube, da kommen wir auch ein Stück weiter.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Frau ...

Minister Volker Schlotmann: Frau Müller.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: ... Abgeordnete, stellen Sie Ihre Zwischenfrage.

Irene Müller, DIE LINKE: Danke.

Herr Minister Schlotmann, können Sie meine Meinung bestätigen, dass die Landesbauordnung nur für Neubauten gilt und nicht für Altbauwohnungsbestand?

Minister Volker Schlotmann: Das kann ich Ihnen bestätigen, ja. Das ist eines der Kernprobleme bei diesem Thema. Aber ich sage Ihnen, wir hatten das gestern schon bei den Altschulden, ich würde gerne, wenn ich

hätte, eine Menge machen, ich würde gerne das Thema Altschuldenproblem lösen, wenn ich 350 Millionen für meinen Etat hätte. Ich würde gerne auch im Bestand alles barrierefrei so machen, dass man wirklich von Barrierefreiheit auch im Bestand reden könnte. Nur, ich sage Ihnen, dann sprengen wir unseren Haushalt und dann brauchen wir über nichts anderes mehr zu reden. Und dann möchte ich die Kollegen aus der Landwirtschaft, aus der Wirtschaft, aus dem Sozialbereich, aus dem Bildungsbereich sehen, wenn wir sagen, wir brauchen so und so viel hundert Millionen. Das, was ich kann, mit den mir zugestandenen Bormitteln, das werde ich versuchen, aber alles andere wäre auch unseriös gegenüber dem Bürger, zu sagen, wir machen das alles, und in Wirklichkeit können wir es gar nicht machen.

Irene Müller, DIE LINKE: Danke.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Stein von der Fraktion der CDU.

Peter Stein, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich vorwegschicken, gerichtet an die Kolleginnen und Kollegen der LINKEN, wir werden uns sicherlich niemals einer Diskussion um Barrierefreiheit entziehen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das wäre ja noch schöner.)

Und ich glaube, das, was der Minister Schlotmann ausgeführt hat zum Änderungsantrag oder im Bereich des Änderungsantrages der Fraktion der FDP, dass er das Angebot gemacht hat zu einer Gesprächsrunde an die demokratischen Fraktionen, ich denke mal, das ist das, was wir auf jeden Fall auch annehmen werden, was wir tun sollten. Und ich denke mal, damit, das kann ich auch vorwegschicken, ist eigentlich aus unserer Sicht auch der Antrag, der Änderungsantrag der FDP, erledigt, denn das ist die richtige Ebene.

Lassen Sie mich ein bisschen eingehen, ich mache es auch kurz, auf Ihren Antrag. Sie versuchen, dieses Thema Barrierefreiheit in einen direkten und konsequenten Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket zu stellen.

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE,
und Irene Müller, DIE LINKE)

Und da ist jetzt schon einiges zu gesagt worden, warum das relativ unsinnig ist.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Das ist überhaupt nicht unsinnig.)

Lassen Sie mich noch einen Aspekt hinzufügen. Ganz wesentliche Teile dieses Konjunkturpaketes sind ja von Berlin aus, ich sage mal, bestimmt worden für den Bereich Klimarelevanz, Lärmschutz und so weiter. Und da werden wesentliche Teile der ...

(Irene Müller, DIE LINKE: Lärmschutz,
ein interessantes Ding der Barrierefreiheit.)

Eben, genauso ist es. Das hat damit überhaupt nichts zu tun.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Doch, es hat ganz viel damit zu tun.
Sie haben es nicht begriffen.)

Der wirtschaftliche Teil, der Finanzteil, der zur Verfügung gestellt wird, wird in wesentlichen Teilen in diesen Bereich gehen.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Barrierefreiheit bedeutet nicht nur Rollstuhl.)

Und da wird es eben Bereiche geben wie beispielsweise Wärmedämmung an Gebäuden, wo es schwer wird, das in Übereinklang mit den Bedingungen der Barrierefreiheit zu stellen, weil es baulich damit gar nichts direkt zu tun hat. Beziehungsweise wenn man ein Gebäude anfasst,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Aber beim Neubau geht's, ja? –
Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

wenn man ein Gebäude anfasst, und ich denke mal, das ist,

(Irene Müller, DIE LINKE:
Sie wissen ja überhaupt nicht
die Definition von Barrierefreiheit.)

wenn man ein Gebäude anfasst, etwas macht und den Bauantrag entsprechend ausgestaltet auf Barrierefreiheit,

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

alles infrage stellt und überprüfen müsste, dann sage ich Ihnen eins, dann sind diese Mittel aus dem Konjunkturprogramm auch relativ schnell aufgebraucht.

(Irene Müller, DIE LINKE: Wie oft habe ich
hier schon Barrierefreiheit erklärt? Oh, oh, oh!)

Und die Kommunen werden es schwer haben, das, was sie beantragt haben, tatsächlich auch ausfinanziert zu bekommen.

Gestehen Sie mir eins zu, gestehen Sie mir doch eins zu, dass wir auch im Bereich der Barrierefreiheit hier in Mecklenburg-Vorpommern, in Deutschland nicht gerade unterreglementiert sind. Es gibt klare Vorschriften dazu, die werden auch in aller Regel konsequent eingehalten,

(Irene Müller, DIE LINKE: Ja.)

um bei Ihrem Wortgebrauch zu bleiben.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Und aus meiner Praxis heraus in der Bauverwaltung, wo ich zwölf Jahre gewesen bin, also die Bauanträge, gerade aus dem öffentlichen Bereich, die ich auf dem Tisch gehabt habe, sind alle, alle im Wesentlichen ganz konsequent unter den Maßgaben der Barrierefreiheit aufgestellt gewesen und auch durchgeführt worden.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ja, ja, ja.)

Also ich glaube, da ist eine ganze Menge hier, gerade in Mecklenburg-Vorpommern, auf dem richtigen Weg, in der richtigen Umsetzung. Und das jetzt in diese Übereinstimmung zu bringen zu diesem Zeitpunkt, da gebe ich Ihnen recht, es ist jetzt natürlich etwas zu spät dafür eigentlich, für diesen Antrag,

(Irene Müller, DIE LINKE:
Nein, eigentlich noch nicht. –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

ihn heute noch mal so aufzurufen. Aber ich glaube, wir sind uns einig,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Dann hätte man
die Dringlichkeit nicht ablehnen müssen.
Deswegen haben wir es ja dringlich
gemacht, Herr Kollege.)

dieser Zusammenhang hier auch mit dem Begriff „Konsequenz“ ist etwas über das hinausgeschossen, was möglich ist und was sinnvoll ist in diesem Moment.

Lassen Sie mich noch kurz auf die Begründung eingehen. Im zweiten Absatz schreiben Sie: „Darüber hinaus ist entscheidend, dass die landesrechtlichen Bestimmungen bei der Realisierung von Investitionen eingehalten und nicht dem Umsetzungserfordernis und dem Umsetzungsdruck des Konjunkturpakets geopfert werden.“ Ja, es ist natürlich die kommunale Entscheidung, wenn die Dinge so vorangetrieben werden, wie ich es eben gesagt habe. Ich finde, mit dem Begriff „entscheidend“ legen Sie natürlich die Latte sehr hoch. Ich glaube, die wird kaum zu halten sein.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ach,
wir können das Gesetz nicht einhalten,
weil das alles so schwierig ist.)

Der letzte Absatz, wo Sie dann die Fachministerien ansprechen, wo Sie schreiben: „Insbesondere die Fachministerien Verkehr, Bau und Landesentwicklung sowie Bildung, Wissenschaft und Kultur sollen dafür sensibilisiert werden“ – ja, ich bitte Sie, ich glaube, und das hat Minister Schlotmann dargestellt und wenn Herr Tesch hier geredet hätte, hätte er es Ihnen auch gesagt, sensibel, gerade in dem Bereich, sind wir allemal und ganz besonders, und da brauchen Sie nicht noch mal über einen Antrag, über die Begründung hier die Ministerien aufzufordern, besonders sensibel zu sein. Und dann kommt ja noch,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja,
ich weiß. Nur, wenn Sie die Regierung
auffordern, dann ist das in Ordnung.)

dann kommt ja noch,

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

dann kommt ja noch der Clou in der ganzen Geschichte.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Dieses Theater habe ich so satt.)

In der letzten Zeile in diesem Satz schreiben Sie ja selber noch und schränken es ein, sollen die „Anforderungen der Barrierefreiheit eingehalten – und sofern möglich – ...“. Damit geben Sie ja selber zu, dass im Rahmen dessen, was möglich ist, eben nicht alles möglich ist, und das ist auch gut, dass Sie das erkannt haben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Weil wir
einen realen Blick auf die Lage haben. –
Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Es ist gut, dass Sie das erkannt haben und das selber einschränken.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie sagen doch immer,
wir sind Populisten. Jetzt machen wir mal was
anderes, jetzt ist Ihnen das auch wieder nicht
recht. Sie müssen sich mal entscheiden.)

Ich bedanke mich, ich bedanke mich, dass Sie zugehört haben. Wir werden Ihrem Antrag nicht zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Stein.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Grabow von der Fraktion der FDP.

Ralf Grabow, FDP: Frau Präsidentin! Ich hatte jetzt eigentlich eine Rede vorbereitet, aber ich glaube, ich brauche jetzt keinem mehr zu erklären, was Barrierefreiheit ist.

(Irene Müller, DIE LINKE: Das, genau das muss erklärt werden!)

Ich würde gerne auf ein paar Sachen eingehen. Barrierefreiheit, und das habe ich auch beim letzten Mal gesagt, fängt im Kopf an. Es gibt eine ganze Menge,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Manche haben Barrieren im Kopf, ja, das stimmt. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

es gibt eine ganze Menge Gesetze, die gibt es jetzt schon, es gibt DIN-Normen, es gibt eine Landesbauordnung und ich würde sehr, sehr dafür werben, dass man das, was da drinsteht, auch einhält.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Eins muss ich aber in Richtung der LINKEN sagen, und Frau Müller, das wissen Sie: Beim letzten Mal, als die Landesbauordnung geändert worden ist, sind wir leider ein bisschen rausgefallen. Sie wissen auch, dass die Verbände damals alle Sturm gelaufen sind und gesagt haben, bitte diese Paragraphen nicht ändern.

(Irene Müller, DIE LINKE: Das weiß ich.)

Da waren wir als Land fortschrittlicher. Da waren Sie nicht der Minister, Herr Schlotmann. Das war zu einer Zeit, wo Herr Holter Minister war. Und das haben alle Verbände damals gefordert. Wir waren viel weiter, als wir heute sind.

(Irene Müller, DIE LINKE: Das hat aber jetzt mit dem Konjunkturpaket nichts zu tun.)

Ich möchte es nur der Ehrlichkeit halber auch einfach mal sagen, woran wir die letzten zwei Jahre gelitten haben.

Und aus meinem eigenen Empfinden, wie das oft ist: Ich bin jetzt zweieinhalb Jahre hier. Es gibt immer noch keine zweite Behindertentoilette in diesem Hause. Mein Stunt gestern, den einige mitgekriegt haben, ist deswegen passiert, weil es ist nun mal etwas schwierig, von unten hier hochzukommen über den Aufzug, den anderen Aufzug zu nehmen, das schaffen Sie nicht innerhalb von drei Minuten, wenn hier eine namentliche Abstimmung kommt. Und wir sind jetzt zweieinhalb Jahre dabei. Zweieinhalb Jahre haben wir einige Probleme nicht angepackt. Ich habe da jetzt noch einen Gesellen und vielleicht sollten wir beide dann doch noch mal eine Mängelliste aufstellen, was hier im Hause – ich hoffe, nicht wieder in zweieinhalb Jahren erst – abgebaut werden sollte.

Zum Thema Tourismus: Ich glaube, in puncto barrierefreier Tourismus sind wir wirklich eines der führenden Länder, weil das Thema hier irgendwo kam. Für den barrierefreien Tourismus haben wir vieles im Land gemacht. Wir haben Betten gefördert. Wir haben sicherlich Defizite. Wir müssen in der Infrastruktur fördern. Da sind wir auf einem guten Wege, da gibt es Gesprächsangebote. Und auch hier, Herr Minister, ich bedanke mich

dafür, dass Sie das Thema Landesbauordnung aufnehmen. Es war ja auch schon in meiner Rede im Dezember ein Punkt für mich, dass ich gesagt habe, daran müssen wir arbeiten.

Und ich habe an Sie alle eine Bitte, dass das Thema wirklich – das fängt in den Köpfen an –, dass wir versuchen, zu sensibilisieren, dass die geltenden, jetzt bestehenden Normen, eingehalten werden, denn da haben wir auch in den letzten zwei Jahren, zweieinhalb Jahren Beispiele gehabt, und, Herr Schlotmann, auch aus Ihrem Hause. Es ist in Sassnitz eine Brücke gebaut worden, schick. Ich habe die neulich mal probiert. Die fahren Sie als Rollstuhlfahrer zwar runter, mit einer guten Geschwindigkeit, hoch fahren Sie die nicht wieder alleine, obwohl sie nagelneu ist, sie ist noch nicht so alt. Und es gibt mehrere Beispiele.

Ich will aber nicht alle unter einen Generalverdacht stellen, das will ich auch ehrlich sagen, weil ich viele Bauherren kenne. Und wir haben ja in Rostock im Behindertenbeirat eine Arbeitsgruppe Bauen, die schon ganz viel erreicht hat. Und wenn wir oft Bauherren ansprechen, dann haben wir auch mit der reinen Ansprache viel erreicht. Also insofern werbe ich noch mal für meinen Änderungsantrag, wenn er auch schon fast erledigt ist, aber man kann ihn ja dann trotzdem beschließen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Grabow.

Das Wort hat jetzt, da müssen Sie mir jetzt helfen ... Entschuldigung. Das Wort hat jetzt Herr Baunach von der Fraktion der SPD.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Oh, der Baupolitiker. Einmal im Jahr. – Reinhard Dankert, SPD: Das zweite Mal hat er schon dieses Jahr gesprochen. – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Zweimal schon? Ach, er hat im letzten Monat schon gesprochen. Das ist ja eine Häufung.)

Norbert Baunach, SPD: Genauso ist es.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe die Landesbauordnung der letzten Jahre hier mitgebracht. Ich will sie dann nicht Herrn Kreher oder Herrn Rooff übergeben, aber zum Schluss müssen wir dazu noch mal was sagen.

Der Antragsteller, also hier die LINKE, hat diesen vorliegenden Antrag in der letzten Landtagssitzung als Dringlichkeitsantrag eingebracht. Dabei hat der Antragsteller selbst darauf hingewiesen, dass wir natürlich eine Landesbauordnung haben und Barrierefreiheit viele Dinge mehr sind als die oft benannte Rampe der Rollstuhlfahrer. Frau Müller hat vorhin auch noch mal hingewiesen auf diese in der Öffentlichkeit und anscheinend auch hier im Parlament noch nicht ganz deutlich gewordene Argumentation, dass zur Behinderung nicht nur Rampe, Rollstuhlfahrer, sondern auch – das Stichwort Lärm kam ja hier von Herrn Stein – diese Komponenten, Akustik et cetera pp., dazugehören. Das sehe ich auch so.

Der Landtag hat in den zurückliegenden Perioden, ja sicher nicht zuletzt auch in der SPD-PDS-Regierungszeit stark an der Verbesserung der Landesbauordnung und

da auch an der des barrierefreien Bauens gearbeitet. Ich darf darauf hinweisen, dass die Landesbauordnung unseres Landes zuletzt über die Station 1998, geändert 2001, in die nunmehr gültige Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern vom 18.04.2006 mündete, die sich an eine Musterbauordnung der Bauministerkonferenz anlehnte.

Der Minister sagte vorhin was vom spannenden Thema. Natürlich ist die Landesbauordnung ein stets und ständiges Thema. Und dann halte ich noch mal diese drei Dinge hoch.

(Der Abgeordnete Norbert Baunach
hält Broschüren hoch.)

Wir haben natürlich in den letzten zwei, drei Perioden immens an der Landesbauordnung gearbeitet. Nicht zuletzt waren es ja die letzten Bauminister, Herrn Ebnet nehme ich da jetzt mal aus, aber Herr Holter und Frau Kleedehn, die auch hier bildlich dann in den Vordrucken zu sehen sind, die sich da stets und ständig für Veränderungen und Verbesserungen eingesetzt haben.

Der Paragraph 50 der LBO „Barrierefreies Bauen“ hat wie die gesamte Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommerns eine hohe Qualität und Akzeptanz, und diese Akzeptanz haben wir auch in anderen Bundesländern erfahren können, die natürlich weiter verbessert werden kann und, ich denke, auch weiter verbessert werden sollte und muss. Und in diesem Zusammenhang nehme ich natürlich die Einladung des Verkehrsministers gerne an und finde es einfach gut, dass er diesen Vorschlag auch in diesem Zusammenhang, mit diesem Thema hier heute an die Parlamentarier, die sich damit thematisch etwas schwerpunktmäßig beschäftigen, gemacht hat. Also vielen Dank, Herr Verkehrsminister.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das finden wir auch gut.)

Meine Damen und Herren, auf einzelne Punkte der Landesbauordnung will ich jetzt im Zusammenhang mit diesem Antrag nicht im Detail eingehen. Ich verweise auch in diesem thematischen Zusammenhang auf das Landesbehindertengesetz vom 10. Juli 2006 und das ÖPNV-Gesetz Mecklenburg-Vorpommerns vom 23.05.2006. Ich sage auch, wir werden da ganz sicher in dieser Legislaturperiode die Landesbauordnung noch mal anpacken, anpacken müssen, und da habe ich auch noch als Stichwort im Hintergrund die Problematik Rauchmelder und anderes. Wenn man die Bauordnung dann aufmacht, dann können ja noch viele Dinge diskutiert werden und vielleicht da oder dort ihren Widerhall in einem Punkt der neuen Landesbauordnung finden.

Auch die Bemerkung gestern von Herrn Helmut Holter zum Problemkreis barrierefreier Tourismus fand ich gut und bemerkenswert und heute sind ja schon einige drauf angesprungen. Herrn Müller habe ich ja dann von hinten gehört. Er meint ja, dass ein entsprechender Antrag zu diesem Thema dann irgendwann mal auch den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern erreicht.

(Detlef Müller, SPD: Jawohl.)

Ich denke, Kollege Müller, dann hast du gleich eine Mehrheit da, wenn ich das so richtig hier verstanden habe.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Na, ganz haben wir noch nicht die Mehrheit, aber ... –
Detlef Müller, SPD: Aber ...!)

In diesem Punkt.

Ich verweise auf Punkt 98 des Koalitionsvertrages von SPD und CDU: „Das Bauordnungsrecht des Landes ist bei Bedarf, unter Einbeziehung der Musterbauordnung, fortzuschreiben.“

Und ich verweise auch auf Ziffer 243: „Die Anstrengungen des Landes bei der Integration von Behinderten im Rahmen der Umsetzung des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes werden zusammen mit den Kommunen fortgesetzt.“

Also Frau Lück hat ja einiges gesagt zu den Problemen vor Ort und zu den Problemen mit den Kommunen. Auch hier gilt, die haben sich an entsprechende Vorgaben und Ordnungen zu halten.

Für die SPD-Landtagsfraktion ist und bleibt das Thema Barrierefreiheit ein wichtiges Thema, das nicht nur, das sage ich mal ganz ausdrücklich, durch Finanzzuweisungen bearbeitet werden darf, sondern langfristig in allen Bereichen umzusetzen ist.

Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass bei allen Investitionen in die Infrastrukturmaßnahmen Barrierefreiheit beachtet wird. Das Grundanliegen, die Intention des vorliegenden Antrages, ist für mich persönlich verständlich und auch nachvollziehbar. Auf die Hintergründe im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket II ist der Verkehrsminister Schlotmann ausführlich eingegangen, wobei wir diese Ausführung unterstützen und ich mir Bemerkungen dazu an dieser Stelle ersparen möchte.

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, die Landesregierung hat sich an gesetzliche Vorschriften zur Barrierefreiheit bei Planung und Durchführung von Baumaßnahmen zu halten und hält sich daran, mit oder ohne Konjunkturpaket-II-Zeiten. Das Gleiche gilt natürlich auch für die Kommunen und die Zuwendungsempfänger. Frau Lück hat das noch mal angemahnt und auf das Thema oder die Problematik hingewiesen.

Ich stelle fest, die Projekte sind festgelegt, das ist so. Unsere LBO greift, Paragraphen 50/51 im Speziellen. Und bei gegebenenfalls Neubau, Frau Müller hat ja vorhin diese Frage gestellt – dem Minister ist das sicherlich klar, Frau Müller, aber dem einen oder anderen, das gebe ich gerne zu, nicht –, bei gegebenenfalls Neubau ist Barrierefreiheit durch unsere Landesbauordnung ohnehin vorgeschrieben. Viele Sanierungsprojekte an öffentlichen Gebäuden entsprechen Anforderungen der Barrierefreiheit, viele, Frau Müller.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Ja, ja. Viele auch nicht. – Zuruf von
Irene Müller, DIE LINKE)

Ich stelle fest, barrierefreies Bauen bleibt weiterhin ein sehr wichtiges Anliegen der SPD-Fraktion in der Regierungskoalition. Dem vorliegenden Antrag der LINKEN können wir nicht zustimmen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Na klar, der ist überflüssig.)

Zum Änderungsantrag der Fraktion der FDP: Der Minister hat einiges dazu gesagt und Kollege Grabow. Gut, zum Text habe ich mir auch noch ein paar Bemerkungen gemacht. Die sind fast identisch mit denen von Minister Schlotmann. Aber wenn man sich dann so ein bisschen an Gesetz und Buchstaben hält, kann ich immer

nur sagen, und das habe ich mir als Kurzinformation aufgeschrieben zu Ziffer 1: siehe LBO, verweise auf Paragraph 50 „Barrierefreies Bauen“. Die ist nun mal so, wie sie ist.

Wir haben das Gesprächsangebot gehört. Ich habe ja auch gesagt, ich gehe davon aus, dass die LBO irgendwie noch mal im anderen Zusammenhang, und da bitte ich einfach noch mal drum, dass man vielleicht auch im Gespräch mit dem Minister sammelt und registriert, denn immer, stets und ständig möchte ich das Ding nicht aufmachen, sondern wenn, dann möge man darüber komprimiert nachdenken und das in einem Ritt machen.

Zu Ziffer 2 verweise ich auf Paragraph 51 „Sonderbauten“, Ziffer 16 „barrierefreie Nutzbarkeit“. Und im Zusammenhang mit den Aufsichten, also Paragraph 58 „Aufgaben und Befugnisse der Bauaufsichtsbehörden“, ist meiner Meinung nach alles klar und deutlich geregelt.

Zu dem Bericht. Herr Minister Schlotmann hat einiges zu der Problematik von Gutachtenumfang und so weiter ausgeführt, aber das Thema an sich ist ja wissenschaftlich, interessant, sage ich jetzt mal so. Ich würde vielleicht vorschlagen, dass wir das mal andiskutieren oder ansprechen im Verkehrsausschuss, und vielleicht können wir da in einem gewissen nicht so umfangreichen Rahmen, weiß ich nicht, darüber sprechen, kriegen da ein paar Informationen, die uns für die Argumentation für das barrierefreie Bauen behilflich sein können. Wir lehnen also den Änderungsantrag der FDP auch ab. – Schönen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Wir
brauchen nur die Verbände und Vereine
zu fragen, die wissen das genau. –
Irene Müller, DIE LINKE: Richtig.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der Fraktion der NPD, der Abgeordnete Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag der LINKEN ist so formuliert, dass man auf den ersten Blick nur zustimmen kann.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Aber Sie blicken sicherlich tiefer jetzt.)

„Die Landesregierung wird aufgefordert, das Konjunkturpaket II zu nutzen, um die Infrastruktur in Mecklenburg-Vorpommern auch für Menschen mit Behinderungen, alte Menschen und Personen mit Kleinkindern zu verbessern.“ So weit, so gut. Wer könnte da Nein sagen? Eulen nach Athen tragen.

Frau Lück, Sie beklagten in Ihrem Beitrag, dass es Ausnahmegestaltungen gibt, dass es im Bereich der Beherbergung ganz bestimmte Bestimmungen gibt, die es zulassen, dass die Vorschriften, Paragraph 50/51 der Landesbauordnung, nicht konsequent umgesetzt werden brauchen. Das ist auch politisch so gewollt, denn in der neuen Bauordnung 2006 gibt es Bestimmungen, und wenn Sie die nachlesen, dann werden Sie dort finden, dass es aufgrund der sehr häufig auch privat zur Verfügung gestellten Beherbergungsmöglichkeiten aus wirtschaftlichen Gründen schlicht und ergreifend unmöglich ist, dass Leute, die zwei oder drei Zimmer anbieten in den Feriengemeinden, natürlich nicht die Barrierefreiheit

sicherstellen können, weil ansonsten die ganze Sache unwirtschaftlich wird. Das zum einen.

Zum Zweiten.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Schon völlig falscher Gedankengang.)

Zum Zweiten.

Das ist kein falscher Gedankengang,

(Zurufe von Torsten Koplin, DIE LINKE,
und Irene Müller, DIE LINKE)

sondern das ist ganz einfach die normative Kraft des Wirtschaftlichen und des Wettbewerbs.

Zum Zweiten. Dann schreiben Sie: „Darüber hinaus ist entscheidend, dass die landesrechtlichen Bestimmungen bei der Realisierung von Investitionen eingehalten und nicht dem Umsetzungserfordernis“ – was immer Sie damit meinen – „und dem Umsetzungsdruck des Konjunkturpaketes geopfert werden.“ Ja, was soll man darunter verstehen?

(Irene Müller, DIE LINKE: Nachdenken!)

Wir haben ganz klare Vorschriften in der Landesbauordnung. Und wenn im Rahmen des Konjunkturpaketes II, Frau Lück, ganz bestimmte Dimensionen bei der Sanierung von Gebäuden im öffentlichen Bereich – da wird das hauptsächlich auch umgesetzt, dieses Konjunkturpaket – überschritten werden, dann greift die Bauordnung, indem sie zwingend vorschreibt, dass barrierefrei zu bauen ist.

(Irene Müller, DIE LINKE: Da
wird nicht gebaut, da wird saniert. –
Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

So einfach ist das doch geregelt. Das heißt natürlich nicht, dass alles in bester Ordnung ist im Land, sondern das heißt ganz konkret, dass Ihr Antrag zwar gut gemeint ist,

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

aber zu wenig substantiiert ist. Dass Sie nicht ganz klar herausarbeiten, wo denn formalrechtlich unbedenklich im Rahmen des Konjunkturpaketes II das eine oder andere getan werden kann, das hätte hier, glaube ich, viel, viel mehr Eindruck gemacht als dieser Dreizeiler, wo Sie sich dazu bekennen, dass die Sache verbessert werden muss. Dennoch wird meine Fraktion diesen Antrag nicht ablehnen, aber da er so wenig Substanz enthält, so unkonkret ist,

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

werden wir uns natürlich enthalten. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Pastörs.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Müller von der Fraktion DIE LINKE.

Irene Müller, DIE LINKE: Werte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Grabow begann seine Rede mit den Worten: Barrieren gibt es sehr viele, vor allen Dingen Barrieren in den Köpfen. Und genau das habe ich heute hier wieder von Ihnen vernehmen müssen zum größten Teil.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das hatte ich eingeworfen mit den
Barrieren in den Köpfen.)

Ich weiß überhaupt nicht, auf welche Art und Weise Sie aus diesem Antrag herauslesen, und auch nicht, Herr Minister Schlotmann, wie Sie herauslesen, dass ich beklage, dass unsere Fraktion beklagt, dass sie unterstellt, dass nichts gemacht wird, dass sie unterstellt, dass alles irgendwo hinten runterfällt und, und, und. Tun wir gar nicht.

Hier in diesem Antrag steht ganz deutlich drin, dass man die Chancen nutzen sollte bei diesem vielen Geld, was wir zusätzlich, und ich betone, zusätzlich bekommen, dass die Barrierefreiheit Grundlage ist. Das tun wir nicht deshalb, dass wir sagen wollen, dass das nicht gemacht wird, sondern das tun wir deshalb, weil wir wissen, dass es Barrieren in den Köpfen gibt und dass genau dieses Wort „Barrierefreiheit“ immer wieder Anstoß sein muss, um wirklich darüber nachzudenken, und weil wir es an einigen Stellen auch wirklich leid sind, immer hinterherlaufen zu müssen und zu sagen: Ihr habt die Barrierefreiheit vergessen, und zwar vor Ort.

Und deswegen wäre es überhaupt nicht schädlich, in keiner Art und Weise schädlich, als Landesregierung bei der Vergabe der Gelder aus dem Konjunkturpaket, diesem Zukunftsprogramm, was nachhaltig wirken soll, darauf aufmerksam zu machen, dass die Regierung hier auf Barrierefreiheit besteht.

Womit begründe ich Barrierefreiheit in den Köpfen hier im Haus? Schon allein die Verwunderung, dass ich diesen Antrag nicht eingebracht habe, ist ein Stück Barriere im Kopf. Wieso bin ich hier im Landtag Mecklenburg-Vorpommern und ist Herr Grabow für Barrierefreiheit zuständig?

(Beate Schlupp, CDU:
Wer hat sich denn gewundert?)

Wir haben schon mehrmals hier erklärt, dass Barrierefreiheit bedeutet: Zugang für alle Menschen zu allen Dingen, die uns umgeben. Und da braucht man nicht ausschließlich auf die Rampen hinzuweisen und festzustellen, dass ein Lärmschutz nichts damit zu tun hätte, Herr Stein. Sehr wohl hat es was damit zu tun. Denn gerade hörgeschädigte Menschen brauchen intensivsten Lärmschutz. Was glauben Sie, wie die unter Krach leiden, körperlich leiden, oder hörgeschädigte Menschen, die noch ein Resthören haben, gar nichts mehr verstehen können, weil der insgesamt schlechte Lärmschutz eines Raumes alles verschwimmen lässt?

Es gibt so viele Dinge, die zu beachten sind, für alle Menschen: Zum-Nutzen-für-alle-Prinzip. Zugegeben, uns Menschen mit Behinderungen fallen Barrieren zuerst auf. Aber ärgern tun wir uns letztendlich alle darüber. Und dann darf es hier eben nicht nur Lippenbekenntnisse geben – wir wollen, dass alle Menschen zukunftsorientiert und nachhaltig und so weiter und so fort –, dann sollten wir das Wort „Barrierefreiheit“ bei diesen Dingen in den Mund nehmen und darstellen, was wir wollen, eben nicht nur die Durchsetzung der Landesbauordnung, in keiner Art und Weise.

Die UN-Konvention für die Durchsetzung der Rechte von Menschen mit Behinderungen ist ratifiziert von Deutschland. Sie ist mit dem 26. März jetzt auch gültig. Also die vier Wochen, die so ein ratifiziertes Papier erst mal

liegen muss, sind um. Und mit der Anerkennung dieser Menschenrechtskonvention hat Deutschland anerkannt, dass Barrierefreiheit Grundlage für alles Tun und Handeln ist, meine Damen und Herren, für alles Tun und Handeln.

Und damit die Bemerkung aus dem Parlament gleich zurückgehalten werden kann, dass das unterschrieben wurde vom Bund und wir schließlich eine Landesbauordnung haben und demzufolge bei bestimmten Dingen das alles nicht gilt, das stimmt nicht. Es gibt einen Lindauer Vertrag, diesen Lindauer Vertrag gibt es seit dem 14. November 1957. Da wird ganz genau dargestellt, welche Regelungen miteinander, untereinander, also Bund und Länder so sind. Und in dem Moment, wo die Länder befragt worden sind, also der Bundesrat befragt worden ist zu einer Gesetzlichkeit, auch zu dieser Ratifizierung, sind die Länder mit drin. Also gilt es auch für uns.

Wir haben viele Dinge hier immer wieder bemerkt und angemerkt, wo wir gesagt haben, das ist nicht in Ordnung, das ist vergessen worden. Ich weiß auch, auf welche Art und Weise es damit immer wieder abgewendet wird: Wir tun ja ganz viel. Richtig, wir tun ganz viel, aber wir sind auch selber in der Lage, zu gestalten und von vornherein zu sagen, was wir wollen, wir als Land Mecklenburg-Vorpommern. Und dann kann man das Wort „Barrierefreiheit“ auch ohne Probleme in die Vergabe der Gelder mit einbauen. Man hat eine Sicherheit, eine Rückenstütze, dass man sich innerhalb der Gesetzlichkeit befindet.

Und, Herr Pastörs, so systemkonform, wie Sie heute hier die Landesbauordnung verteidigt haben und damit verteidigt haben, dass wir den Antrag eigentlich nicht brauchen, habe ich Sie überhaupt noch nicht erlebt.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das ist wohl wahr.)

Was soll das denn? Ich denke, Sie wollen morgen kandidieren?!

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das war heute wie Koalitionäre. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Meine Damen und Herren, die Fraktion DIE LINKE hat sich sehr genau angesehen, was alles durch das Konjunkturpaket möglich ist, und hat dabei auch sehr wohl bemerkt und zufrieden festgestellt, dass auch sehr, sehr viel in Sanierungssachen möglich ist. Gerade da haben wir das Problem, dass es eben nicht so viele Gesetzlichkeiten gibt, die Sanierungssachen unterstützen, auch nicht im Hotel- und Gaststättenwesen, auch nicht im Beherbergungswesen, und haben gedacht, wenn wir die Barrierefreiheit an das Konjunkturpaket knüpfen, ist das ein weiterer Punkt, um etwas ganz Wichtiges hier im Land Mecklenburg-Vorpommern voranzubringen, nämlich Einzellösungen nach hinten zu drängen und dafür zu sorgen, dass wir hier ein Rundumpaket der Barrierefreiheit bekommen, welches letztendlich bei weiteren Dingen uns auch Geld spart, ganz einfach Geld spart.

Wenn ich von vornherein überall mit Barrierefreiheit denke, und da sage ich, überall – da gehören auch Computer mit dazu, Internetseiten mit dazu, Kommunikationssysteme mit dazu, Kommunikationssysteme von allen möglichen Einrichtungen, von Ämtern, von Behörden, von Arge, Kommunikationseinrichtungen der Deutschen Bahn AG und so weiter und so fort, die barrierefrei

sein sollten –, dann ist im Endeffekt wirklich die Sache gegeben, dass wir aufbauen können und dann, meine Damen und Herren, und für Sie, Herr Stein, eben nicht mehr damit herumarbeiten müssen, dass wir unendlich viel Geld einsetzen müssen. Herr Schlotmann, das auch an Ihre Adresse. Wenn von vornherein geguckt wird, dass alles in Ordnung ist, brauchen wir eben nicht viel Geld einzusetzen. Da haben wir das Geld von vornherein eingesetzt auf eine Art und Weise,

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

die nicht die dreifache Finanzierung benötigt, um hinterher irgendetwas nachzutragen.

In diesem Zusammenhang muss ich dann sagen zum FDP-Änderungsantrag, ich halte es für ziemlich unglücklich formuliert, dass wir hier feststellen und beschließen sollen, dass es Lücken im Land Mecklenburg-Vorpommern gibt. Ich denke, bei dem Investitionsprogramm, dem zukunftsorientierten nachhaltigen Investitionsprogramm, brauchen wir diese Feststellung hier wirklich nicht zu beschließen. Das ist das eine.

Und wenn es um dieses Investitionsprogramm geht, und wir haben gesagt, dass Zeitdruck, Investitionsdruck, Handlungsdruck bestimmte Gesetzmäßigkeiten nicht außer Kraft setzen dürfen oder vergessen lassen dürfen, dann ist die Landesbauordnung zwar eine richtige Angelegenheit und dass sie überarbeitet werden muss auch, aber im Zusammenhang mit dem Papier der Investitionen haben wir die Veranlassung, nun auf die Landesbauordnungsveränderung zu warten, nicht. Denn Sie wissen ja genau, und im Verkehrsausschuss ist es auch schon gesagt worden, die Landesbauordnung wird angefasst, da werden bestimmte Dinge aufgegriffen. Da, denke ich, ist es auch richtig aufgehoben, hier in dem Antrag nicht.

Herr Schlotmann, wenn die FDP einen Bericht haben wollte – zugegeben, Berichtswesen ist auch ein Unwesen –, aber wenn sie einen Bericht haben wollte, und Sie denken, dass Sie dann von hauptamtlicher Ministeriumsicht aus ein halbes Jahr brauchen und ganz viel Geld brauchen und einsetzen müssen, um da einen dementsprechenden Bericht darzustellen, sage ich Ihnen, das brauchen Sie nicht. Es gibt Verbände und Vereine, die beschäftigten sich seit 19, 18, 17 Jahren ganz intensiv mit der Analyse von touristischen Einrichtungen, von Beherrschungseinrichtungen, von Kommunikationseinrichtungen. Da müssen Sie einfach einmal nachfragen. Die haben das in ehrenamtlicher Tätigkeit in vielen Jahren alles zusammentragen. Dass Sie noch einmal drübergucken müssen und eine Person da hinstellen müssen, die alles koordiniert, ist mir klar, aber ein halbes Jahr, um hier alles aufzulisten, brauchen Sie ganz gewiss nicht.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Frau Abgeordnete, Sie haben noch eine Minute Redezeit.

Irene Müller, DIE LINKE: Danke.

Meine Damen und Herren, ich würde Sie darum bitten, diesem Papier von uns, diesem Antrag von uns zuzustimmen. Es ist keine Kritik an Barrierefreiheit und den Dingen, die dafür hier im Land gemacht werden. Es soll eine Unterstützung sein, dass das Geld so ausgegeben wird, wie wir es möchten, zukunftsträchtig, nachhaltig, und dass wir alle ganz genau in den Kommunen auch erklären können, aus diesen und jenen Gründen wollen wir, will das Parlament das, unterstützt das, damit wir weiter vorangehen können und Einzellösungen hier in

Mecklenburg-Vorpommern bald nicht mehr zum Alltag gehören. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –

Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Diese Ansage braucht die Regierung
nicht, die braucht Tourismusanträge.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Müller.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/2424 abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/2424 bei Zustimmung der Fraktion der FDP und einer Stimme der NPD, Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU, der Fraktion DIE LINKE und Teilen der Fraktion der NPD abgelehnt.

(Tino Müller, NPD: Wir haben dagegen
gestimmt und eine Stimmenthaltung. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich korrigiere mich. Eine Stimmenthaltung und drei Gegenstimmen.

(Udo Pastörs, NPD: Korrekt.)

Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/2324 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/2324 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU, der FDP und Stimmenthaltung der Fraktion der NPD abgelehnt.

Meine Damen und Herren, von der Fraktion der NPD liegt Ihnen auf Drucksache 5/2426 ein Antrag zum Thema „Wirklichkeitsgetreue Auswertung der Kriminalitätsentwicklung seit Schengen II“ vor. Auf Wunsch der Antragsteller soll die Tagesordnung um diesen Antrag erweitert werden. Gemäß Paragraph 74 Ziffer 1 unserer Geschäftsordnung kann diese Vorlage beraten werden, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Landtages die Dringlichkeit bejahen. Zugleich muss die Einreihung in die Tagesordnung beschlossen werden.

Wird das Wort zur Begründung gewünscht?

(Udo Pastörs, NPD: Ja.)

Bitte, Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD (zur Geschäftsordnung): Danke schön.

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit 21. Dezember 2007 ist der sogenannte Schengen-Raum erweitert worden. Im Rahmen dieser Erweiterung sind danach ganz massive Steigerungsraten im Bereich der Kriminalitätsstatistik festzustellen.

Der Höhepunkt der Kriminalität im Bereich der Oder/Neiße liegt in den letzten Wochen darin, dass besonders Boots-ausrüstung massiv aus Deutschland gestohlen

wird, sich dies jedoch anscheinend nicht beim Innenminister herumgesprochen hat, und deswegen hier dieser Antrag von uns. Wir halten es für dringend erforderlich, dass wir uns über dieses Thema hier auseinandersetzen.

Dazu kommen die wohl nicht ganz aussagekräftigen Statistiken in dieser Sache. Es ist ebenso dringend, sich darüber zu unterhalten, inwieweit und ob Beamte, Polizeibeamte unter Druck gesetzt worden sind vonseiten des Innenministeriums, wenn sie massiv Kritik üben an der Praxis, diese Statistik, so, wie sie uns jetzt vorgelegt wird. Ich bitte daher um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke.

Wird das Wort zur Gegenrede gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Ich lasse darüber abstimmen. Wer der Erweiterung der Tagesordnung um diese Vorlage zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Erweiterung der Tagesordnung mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion der FDP bei Zustimmung der Fraktion der NPD nicht zugestimmt worden.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 30:** Beratung des Antrages der Fraktion der FDP – Stärkung der Theater- und Orchesterlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 5/2364.

Antrag der Fraktion der FDP:
Stärkung der Theater- und Orchester-
landschaft in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 5/2364 –

Das Wort zur Begründung hat der Vizepräsident und Abgeordnete der Fraktion der FDP Herr Kreher.

Hans Kreher, FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es gibt viel Kritik am „Diskussionspapier der Landesregierung zur Weiterentwicklung der Theater- und Orchesterstrukturen in Mecklenburg-Vorpommern“. Aber ich will hier trotzdem mit den positiven Aspekten dieser Regierungsinitiative beginnen.

Wenn dies wirklich ein Diskussionspapier sein soll,

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Nie gewesen.)

so steht es jedenfalls im Titel, dann ist dem Minister zumindest zu danken, dass er hier ein dringendes Thema ins Rampenlicht geholt hat. Die rot-roten Akteure der Vorgängerregierung

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Ach, Herr Kreher! Sie haben ja nun wieder überhaupt keine Ahnung.)

haben sich lieber hinter den Kulissen versteckt

(Peter Ritter, DIE LINKE: Herr Kreher, der Landesparteitag ist doch vorbei.)

und dem schleichenden Niedergang der Theaterförderung tatenlos zugeschaut.

(Zuruf von Andreas Bluhm, DIE LINKE)

Minister Tesch hat einen wichtigen Anstoß gegeben,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das wird trotzdem nichts mit Schwarzgeld beim nächsten Mal, da können Sie sich noch so viel Mühe geben.)

den seit Jahren vernachlässigten Bereich der Theater- und Orchesterfinanzierung auf eine neue Grundlage zu stellen.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Doch hier hört auch das Lob auf, denn bevor die Diskussion überhaupt hätte beginnen können, stand das Ergebnis schon fest.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Echt? – Andreas Bluhm, DIE LINKE: Das ist ja wie bei der Selbstständigen Schule.)

Wollen Sie überhaupt diskutieren, Herr Minister? Statt Diskussion geht die Landesregierung von einer Fusionierung von Standorten per Dekret aus. Dieser Ordre du Mufti ist nicht auf Diskurs und Überzeugung gebaut. Den kreativen und politischen Akteuren sowie den Bewohnern vor Ort wird hiermit mitgeteilt: Friss, Vogel, oder stirb!

Zugegeben, es ist nicht eben leicht, die unterschiedlichen Interessen und Ansichten der Theater- und Orchesterschaffenden sowie der Trägerkommunen zu komponieren.

(Zuruf von Minister Henry Tesch)

Aber die vorgeschlagene Lösung mutet eher wie Kritik von Tolstoi an Shakespeares – bitte hören Sie zu –

(Zuruf von Minister Henry Tesch)

„König Lear“ an.

(Unruhe auf der Ministerbank – Peter Ritter, DIE LINKE: Der Kollege lenkt ihn ab, Herr Kreher.)

Das ist, wenn ich Sie mit Shakespeare vergleiche, ja fast ein Lob.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Dieses Stück ist vernunftwidrig, sagt er, ein schlechtes, nachlässig geschriebenes Stück.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da ist was faul im Staate Dänemark.)

Alle Personen darin leben, denken, sprechen und handeln völlig unangemessen

(Harry Glawe, CDU: Was ist los?)

und ohne jeden glaubwürdigen und wahrscheinlichen Zusammenhang.

Dies ist Ausgangslage im Diskussionspapier. Das Land soll aufgeteilt werden in zwei Kulturräume, also wir schaffen mitten im Land eine neue Grenze.

(Vincent Kokert, CDU: So ein Quatsch!)

Es kann jedoch nicht wirklich im Interesse der Landesregierung sein,

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Peter Stein, CDU)

an dieser Stelle alte beziehungsweise neue Grenzen künstlich zu errichten. Rund um die zentralen Orte Schwerin und Rostock sowie Stralsund, Greifswald,

Neubrandenburg und Anklam entstehen teilweise unlösbare Konflikte mit den zur Zwangsfusion vorgesehenen Standorten.

Herr Minister, mit dieser Art, wie Sie jetzt vorgehen, habe ich sogar die Befürchtung, dass das, was an Fusionen in der Vergangenheit geschehen ist, zum Beispiel Greifswald, Stralsund, Putbus, dass das durch diese Art sogar noch zerstört wird.

(Zuruf von Wolfgang Griese, DIE LINKE)

In der Folge gibt es praktisch niemanden, der sich vorbehaltlos hinter das Konzept stellt, außer den Vertretern der Landesregierung. Selbst in den Reihen der Regierungsfaktionen ist das Konzept umstritten. Wir haben es verschiedentlich gehört und gelesen.

Frust und Angst sind die Folge an den betroffenen Standorten. Bewährte, mühsam aufgebaute Strukturen werden gefährdet. Theater- und Orchesterlandschaft drohen im Land irreparable Schäden.

Nach vielen Gesprächen vor Ort, meine Damen und Herren, schlagen wir Änderungen des Diskussions- und Eckpunktepapiers vor. Es geht dabei nicht nur um den Erhalt effizienter Strukturen im Kulturbereich, sondern auch um Bildung, Tourismus und Wirtschaft in den Regionen.

(Harry Glawe, CDU: Dann machen Sie doch mal ein paar Vorschläge! Ich habe noch keine Vorschläge gehört, habe ich noch nichts von gehört.)

Traditionen und Stärken der Regionen werden stärker berücksichtigt und fördern die Eigeninitiativen und die Eigenmotivation der Kulturschaffenden vor Ort. So soll die kulturelle Entwicklung des Landes insgesamt vorangebracht werden.

(Harry Glawe, CDU: Konkreter werden. Das reicht nicht.)

Statt Zentralismus wollen wir kreativen Wettbewerb.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Dies stärkt die Qualität der Spielorte und damit auch den nachhaltigen Bestand der Spielstätten. Unser Vorschlag ist haushaltsneutral

(Peter Stein, CDU: Und was kostet der Vorschlag?)

für den nächsten Doppelhaushalt.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Der aktuelle Rahmen von 35,8 Millionen Euro bleibt als Ausgangslage. Bis dahin haben die Theater- und Orchesterstandorte Zeit, Konzepte zu erarbeiten, die das neue Finanzierungskonzept berücksichtigen.

(Jörg Vierkant, CDU: Richtig.)

Ab 2012 gelten dann die neuen Rahmenbedingungen, das heißt nur noch zwei Drittel der ursprünglichen Förderung als Grundsicherung. Besondere Aufgaben wie zum Beispiel die Hauptstadtfunktion müssen dabei berücksichtigt werden. Die restlichen Fördermittel werden nach kreativen und leistungsbezogenen Kriterien ausgegeben, zum Beispiel die Zahl der Besucher, Anzahl der Aufführungen, eingeworbene Mittel, aber auch kreative Aspekte wie die Einbindung von künstlerischer Arbeit in

das Bildungsumfeld oder die Kinder- und Jugendbetreuung.

Wir wollen damit die wirtschaftliche Effizienz des Theater- und Orchesterstandortes stärken, aber auch die künstlerische Qualität sichern. Damit es einen dauerhaften Anreiz gibt, diese hohen Ansprüche umzusetzen, ist es sinnvoll, einen dynamischen Förderanteil zu gestalten. Die Theater- und Orchesterstandorte sind gut beraten, wenn sie dabei nicht gegeneinander antreten, sondern möglichst viele Synergien ausschöpfen.

Der Anfangsförderbetrag von circa 6 Millionen Euro kann sich insgesamt dann erhöhen. Die Auswirkungen für den Landeshaushalt müssen dabei im Auge behalten werden. Ziel ist es, den Haushalt insgesamt zu entlasten durch – nun hören Sie bitte zu – Zugewinne in der Beschäftigungsquote und Steigerungen, zum Beispiel im Tourismus. Alle Beteiligten sind in der Verantwortung, kreativ und wirtschaftlich nachhaltig zu handeln, aber nach dem Motto „Teile und herrsche“ wird im Moment Zwietracht unter den Akteuren gesät. Im Kampf um die beste Ausgangsposition bei der Aufteilung der Fördermittel scheint es momentan keine Gewinner, aber manche Verlierer zu geben. Stattdessen, Herr Minister, wäre Goethes Rat der bessere. Denken Sie bitte gut mit:

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

„Entzwei' und gebiete! Tüchtig Wort;
Verein' und leite! Beßrer Hort.“

Danke schön, meine Damen und Herren.

Ich hoffe, dass wir zu einer Diskussion kommen, die wirklich von Ihnen gewollt ist, Herr Minister, wo viele ihre Ideen mit eintragen können, damit wir insgesamt in diesem Land zu einer Theaterlandschaft auch weiterhin kommen, die viele Touristen ins Land holt, die dazu beiträgt, dass wir im Bereich der Bildung viele Schulen und so weiter mit einbeziehen, damit wir dann im Jahre 2020 wirklich getrost sagen können, es ist nicht in unserer Zeit hier etwas zerstört worden, was sich nicht wieder aufbauen lässt. – Danke schön, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Kreher.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Herr Tesch.

Minister Henry Tesch: Frau Präsidentin! Mein sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die Fraktion der FDP bezieht in ihrem Antrag „Stärkung der Theater- und Orchesterlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern“ Stellung zum „Eckpunkte- und Diskussionspapier“ – das ist eine koordinierende Konjunktion, Herr Kreher, Sie lassen das immer weg – „der Landesregierung zur Weiterentwicklung der Theater- und Orchesterstrukturen in Mecklenburg-Vorpommern 2010 bis 2020“.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Die vorgeschlagenen Änderungen kann man wie folgt zusammenfassen. Sie haben es gerade eben auch

noch mal deutlich gemacht. Man muss es herausfinden, eigentlich tue ich Ihnen da schon viel zu viel Gutes, strukturell bleibt alles beim Alten. Ja, mehr noch, da zur Grundsicherung der aktuellen Theater- und Orchesterstandorte zwei Drittel der Mittel nach dem Gießkannenprinzip verteilt werden sollen, würde das, was Sie selber anmahnen, das außerordentlich hohe künstlerische Niveau, an einigen Standorten künftig verloren gehen. Gleichzeitig wollen Sie aber nichts kaputtgehen lassen. Hier beschreiben Sie es nahezu.

Es tut mir auch leid, Herr Kreher, sagen zu müssen, es ist nun wirklich nichts Neues, einen Teil der Mittel leistungs- und kreativbezogen zu vergeben, denn das derzeitige Verteilungssystem der Landesmittel für Theater und Orchester laut FAG-Erlass enthält bereits jetzt variable Bestandteile, die leistungsbezogen berechnet werden. Ich sage das jetzt bei allem Respekt, Herr Vizepräsident, ich vermute mal, wenn wir hier jetzt alle aus dem Stehgreif ranschreiben sollten, wie sich Theater finanzieren, ob Sie mir dann den FAG-Erlass wenigstens von der Systematik her darstellen könnten – Sie können es nachher ja mal tun –, das bezweifle ich, weil Ihre Ausführungen sozusagen nicht eine Spur dieser Erkenntnis wiedergeben. Das heißt, ich stelle die These auf, Sie wissen gar nicht, wie zurzeit Theater finanziert werden in diesem Land. Sie können nachher das Gegenteil hier gerne vollziehen.

Deshalb hat die Landesregierung mit dem Kabinettsbeschluss vom 20. August 2008 ein Konzept vorgelegt, wie mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln im Land attraktive und qualitativ hochwertige Theater- und Orchesterstrukturen vorgehalten werden können. Dabei sind die Rahmenbedingungen für weitere Verhandlungen vorgegeben. Es hilft nun nichts, dass sich jeder immer untereinander die Zettel zuschiebt und abschreibt und gar nicht mehr ins Konzept guckt. Das ist das, was man ja mal machen könnte. Es ist nun nicht so, dass man das nicht lesen kann. Die 35,8 kommen nicht nur einmal, die sollen jährlich kommen.

(Torsten Koplin, DIE LINKE:
Das ist eher zu wenig.)

Es steht in dem Konzept der Landesregierung nicht drin Fusionen. Es gibt auch Oberbürgermeisterinnen, die das immer mal wieder dann mit Überschriften versehen nach dem Motto: Wir stemmen uns gegen Fusionen, wir sind für Kooperation. Ein Blick ins Konzept würde reichen, Zitat: „soweit sie entsprechend der geplanten Kulturkooperationsräume tragfähige Kooperationen“ – steht sogar noch davor – „beziehungsweise Fusionen mit einem der Mehrspartentheater eingehen“.

Das heißt also, diese Mär durchs Land zu tragen, es würde in dem Konzept nur etwas von Fusionen und nichts von Kooperationen stehen, das ist etwas, was man jeden Tag nachlesen kann, es wird dadurch nicht richtiger, Herr Kreher. Das würde ich Ihnen einfach mal ans Herz legen wollen.

Das Zweite, was in dem Konzept steht, es ist ja nicht so, dass zum Beispiel das Theater in Parchim kein Geld bekommt.

(Jörg Vierkant, CDU: Richtig. –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Wo steht das? An welcher Stelle steht das? Wer darf das ungeschützt durch das Land tragen? Okay, ich weiß

auch, dass es Kommunalwahlen gibt. Okay, ich weiß auch, dass es Bundestagswahlen gibt.

(Udo Pastörs, NPD: Okay, okay, okay! –
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Ich weiß, dass dann sozusagen eine andere Dynamik beginnt. Aber es ist natürlich so, es steht eben nicht drin, dass sie kein Geld bekommen, sondern es steht drin, sie bekommen es nicht in direkter Zuweisung.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. –
Zuruf von Jörg Vierkant, CDU)

Und die Landesregierung will ja die 35,8 Millionen Euro jedes Jahr ausgeben.

(Dr. Armin Jäger, CDU,
und Jörg Vierkant, CDU: Ja.)

Das steht in diesem Konzept und nicht das, was Sie durch das Land tragen.

Das Papier ist seitdem in verschiedenen Gesprächs-, Verbands- und Verhandlungsrunden erörtert worden. Ich will das gar nicht aufzählen, ich habe das an dieser Stelle schon getan, in welchen Gesprächsrunden wir waren, und dies geht weiter. Die Einzelgespräche sind seit Oktober 2008 mit den Oberbürgermeistern, mit den Landräten, mit den Bürgermeistern, mit den Kultursenatoren und mit den Kulturdezernenten der theater- und orchestertragenden Kommunen geführt worden.

Ich sage es noch einmal. Es war keine Brüskierung der Intendanten. Das Theater gehört nicht den Intendanten. Es sind theatertragende Kommunen, die Träger dieser Theater sind, es sind Abgeordnete vor Ort, die mit ihren Entscheidungen und natürlich auch mit dem, was sie dort entscheiden, diese Dinge verantworten. Deshalb sprechen wir mit ihnen.

Deshalb ist es manchmal bei dem, was Sie vortragen, und Sie zitieren gerne Goethe, ich will jetzt nicht Goethe zitieren, aber Herr Kreher, Sie wissen auch, was paradox ist: wenn ein Goethedenkmal durch die Bäume schillert.

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion der CDU)

Ein bisschen kommt das alles immer so schillernd daher, wenn Sie hier so Dinge vortragen.

Ich will Ihnen auch sagen, dass dieser Gesprächsprozess nicht abgeschlossen ist, er wird fortgesetzt. Wir haben die Fördervereine in diesem Gesprächsprozess und ich gehe davon aus, dass wir dies weiterführen. Es sind natürlich auch jetzt Gespräche wieder geplant, um zu gucken, wo sind wir, wo stehen wir. Ich glaube, es wird einen Gesprächsprozess geben, der hier parallel dann auch über das Jahr 2020 hinaus tragen wird.

Die Landesregierung sieht den Erhalt von künstlerischer Qualität und Vielfalt der Theater- und Konzertangebote nach wie vor allein in einer Straffung und Abstimmung der Strukturen. Da kann man vieles vorschlagen, nur es geht hier nicht um Zwangsfusionen, wie Sie das in Ihrem Antrag benannt haben – ich habe Ihnen gerade das Konzept noch einmal zitatzweise zur Kenntnis gebracht –, sondern um vernünftige und tragfähige Kooperationsbeziehungen zwischen Theatern und Orchestern. Da steht auch nicht drin, wer mit wem kooperieren soll, da steht: mit einem der Mehrspartentheater. Vieles ist denkbar.

Im Übrigen, ich weiß nicht, ob Sie da nicht eingebunden sind, sind die Gespräche an der einen oder anderen Stelle ziemlich weit.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Denn dieser Gesprächsprozess – und das war allen Beteiligten klar, wenn sie ein solches Konzept veröffentlichen –, der nimmt dann eine gewisse Dynamik an. Es sind interessante Strukturvorschläge unterbreitet worden. Sie haben auch zur Kenntnis genommen, das wir am Theaterstandort Neubrandenburg/Neustrelitz eine Lösung haben, die vielleicht auch einen Modellcharakter für Mecklenburg-Vorpommern haben könnte an der einen oder anderen Stelle.

Es gibt da einen Theatervertrag, es gibt einen Zeitraum, für den er gelten soll, zwischen 2010 und 2013. Und Sie haben vielleicht auch gesehen, dass hier die Theater und Orchester GmbH Neubrandenburg/Neustrelitz zukünftig 25 Prozent statt bisher 22 Prozent Grundbetrag der für Grundbeträge veranschlagten Mittel bekommt. Da habe ich Ihnen jetzt schon mal eine kleine Hilfestellung gegeben, wenn Sie nachher die Theaterfinanzierung hier darstellen wollen, wie sich das zusammensetzt.

Der vorliegende Vertrag bildet gesellschaftsrechtliche Voraussetzungen für die Errichtung einer Holding. Andere können andere Modelle vorschlagen. Wenn man dann an der einen oder anderen Stelle zuhört, jetzt will ich das vielleicht auch mal sagen, dann sagt man ja, die Tanzkompanie hat noch nicht eingeschlagen.

Ich finde das schon schön, dass man das alles so kulturstaatstragend vorträgt, wenn es am Ende nur darum geht, dass Herr Denne eigentlich in die Geschäftsführung will. Es geht nicht um die Tanzkompanie, was da gerade vor Ort stattfindet. Und das ist auch nicht gerade zukunftsweisend, was Herr Denne veranstaltet. Auch das wird sich rumsprechen, dass es eben nicht um die Struktur der Tanzkompanie und nicht um die künstlerische Qualität geht, sondern dass es darum geht, dass jemand letztendlich einfach und allein in eine Geschäftsführung sich hineinbeamen möchte.

(Jörg Vierkant, CDU: Oft. Es geht oftmals um Personalien und nicht um das Konzept selbst.)

So ist es, Herr Vierkant.

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Und nehmen Sie einfach ...

(Jörg Vierkant, CDU: Dann nehmen Sie mal Greifswald und Stralsund, da ist das genau das Problem. – Zurufe von Torsten Koplin, DIE LINKE, und Udo Pastörs, NPD)

Und nehmen Sie auch solche Fragen, die nehmen wir sehr ernst. Und ich hoffe, Sie sind in solche Gespräche eingebunden. Allein Anklam, wenn Sie jetzt mal die Konstruktion der Trägergeschichte dort nehmen, da haben Sie eine Kreditbelastung allein auf das Gebäude, ich sage jetzt mal rund 1,3 bis 1,4 Millionen Euro, noch mal auf die Akademie ungefähr 700.000 Euro. Das heißt, das ist eine Kreditbelastung von 260.000 Euro jährlich, die die aufbringen müssen. Schlagen die in die Holding ein, die schuldenfrei ist, sind ganz andere Dinge möglich, um künstlerische Qualität zu sichern. Also hier immer zu sagen, es geht darum, etwas zwangszufusionieren, das wissen im Übrigen die Beteiligten vor Ort auch viel, viel

besser und sind dort in viel konstruktiveren Gesprächen, als Sie es hier glauben machen wollen.

Und ich möchte auch noch mal sagen, was ja völlig untergeht, sind diese Kulturkooperationsräume. Wenn Sie dann von Kombinat sprechen, könnte ja an der einen oder anderen Stelle auch die Frage auftreten, wie fantasielos muss man denn sein, wenn man sagt, dass in einer Region bestimmte Strukturen miteinander kooperieren sollen. Wir sehen es ja an den Vorschlägen, dass es viele andere Modelle gibt. Aber was natürlich drinsteckt in dem Konzept, ist, dass wir wollen, dass die Trägerstruktur breiter wird, dass nicht nur eine theatertragende Kommune letztendlich hier die Last allein zu tragen hat oder nur ein bestimmter Landkreis sich daran beteiligt. Und wenn Sie Stralsund und Greifswald ansprechen mit den momentanen Diskussionen vor Ort und das nun auf das Konzept zurückschieben, Herr Kreher, also weiter hätten Sie nicht öffentlich deutlich machen können, wie Sie von der Basis eigentlich entfernt sind und von den Problemen, die in diesem Land laufen.

(Vizepräsident Andreas Bluhm übernimmt den Vorsitz. –

Jörg Vierkant, CDU: Genauso ist es.)

Also es tut mir wirklich leid, das sagen zu müssen. Und das ist natürlich etwas, da würde ich Ihnen einfach wirklich mal empfehlen, die Gespräche zu führen.

Die Landesregierung wird konstruktive Ideen uneingeschränkt unterstützen, die Rahmenbedingungen sind gegeben für die Theater- und Orchesterstruktur. Jeder hat meinen Respekt, damit auch Ihr Antrag. Aber Sie können nicht auf meine Zurückhaltung an dieser Stelle hoffen bei so viel Einfallslosigkeit, das ist das Problem. Und es tut mir auch nicht wirklich leid, feststellen zu müssen, das Theaterkonzept ist in der Zeit nicht schwächer, sondern es ist immer stärker geworden. Das müssen Sie einfach mal zur Kenntnis nehmen. Und bei Ihrem Antrag ist es so: Er fängt schwach an, um dann am Ende stark nachzulassen. – Herzlichen Dank, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Körner. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! „Sancta simplicitas“, „heilige Einfalt“ hat man gesagt, wenn jemand etwas gut gemeint hat, aber es sich dann recht schnell zeigte, dass seine Geisteskraft nicht ausreicht, um diesen Punkt auszufüllen.

(Zurufe von Raimund Frank Borrmann, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Mir schien es ein bisschen, verehrter Kollege Kreher, in Ihrem Antrag bei der Lektüre so.

(Hans Kreher, FDP: Das können Sie weglassen, wenn Sie mich vorher beleidigen. – Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es.)

Ich musste mich sehr und mehrmals konzentriert an die Lektüre setzen, um überhaupt zu verstehen, was Sie wollen. Und nach meiner Einschätzung ist dieser Antrag in sich überhaupt nicht stimmig. Er ist ein bisschen so

entstanden, so ist jedenfalls mein Eindruck, jetzt komme ich mal daher und sage mal, wie ich mir das vorstelle. Aber ich nehme nicht wahr, Kollege Kreher, dass Sie sich wirklich mit dem Umfeld ernsthaft auseinandergesetzt haben.

Einiges hat der Minister deutlich vorgetragen, ich will es noch mal mit meinen Worten darstellen.

(Udo Pastörs, NPD: Hoch geistig.)

Sie reden von einer Zweidrittelgrundsicherung und dann bleiben zwei Sechstel übrig. Das eine Sechstel bezeichnen Sie als leistungsbezogene Förderung, das wollen Sie dynamisieren. Das zweite Sechstel taucht dann im Zuge Ihres Antrages überhaupt nicht mehr auf. Ich habe es nicht gefunden im Antragstext unter 1., 2., 3., was Sie damit machen wollen, ob das auch dynamisiert werden soll oder nicht. Das ist irgendwie auf der Strecke geblieben.

Für mich ist der Antrag nicht nur schwer zu verstehen, er ist irgendwie kryptisch, schon wenn ich Ihre Aspekte anschau, die Sie als leistungsbezogene oder kreativbezogene Förderung ins Auge fassen. Das sind acht leistungsbezogene Kriterien. Wie wollen Sie denn zum Beispiel einen „regionalen Effekt“ messen und finanziell bewerten? Was ist das, ein regionaler Effekt eines Theaters? Wie wollen Sie ihn messen, wie wollen Sie ihn bewerten und wie wollen Sie den dann noch vergleichen? Zum Beispiel regionaler Effekt des Theaters Neustrelitz mit dem Staatstheater Schwerin, wie wollen Sie das vergleichen?

Oder die „Auslastung der Standorte“. Zählt da ein Gastspiel dazu, zählt da ein Gastspiel nicht dazu?

Bei den kreativbezogenen Kriterien: „Vernetzung künstlerischer Ressourcen“ – wie wollen Sie das bewerten und bemessen? „Einbindung in Bildungsaufgaben“ – wie wollen Sie das bemessen und bewerten? Wie wollen Sie Kriterien aufstellen, ob ein Theater bildungsmäßig eingebunden ist? Ich denke, jedes Theaterstück ist von Natur aus bildungsmäßig eingebunden.

(Jörg Vierkant, CDU: So ist das. So ist das. –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Oder ein „regionales Profil“. Ein regionales Profil ist für Sie ein Kriterium. Wie wollen Sie ein regionales Profil bemessen und bewerten?

Das heißt, die von Ihnen formulierten Kriterien für eine leistungsbezogene und eine kreativbezogene Förderung sind was weiß ich woher, in welchem Zusammenhang und zu welcher Tages- oder Nachtzeit entstanden. Inhaltlich sind sie für mich überhaupt nicht nachvollziehbar.

Und Sie sagen auch gar nicht, warum Sie beispielsweise von den bisherigen fünf Kriterien, die der Minister auch erwähnt hat, abrücken wollen. Wir haben doch fünf Bemessungskriterien, nach denen die Mittel aufgeteilt werden. Wir haben einen Grundbetrag für 50 Prozent. Wir haben eine Einwohnerquote für 25 Prozent. Wir haben bemessen die Gesamtausgaben 5 Prozent, die Besucherzahlen 10 Prozent, die Personalaufwendungen mit 10 Prozent. Warum nehmen Sie denn nicht diese Kriterien? Die sind im Übrigen – und das ist auch so ein Punkt, wo ich den Eindruck habe,

(Jörg Vierkant, CDU: Die sind messbar.)

Sie meinen, bei Tabula rasa anfangen zu müssen –, diese fünf Kriterien sind übrigens unter Rot-Rot gemeinsam mit allen Intendanten und Orchesterleitern ausgehandelt worden, einstimmig. Also, dass unter Rot-Rot an diesem Punkt nichts passiert ist, das können Sie nun wahrlich nicht sagen. Und diese Kriterien sind im Übrigen viel besser als das, was Sie hier vorgetragen haben. Und im Übrigen gab es unter Rot-Rot auch Theaterverträge, die gültig wurden, die abgeschlossen wurden. Das heißt, das ganze Geschäft ging doch weiter.

Also der Kern Ihrer Ausführungen scheint mir zu sein, dass Sie auf das Thema Grundsicherung abheben, aber das, verehrter Kollege Kreher, das kann ich bei Herrn Bordel auch nachlesen, und zwar besser. Und deshalb brauchen wir Ihren Antrag nicht und wir werden Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke, Herr Abgeordneter.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Koplin. Bitte, Herr Abgeordneter.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin der Meinung, dass durch seine Einbringungsrede Herr Kreher den Antrag der FDP in gewissem Sinne entwertet hat. Ich möchte Sie bitten, Herr Kreher, sich aufgrund der Bemerkungen über die Regierungszeit von SPD und seinerzeit PDS die erforderlichen Kenntnisse zu verschaffen. Wir waren es, die freiwilligen Fusionen den Weg bereitet haben. Es hat sie gegeben, Greifswald/Stralsund, um ein Beispiel zu nennen, oder im Jahre 2000 Neubrandenburg/Neustrelitz.

(Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
und Hans Kreher, FDP)

Wir waren es, die im Jahre 2004 für die Kriterien gesorgt haben,

(Hans Kreher, FDP: Das war früher. –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

über die Herr Dr. Körner eben gerade gesprochen hat. Es ist also nicht so, dass nichts geschehen ist,

(Hans Kreher, FDP: Das ist
aber falsch, das ist aber falsch.)

und das in einer sehr, sehr schwierigen Zeit.

Nun zu dem Antrag. Es ist aus meiner Sicht bemerkenswert, dass die demokratische Opposition in diesem Hause das Thema „Zukunft der Theater und Orchester in diesem Land“ auf die Tagesordnung setzt. Und ich halte es für unverschämt, dass seitens der Regierung oder der regierungstragenden Koalition dann diejenigen, die einen Antrag einbringen und ihre Aufgabe, im Übrigen ihre verfassungsrechtliche Aufgabe, als Opposition wahrnehmen, noch dafür beschimpft und diffamiert werden.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen DIE LINKE und FDP –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wer macht
denn das? – Zuruf von Michael Rooff, FDP)

Das ist nicht hinnehmbar.

Sie haben eigentlich angesichts der Bedeutung der Theater und Orchester in diesem Land für die Kulturpolitik und für die Gesellschaft insgesamt Ihr Konzept nicht nur im außerparlamentarischen Raum zu vertreten, sondern hier auch im Landtag auf den Prüfstand zu stellen. Und das fordere ich ein. Wir werden, denke ich mal, das Thema auch weiterhin hier auf der Tagesordnung belassen.

Die Fraktion DIE LINKE ist dem Antrag der FDP gegenüber sehr aufgeschlossen. Es gibt eine Reihe von Berührungspunkten, die wir haben. Wir haben ja schließlich auch in der Vergangenheit unsere Position vorgetragen und zum demokratischen Diskurs eingeladen. Wir haben uns als LINKE für förderliche Rahmenbedingungen ausgesprochen, das tun Sie als FDP auch. Wir haben uns für freiwillige Kooperationen ausgesprochen, das tun Sie auch. Und Sie haben von Zwangsfusionen gesprochen.

Es ist in der Tat so, Herr Minister, Sie weisen keine Zwangsfusionen an, aber es gibt einen indirekten Zwang. Und dieser indirekte Zwang wird hervorgerufen durch zwei Komponenten, das ist nicht wegzudiskutieren. Das ist einmal Zeit und einmal Geld, ganz sachlich dargestellt.

Und ein dritter Berührungspunkt: Sie von der FDP fordern wie wir die Förderung der Kreativität von Kindern und Jugendlichen.

Für frag- und diskussionswürdig halten wir Kriterien, die Sie in Ihrem Antrag anführen: „regionaler Effekt“ oder „Auslastung der Standorte“. Das wird dann weiter ausgeführt und Sie begründen Ihren Antrag auch. Wir sind der Meinung, weil es dazu mehr Fragen als Antworten gibt, ist es sinnvoll, diesen Antrag im Bildungs- und Finanzausschuss zu diskutieren und wir beantragen das hiermit. Sollte dem nicht stattgegeben werden, werden wir uns enthalten, weil es auch Punkte gibt, mit denen wir so nicht mitgehen können. Aber wie gesagt, wir halten es eigentlich für wichtig, ihn in den zuständigen Fachausschüssen zu diskutieren.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um mich zum Eckpunktepapier der Landesregierung zu äußern. Was hat die Landesregierung seit Vorlage ihres Eckpunktepapiers im August vergangenen Jahres gekonnt? Sie hat die Theaterlandschaft in Aufruhr gebracht. Und damit ist nicht gemeint ein von Konstruktivität und Kreativität getragener Diskurs, sondern wenn ich von Aufruhr spreche, dann rede ich davon, dass die pure Existenzangst um sich greift. Und es ist unter diesem Aspekt geradezu zynisch zu sagen, also wir erwarten von ihnen, dass sie, also die Theaterleute, unter diesen Umständen eine hohe künstlerische Qualität leisten. Stellen Sie sich mal vor, in den Ministerien, stellen Sie sich mal vor, in den Unternehmungen, bei einer Existenzangst, wie sie dort jetzt in den Theatern und Orchestern zu ...

(Zuruf von Minister Henry Tesch)

Zu den 35,8 Millionen Euro komme ich noch.

Was hat die Landesregierung noch gekonnt? Aus meiner Sicht hat sie die kritische Situation der Theater und Orchester verschärft statt entschärft. Gerade gestern hat der Parchimer Kreistag festgestellt oder Diskussionsredner dort festgestellt, unwidersprochen, es gab ja einen Mehrheitsbeschluss von CDU und SPD: „Standorte werden gegeneinander in Stellung gebracht“, so ein

Vertreter der SPD – da muss man zustimmen, wenn eine solche Einschätzung getroffen wird –, „Einspartentheater gegen Mehrspartentheater ausgespielt, Künstlerinnen und Künstler gegen Künstler.“ Und das ist ein nicht zu akzeptierender Zustand, sehr geehrte Damen und Herren.

Und im Übrigen, Herr Minister, da möchte ich jetzt gern zu Ihnen kommen, ich bin der Meinung, Sie widerlegen sich selbst. Im Dezember vergangenen Jahres haben Sie per Pressemitteilung mitgeteilt, der erste Vertrag wird Anfang März dieses Jahres unterschrieben.

(Zuruf von Minister Henry Tesch)

Dann haben Sie ...

Nein, nein, das können wir gern noch mal nachdeklinieren. Er wird existieren, also insofern unterschrittsreif Anfang März. Dann kam im Januar die Mitteilung: Ende März.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das stimmt.)

Und nunmehr wird konstatiert, es liegt ein Vertrag vor, bei dem davon ausgegangen wird, dass er zur Sommerpause vorliegt. Ich reibe mich nicht an dem Umstand, ich reibe mich nur daran, dass so getan wird, als hätte es die vorherigen Ankündigungen so nicht gegeben. Dass man konstatiert, dass es ein schwieriger Prozess ist und es länger braucht, gerade wegen der verschiedenen Interessenlagen, das ist alles verständlich, aber das eine zu erklären und dann so zu tun, als hätte man es so nicht erklärt, finde ich nicht redlich.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Im Übrigen, Herr Bildungsminister, ich bin der Meinung, Sie haben eine Glaubwürdigkeitslücke.

(Harry Glawe, CDU: Nee. –
Dr. Armin Jäger, CDU:
Das sehen wir ganz anders.)

Die Glaubwürdigkeitslücke will ich Ihnen gern darstellen.

(Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
Jörg Vierkant, CDU, und
Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

Sie von der CDU und Sie von der SPD, vorneweg der Minister, erklären:

(Dr. Armin Jäger, CDU: Diese Reden sollten Sie hier nicht halten, wirklich.)

Mit unserem Eckpunktepapier werden wir bis zum Jahre 2020 Zukunftssicherheit und Existenzsicherheit gewährleisten.

(Jörg Vierkant, CDU: Seien Sie vorsichtig! –
Zurufe von Harry Glawe, CDU,
und Dr. Armin Jäger, CDU)

Und nun erklären Sie mir doch mal, warum in Neubrandenburg/Neustrelitz der Entwurf für den Vertrag nur bis 2013 vorgesehen ist! Ich habe mich erkundigt im Aufsichtsrat bei Aufsichtsratsmitgliedern. Da wurde gesagt, ursprünglich sollte der nur bis 2011 gelten, also dieser Mustervertrag,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
So weit zur Nachhaltigkeit. –
Harry Glawe, CDU: Das ist die Nachhaltigkeit,
die bei Rot-Rot immer gegolten hat.)

weil man offensichtlich da nicht das Zutrauen hat zu dem, was die Landesregierung und was Sie als Koalitionäre immer wieder erklären. Ich halte das, was in Neubrandenburg/Neustrelitz vom Zeitfenster vorgelegt wird für angemessen. Zu erklären, bis 2020 werden wir es absichern, ist nicht okay, weil es nämlich nicht gewährleistet werden kann. Kein Unternehmen, keine Aktiengesellschaft,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

kein landwirtschaftliches Unternehmen rechnet über so einen Zeitraum – wir reden dann von 1996 bis 2000 –, rechnet und kalkuliert mit den gleichen Preisen und mit den gleichen ökonomischen Kennziffern, und das verlangen Sie von den Theatern und Orchestern. Das ist also bar jeder ökonomischen Vernunft, das muss ich mal sagen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und das ist mein letzter hier zu konstatierender Vorwurf, Sie ignorieren Argumente der ökonomischen Vernunft. Der Geschäftsführer der Theater und Orchester GmbH Neubrandenburg/Neustrelitz, Herr Rautmann, hat vor einiger Zeit – jetzt sieht das ein bisschen anders aus – sich für Dynamisierung starkgemacht, also im Spätsommer vergangenen Jahres. Zur Dynamisierung haben sich erfreulicherweise – ich weiß nicht, wie Sie gestimmt haben, Herr Liskow –, aber die Bürgerschaften in Greifswald und Stralsund haben sich für Dynamisierung ausgesprochen und haben gesagt: Wir legen noch was drauf. Das ist doch eine vernünftige Sache. Das machen die doch nicht angesichts ihrer Haushaltslage aus Jux und Tollerei. Sie erkennen, dass es notwendig ist zu dynamisieren.

Und so sagt die LINKE: Wir halten Dynamisierung für unverzichtbar. Und die LINKE spricht sich für ein Investitionsprogramm in Kulturbauten aus.

(Egbert Liskow, CDU: Mit unserem Geld
können wir auch umgehen, wie wir denken.)

Ich denke nur an die Situationen in Rostock, in Neustrelitz und in Parchim. Im Übrigen wäre ein Investitionsprogramm für Kulturbauten sowohl ökonomisch als auch ökologisch nachhaltig. Und zum anderen, wir reden doch immer über Konjunkturpakete. Das wäre ein guter Beitrag, die Konjunktur auch an dieser Stelle anzukurbeln.

(Harry Glawe, CDU: Das sind
Zukunftsprogramme, Herr Kollege.)

Und nun hat ein Nebengespräch vorhin gebracht: Also bringt doch mal was Neues. Ich bin der Meinung, das Richtige zu sagen, ist das Entscheidende. Und das Richtige zu sagen, auch wenn es wie Asche im Mund schmeckt, ist immer und immer wieder nötig, wenn man es für richtig hält.

Seitens der LINKEN fordern wir Sie auf, Herr Tesch, und die Landesregierung insgesamt, denn sie hat das Konzept einstimmig beschlossen: Ziehen Sie das Eckpunktepapier zurück, es ist aus unserer Sicht untauglich, und machen Sie den Weg frei für einen tragfähigen Ansatz.

Zweitens plädieren wir dafür, einen runden Tisch „Theater und Orchester“ zu bilden.

(Zuruf von Minister Henry Tesch)

Runde Tische sind bewährte Instrumente, um aus Krisensituationen herauszukommen.

Und drittens schlagen wir vor, die Vorschläge der Praktiker, die es ja gibt – aus Anklam, aus der Tanzkompanie, von den einzelnen Parteien –, zu einem Verbundkonzept zu bündeln. Dazu braucht es natürlich eines entsprechenden kommunikativen Prozesses. Den zu moderieren, das ist eine vorzügliche Aufgabe der Landesregierung.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Der Antrag selbst – ich komme auf den also zurück – von der FDP, verdient es, im Ausschuss diskutiert zu werden. Dafür möchte ich plädieren. – Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Vierkant. Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Jörg Vierkant, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem mein Kollege Körner etwas gesagt hatte zur Ungreifbarkeit der Kriterien, die hier im FDP-Antrag vorgelegt wurden, und zu Finanzierungsproblemen, möchte ich einfach nur drei Gründe nennen, warum wir diesen Antrag ablehnen müssen.

Der erste Grund ist der, dass es kein Diskussionspapier der Landesregierung gibt – und darauf wies der Bildungsminister vorhin schon hin –, welches Zwangsfusionen zur Diskussionsgrundlage erklärt hat.

Der zweite Grund unserer Ablehnung ist die von Ihnen in Anspruch genommene und von Ihnen postulierte Stärkung der Theater- und Orchesterlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern. Diese Landesregierung und unser für Kultur zuständiger Minister Henry Tesch sind die ersten in diesem Land, die den theater- und orchestertragenden Kommunen einen festen finanziellen Betrag für einen bestimmten Zeitraum zusichern. Das ist Stärkung durch Planungssicherheit.

Ein weiterer Grund, Ihren Antrag abzulehnen, ist die Grundsicherung, die Sie fordern, die wir jedoch längst verankert haben, denn nichts anderes sind die festgeschriebenen 35,8 Millionen Euro. Diese erhalten die theatertragenden Kommunen bis zum Jahr 2020 jährlich. Und, Herr Koplin, gefährdet wäre diese Festschreibung aus meiner Sicht nur dann, wenn die LINKEN wieder an die Regierung kommen.

(Harry Glawe, CDU: Genau so.)

Ich wiederhole mich an dieser Stelle gern: Ja, es kann sein, dass sich der eine oder andere persönlich gegängelt fühlt durch die vorgeschlagenen Maßnahmen, die im Eckpunktepapier der Landesregierung formuliert sind.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Der eine oder andere.)

Ja, und genau das war so gewollt, denn – und das wissen Sie alle – in den letzten Jahren ist diesbezüglich herzlich

wenig passiert. Und ein „Weiter so“ gibt es eben nicht. Ausnahmslos alle Beteiligten in den Kommunen und in den Theatern wissen zum Beispiel, dass allein durch die zu erwartenden Tarifsteigerungen für den jetzigen Personalbestand im Jahr 2020 rund 17 Millionen Euro Kostenerhöhungen in den Theater- und Orchesterbetrieben einzuplanen sind. Woher, bitte schön, soll dieses Geld kommen? Ich weiß es nicht. Dies konnten mir auch die Theaterleute oder die Vertreter der theatertragenden Kommunen nicht sagen.

Im Übrigen sind die Träger der Theater und Orchester im Land sehr froh darüber, dass überhaupt mal jemand in diesem Land, nämlich Minister Tesch, das heiße Eisen „Theater und Orchester“ angefasst hat. Er hat Vorschläge gemacht, an denen man sich reiben kann. Jetzt wird endlich mal darüber diskutiert, wie es überhaupt weitergehen könnte.

Meine Damen und Herren, wie kreativ die Leute vor Ort sind beziehungsweise nicht sind und diese Chance nutzen, zeigt die derzeitige Situation vor Ort. Einige sind wirklich aktiv unterwegs, knüpfen Verbindungen, führen Gespräche, sondieren und sortieren. Andere beschränken sich darauf, mit großem Blitz und Donner wie eingeschleppte Rumpelstilzchen auf die Theaterbühne zu stapfen. Aber das muss schließlich jeder mit sich selbst ausmachen.

Ein ganz wichtiger Punkt, glaube ich, ist, dass künftig genauso viel Geld wie bisher in das System fließt, und zwar langfristig. Dies haben wir festgeschrieben, und zwar langfristig. Aber es muss effizienter eingesetzt werden. Da wir nur aus wenigen Ecken des Landes Signale hatten, dass dies dort auch zu Konsequenzen im Handeln führt, haben wir uns selbstverständlich, Herr Kreher, eingemischt und Richtungen aufgezeigt, in welche es auch gehen könnte. Das, denke ich, war unsere Aufgabe. Ein Grund mehr, Ihren Antrag abzulehnen, denn Sie fordern ja: keine Einmischung.

Wollen Sie wirklich riskieren, dass erst der unerträgliche finanzielle Leidensdruck dafür sorgt, dass unsere Theater aufeinander zugehen, aufeinander zugehen müssen? Das kann ich mir nicht vorstellen. Und dies könnte übrigens bereits nach den anstehenden Tarifsteigerungen in diesem und im nächsten Jahr passieren. Es gibt doch sicher bessere Optionen und die sollten auf der Grundlage des vorgelegten Diskussionspapiers in den Mittelpunkt der Überlegungen aller gerückt werden und nichts anderes. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Borrmann. Bitte, Herr Abgeordneter.

Raimund Frank Borrmann, NPD: Herr Präsident! Abgeordnete des Landtags! Stark für M-V, Herr Präsident, stark für M-V, Abgeordnete des Landtags, das wollte die FDP sein.

Bürger des Landes! Die NPD sagt, wer stark ist, kann auch Schwächere stärken. Wer aber andere nicht stärkt, kann nicht als Stärkung gelten. Die FDP beantragt die „Stärkung der Theater- und Orchesterlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern“. Wie will sie diese Stärkung vollbringen, an der sich erweisen kann, ob sie stark für M-V ist? Hier kommt ein besonderer Geist zum Tragen.

Nein, nein, ich meine nicht den Flaschengeist, der immer dann aufsteigt, wenn man an einer Flasche reibt

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Oder wenn Sie am Pult stehen.)

oder sich eines gewissen Getränks bedient, das Spiritus enthält.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Da haben Sie
zu tief reingeguckt in die Flasche, was?)

Ich meine den Geist des Liberalismus. Dieser Geist hat immerhin schon einige Beiträge zur Weltgeschichte geleistet und den bestehenden Zeitgeist mit dem Weltgeist in Konflikte gebracht.

Worin besteht nun das Wesen des Liberalismus, dessen sich die FDP immer wieder zu bedienen meint, um stark für M-V zu sein? Unter Liberalismus verstehen wir Nationaldemokraten ein System, in dem die freie Entfaltung des Vermögens der individuellen Subjektivität innerhalb gesetzter Bedingungen gestattet wird, mit dem Anspruch, dass bei der Entfaltung dieser Subjektivität eine Kraft entsteht, die in oder trotz dieser Bedingungen Humanität und Erfolg befördert, und so ein Überleben als gesichert gelten kann.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sie
spielen doch den hohen Intellektuellen hier. –
Zuruf von Ilka Lochner-Borst, CDU)

„Der Landtag möge beschließen“, fordert die FDP, „das ‚Diskussionspapier der Landesregierung zur Weiterentwicklung der Theater- und Orchesterstrukturen in Mecklenburg-Vorpommern‘ zu überarbeiten und auf eine neue“, dem Wesen des Liberalismus entsprechende „Grundlage zu stellen“. Konsequenz: die Grundlage der Diskussion ist nicht länger die Zwangsfusion, sondern die freiwillige Kooperation, denn die Zwangsfusion ist nach den Liberalen eine Verletzung der freien Subjektivität, ist Fremdbestimmung, Sklaverei.

Der Freiheit der Willensentfaltung in der Frage der Fusion und Kooperation steht – dem Geist des Liberalismus gemäß – die kritiklose Anerkennung der finanziellen Bedingungen gegenüber. Die Regierung will bei Beibehaltung der ägyptischen Fleischtöpfe die Unterwerfung unter das Diktat der Pharaonen. Die FDP will den Auszug in das gelobte Land, aber sie schickt die sich ihrer Freiheit Bewussten in die Wüste Sinai. Statt des Fleisches gibt es Manna als Grundsicherung. Die Grundsicherung hat den Umfang von zwei Dritteln der aktuellen Gesamtfördersumme.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Vielleicht
kommen Sie bald zum Antisemitismus auch. –
Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Die Botschaft der FDP: Niemand soll verhungern, auch wenn es zu wenig zum Leben ist. Zum Überleben reicht es. Der Zucker, den die Liberalen den Gebeutelten hinhalten, ist der Liberalismus, das gelobte Land.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Dort werden Milch und Honig fließen, wenn neben den zwei Dritteln sich die durch die freie Entfaltung der Subjektivität des letzten Drittels versichern, das die FDP ihnen zubilligt. Denn mit diesem Drittel wollen die Liberalen den Geist des Liberalismus entfaltet sehen. Im freien Wettbewerb der Gladiatoren sollen die stärksten Konzepte, die schillerndsten Fantasien, die gewagtes-

ten Interpretationen der Kunst jene Zuschauer anziehen, die dann den Cäsar im Circus Maximus der Kulturpolitik bewegen müssen, den Daumen zu senken oder zu heben: dem Sieger das siegreiche Drittel, dem Unterlegenen den selbstverdienten kulturellen Todesstoß oder den Hungerturm.

Das Regierungskonzept will die kulturelle Überwältigung durch die Mächte außerhalb der Szene. Die Liberalen verlegen sie in die Szene als Selbstverstümmelung durch Titanenkampf. Was ist nun richtig?

Was ihr auch tut, ihr werdet es bereuen. Wir Nationaldemokraten setzen nicht so sehr auf den institutionalisierten, meist volksfremden Kulturbetrieb

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Da gibt es doch sowieso kein Theater.)

von zum Teil neurotischen Intellektuellen. In uns selbst allein steckt die Kraft. Wir sehen unsere Aufgabe in der Wiedererweckung einer Volkskunst und einer Brauchtumspflege zur Stiftung

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

einer inneren Einheit menschlicher Seelen, unserer Familien und unseres deutschen Volkes.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Eure Kunst und Kultur ist doch nur Blendwerk. Aber scheint die Sonne noch so schön, einmal muss sie untergehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Reinhard Dankert, SPD: Einmal muss
der Borrmann gehn. – Zuruf von
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine Damen und Herren, ich bitte, persönliche Angriffe zu unterlassen. Das ist nicht Stil in diesem Haus und wird künftig auch geahndet werden.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der FDP der Vizepräsident Kreher. Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Hans Kreher, FDP: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es wird zur Diskussion aufgerufen und dann werden die potenziellen Diskussionspartner beleidigt, diffamiert.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Michael Roolf, FDP: Diffamiert! –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Herr Körner, Herr Minister, diese Art von Diskussion, die weisen wir von uns. Wir wollen wirklich diskutieren. Wir wissen, dass wir nicht alles besser wissen, aber wir wollen unsere Möglichkeiten einbringen. Und wir waren zum Beispiel bei Herrn Bordel, wir waren in Güstrow, wir waren an den verschiedenen Theatern, wir haben mit verschiedenen Leuten gesprochen. Wir sind auch in den Kommunen vertreten. Aber wenn Sie sagen, Sie haben in verschiedenen Gesprächsrunden das gemacht, dann habe ich bisher immer nur gehört, dass Sie mit verschiedenen kommunalen Vertretern gesprochen haben.

(Zuruf von Minister Henry Tesch)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Minister – entschuldigen Sie, Herr Kreher, Herr Kreher, bitte –, ich bitte darauf zu achten, dass von der Regierungsbank

wirklich keine Zwischenrufe stattfinden. Sie haben jederzeit hier als Angehörige der Regierung die Möglichkeit, ans Pult zu treten, aber Zwischenrufe von der Regierungsbank gehören hier nicht her.

Bitte, Herr Abgeordneter.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Hans Kreher, FDP: Danke.

Jetzt, Herr Minister, kündigen Sie heute erstmals an, dass Sie wenigstens mit dem Förderverein der Theater sprechen wollen. Das ist ja schon ein Fortschritt. Vielleicht ist es deshalb gerade notwendig, dass wir hier von der Opposition den nötigen Druck aufbauen, damit wirklich die Diskussion zustande kommt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Michael Roolf, FDP: Genau.)

Und Herr Koplin hat ja recht gehabt, so, wie Sie das jetzt aufgebaut haben, sprechen Sie zwar auch von Kooperation, aber es ist ein indirekter Druck da,

(Egbert Liskow, CDU:
Der war doch schon immer da.)

der dann zu Zwangsfusionen führen wird, wenn Sie so weitermachen.

Deshalb, meine Damen und Herren, es ist hier vorgeschlagen worden von der Fraktion DIE LINKE, es in den Ausschuss zu überweisen. Wenn Sie wirklich mit uns darüber sprechen wollen, wenn wir wirklich auch das alles einbeziehen wollen, Herr Vierkant, was auch bei Ihnen in Stralsund diskutiert wird – was auch bei Ihnen in Greifswald, was bei Ihnen in Parchim diskutiert wird, es ist ja nicht von uns gekommen, was von Herrn Bliemel da gekommen ist von Parchim, das ist ja aus Ihren Reihen, von der SPD, gekommen –, dann müssen wir doch die Möglichkeit haben ...

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Mit
Zustimmung der CDU-Fraktion gestern
im Kreistag. Das nur mal so nebenbei.)

Genau, genau, ich habe es ja gelesen in der Zeitung.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Helmut Holter, DIE LINKE: Genau.)

Dann müssen wir doch wenigstens die Möglichkeit haben, das mal im Ausschuss so zu besprechen,

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE –
und Ilka Lochner-Borst, CDU)

damit wir die Argumente, damit wir natürlich auch im Finanzausschuss die finanziellen Sachen ...

(Ilka Lochner-Borst, CDU:
Hier wird großes Theater gespielt. –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ich werde nachher darüber sprechen, was wir im Bereich Kultur schon alles gemacht haben,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

da werden wir nachher bei der Kreativwirtschaft zum Beispiel auch drüber sprechen.

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Dann zählen Sie
mal auf, zählen Sie mal auf! Fangen Sie mal an!)

Da werden wir nachher drüber sprechen.

Also, meine Damen und Herren, ich habe es gemerkt,

(allgemeine Unruhe)

die Koalition hat wieder mal gesprochen. Sie sagt zwar, sie will diskutieren, aber sie hat festgelegt, wir sprechen und die anderen haben zu schweigen,

(Vincent Kokert, CDU: Aufhören!)

und deshalb hat es auch keinen Sinn,

(Harry Glawe, CDU: Genau.)

mit Ihnen weiterzusprechen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/2364 zur federführenden Beratung an den Bildungsausschuss und zur Mitberatung an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE und der FDP, Ablehnung durch die Fraktion der SPD, der CDU und der NPD abgelehnt.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/2364. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/2364 bei Zustimmung durch die Fraktion der FDP, bei Ablehnung durch die Fraktion der SPD, der CDU, der NPD und einiger Abgeordneter der Fraktion DIE LINKE und bei einigen Enthaltungen der Fraktion DIE LINKE abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 18:** Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Diskriminierung junger Erwachsener bei Wohnungswechsel beenden, auf der Drucksache 5/2369.

Antrag der Fraktion der NPD:
Diskriminierung junger Erwachsener
bei Wohnungswechsel beenden
– Drucksache 5/2369 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Andrejewski von der Fraktion der NPD. Bitte, Herr Abgeordneter.

Michael Andrejewski, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als Hartz IV ein Jahr alt war, fiel den Politikern ein schwerwiegender Fehler in diesem Machwerk auf: nicht etwa die viel zu niedrigen Regelsätze, besonders für Kinder und Jugendliche, das fand man in Ordnung, auch nicht die zahlreichen verfassungsrechtlich bedenklichen Freiheitsbeschränkungen, für unerträglich hielt die seit 2005 regierende Große Koalition aus CDU und SPD vielmehr, dass junge Erwachsene, die noch bei ihren Eltern lebten und mit diesen eine Bedarfsgemeinschaft bildeten, es tatsächlich wagten, sich eine eigene Wohnung zu suchen und hierfür die Kosten der Unterkunft zu beantragen und eine eigene Bedarfsgemeinschaft begründeten.

Das kostete Geld, zwar nur einen Bruchteil dessen, was man jetzt den Banken hinterherwirft, aber genug, um das Gesetz zu ändern und dem SGB II einen Paragraphen 22 (2a) hinzuzufügen, wonach Personen, die ihr 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, nur dann noch für einen Umzug die Kosten für Unterkunft und Heizung erbracht bekommen, wenn sie vor dem Abschluss des Mietvertrages die entsprechende Zusage der Behörde erhalten haben.

Damit ist für die Betroffenen ein diskriminierendes Sonderrecht geschaffen worden, das – wie viele Sozialrechtler meinen – unter Gleichheitsgesichtspunkten höchst problematisch ist. Mit 25 Jahren ist man alt genug, um sieben Jahre lang als Soldat gedient zu haben, man kann schon Hauptfeldwebel sein oder Oberleutnant, man kann in Afghanistan Zugführer oder Kompaniechef sein, ...

(Udo Pastörs, NPD: Oder Toter.)

Oder tot, schon lange, ja.

... aber wenn man einer Bedarfsgemeinschaft angehört, dann darf man noch nicht einmal das Elternhaus verlassen.

In der Gesetzesbegründung für den parallel geänderten Paragraphen 20 SGB II werden die bis 25 Jahre alten Adressaten der Regelung als „Jugendliche“ bezeichnet. Im Jugendstrafrecht gilt das komischerweise nicht. Da gilt man nur bis 18 als Jugendlicher und bis 21 als Heranwachsender. Dann greift mit aller Härte das Erwachsenenstrafrecht ein. Aber für die Sozialbehörden ist man weiterhin ein Jugendlicher. Um die Verwirrung komplett zu machen: Dafür ist man bis 25 Jahre berechtigt zum Bezug von Kindergeld. Dieser Staat hat nicht einmal eine einheitliche Vorstellung davon, was ein Kind ist, was ein Jugendlicher ist und was ein Erwachsener ist.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist Auslegungssache.)

Wie bei SGB-II-Bestimmungen üblich, ist das Gesetz natürlich handwerklich schlecht gemacht und doppeldeutig. Beispielsweise ist im Text von „Umzug“ die Rede. Was ist damit gemeint? Nur der Auszug aus der elterlichen Wohnung oder auch ein erneuter Umzug von der einen Wohnung, in die man aus dem Elternhaus kommend zuerst gezogen ist, in eine andere?

Um das zu ergründen, haben sich Sozialrechtler in die Gesetzesmaterialien vertieft, auf der Suche nach der Ratio des Gesetzes, dem Willen des Gesetzgebers, was schon traurig genug ist und nicht unbedingt ein Zeichen für ein klar und deutlich formuliertes Gesetz. Die meisten kamen zu dem Ergebnis, dass nur der erste Auszug erfasst sein solle.

Die Bundesregierung ist aber anderer Meinung. Am 19. Juli 2007 antwortete sie auf eine Anfrage eines Bundestagsabgeordneten der LINKEN, dass jegliche Umzüge von Personen, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet hätten, gemeint seien mit der Regelung. Es drohe Missbrauch, weil ein sogenannter 24-jähriger Jugendlicher ja auf den Gedanken kommen könnte, erst einmal bei den Eltern auszuziehen, nur kurzfristig eine Wohnung anzumieten, diese sofort zu kündigen und eine weitere Unterkunft zu beziehen, wofür dann keine Zusage mehr erforderlich sei. Erstaunlich, welche tiefgründigen Gedanken sich ein Staat über mögliche Missbrauchspläne von Erwerbslosen macht, der den Bankenspekulanten jahrelang blind vertraut hat.

(Udo Pastörs, NPD:
Und den Asylbetrügern auch. –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Der Standpunkt der Bundesregierung wird von vielen Sozialrechtlern zurückgewiesen. Die sagen, die Antwort der Bundesregierung sei kein Teil der Gesetzgebungsgeschichte, also unbeachtlich, und außerdem dürfte es keine allgemeine Lebensführungskontrolle junger Menschen geben. Was gilt also? Das ist Glückssache. Es kommt darauf an, welcher Ansicht die örtliche Behörde oder das zuständige Sozialgericht gerade zuneigt. Sinn und Zweck des Gesetzes ist es selbstverständlich, den Anstieg der Anzahl von Bedarfsgemeinschaften zu begrenzen beziehungsweise – ganz simpel – Geld einzusparen, das für die Abwrackprämie gebraucht wird, die Hartz-IV-Bezieher nicht bekommen. Deshalb hat man es so kompliziert gemacht, dass man sich als Nichtjurist zwangsläufig in dieser Materie irgendwo verheddert. Eigentlich ist ein Jurastudium unverzichtbare Voraussetzung, um Hartz-IV-Bezieher werden zu können, besonders wenn man unter die 25er-Regel fällt.

Man benötigt also für einen Umzug die Zusicherung der Behörde für die Übernahme der Kosten der Unterkunft. Dabei muss man sich den Gesetzestext schon genau ansehen, um zu erkennen, dass man durchaus auch ohne die Behördenzusicherung ausziehen darf. Die muss vor dem Abschluss des Mietvertrages vorliegen, nicht vor dem Einzug in die neue Unterkunft. Das ist die erste Fußangel.

Weiter geht es mit Ausnahmen. Die Behörde muss die Zusicherung erteilen, wenn „schwerwiegende soziale Gründe“ vorliegen oder dies „zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt erforderlich ist“ oder es „sonstige“ ebenso schwerwiegende Gründe gibt. Nur, bis die Arbeitsgemeinschaft das genau durchgeprüft hat, ist die günstigste Wohnung, die man vielleicht im Auge hatte, schon zehnmal weg.

Ausnahmsweise kann auch das Erfordernis der Zusicherung wegfallen, wenn dies unzumutbar ist, bei einem angespannten Wohnungsmarkt etwa oder bei häuslicher Gewalt, aber dabei trägt der Betroffene das volle Risiko. Wenn eine 20-Jährige ohne vorherige Einholung der Zusicherung umzieht, weil sie von ihrem Vater jeden Tag verprügelt wird, kann sie nicht wissen, ob das in den Augen der Behörde genug häusliche Gewalt ist im Sinne des Gesetzes oder ob ihr die Behörde überhaupt glaubt. Wenn nicht, kann sie die Miete nicht zahlen und bekommt außerdem nur 80 Prozent des Regelsatzes. Die Sozialgerichte brauchen auch ewig. Das heißt, die 20-Jährige hat die Wahl zwischen Prügel und dem Risiko der Obdachlosigkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Und nach dem Fall Lea-Sophie in Schwerin wäre ich vorsichtig mit der Behauptung, so etwas könnte bei uns nicht passieren und die Behörden würden so was nicht zulassen.

Die Krönung des Ganzen ist schließlich die Missbrauchsklausel, die das Gesetz enthält. Junge Erwachsene, die keiner Bedarfsgemeinschaft angehören und noch keine Leistungen beziehen, müssen dennoch das Amt um Umzugserlaubnis bitten, wenn auch nur die Möglichkeit besteht, dass sie bedürftig werden könnten.

Eine Bäckereifachverkäuferin etwa oder eine Friseurin, ausgebildet, 20 Jahre alt, bei den Eltern lebend, will sich eine eigene Wohnung suchen. Sie ist erwachsen, sie hat eine Ausbildung absolviert, mehr kann ein Staat eigentlich nicht von jungen Menschen verlangen. Aber angesichts ihres niedrigen Verdienstes muss sie damit rechnen, dass sie aus eigener Kraft Miete und Lebensunterhalt nicht wird bezahlen können und vermutlich aufstockendes Arbeitslosengeld II benötigen wird, also bedürftig werden wird, vielleicht nur 100 Euro.

Das ist dem Staat Anlass genug, sie wie eine Unmündige zu behandeln. Sie braucht die Zusicherung und die kann ihr auch verwehrt werden. Die Behörde sagt: Von Ihrem Elternhaus kommen Sie doch gut zum Arbeitsplatz und wieder zurück. Sie brauchen gar keine eigene Wohnung, bleiben Sie zu Hause bis 25. Sie muss Busfahrpläne vorlegen, um das Gegenteil zu beweisen. Zieht sie ohne Zusicherung um, riskiert sie ihre Aufstockung, und dann kann sie ihre Miete nicht zahlen und sie braucht weiterhin die Hilfe ihrer Eltern.

So sieht also die Wirklichkeit aus, während die etablierten Parteien nichts Dringlicheres kennen, als an Verwaltungsmodellen und Kreisgrenzen herumzubasteln, die vor Ort, bei den Menschen, keinen interessieren. Dieses Gesetz muss weg, und zwar ersatzlos. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Im Ältestenrat ist eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vereinbart worden. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erste hat das Wort für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Dr. Linke. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

(Udo Pastörs, NPD: Jetzt kommt die NS-Keule.)

Dr. Marianne Linke, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Es wird Sie wundern, dass ich zu einem Antrag spreche, der sich mit der Hartz-IV-Wirklichkeit befasst, und dennoch diesem Antrag meine Zustimmung versage. Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, weder meine Partei, meine Fraktion noch ich als Abgeordnete oder als ehemalige Sozialministerin des Landes haben ihre Positionen zu Hartz IV geändert. Wir teilen nach wie vor die Auffassung der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, die ja am Tage der Verabschiedung der Hartz-Gesetze im Bundestag titelte: „Größter Sozialabbau seit 1949“.

(Udo Pastörs, NPD: Da habt ihr dran mitgearbeitet, Frau Dr. Linke.)

Ich kann auch Heribert Prantl aus der „Süddeutschen Zeitung“ gedanklich folgen, wenn er schreibt: Die Agenda 2010 – und deren wesentliches Element sind ja die Hartz-Gesetze – „lastet seitdem auf dem deutschen Sozialstaat ... wie eine Grabplatte. Die bekannten Gegner des Sozialstaates stehen am Grab voller Genugtuung, spritzen Weihwasser und heucheln Lobesworte, die so klingen wie der alte Satz, wonach es süß sei, für das Vaterland zu sterben“.

(Michael Andrejewski, NPD:
Wo ist denn da der Zusammenhang?)

Insofern trägt meine Fraktion den Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik nicht mit, der mit der Agenda 2010 und den Hartz-Gesetzen Einzug gehalten hat.

So unterschiedlich aber die Positionen der demokratischen Parteien bezüglich der Hartz-Gesetze sind, so einig sind wir bei der Ablehnung des vorliegenden Antrages. Ja, Ablehnung der Hartz-Gesetze oder Zustimmung zur Agenda 2010 bedeutet nicht Ablehnung oder Annahme des vorliegenden Antrages. Warum? Weil es dem vorliegenden Antrag,

(Udo Pastörs, NPD: An Ernsthaftigkeit mangelt.)

nein, ich muss korrekt formulieren, weil es den Antragstellern an ehrlichem sozialem Engagement für die Jugendlichen der Bundesrepublik fehlt.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Am 1. April 2009 konnten wir in der Tageszeitung lesen: „erstes heisenhof-baby erwartet“, „Bauch unterm Hakenkreuz“. Im Zusammenhang mit dem Verbot der Heimattreuen Deutschen Jugend in dieser Woche fanden die zuständigen Beamten eine Ultraschallaufnahme mit der Aufschrift: „Arierbaby, gemacht im Heisenhof, 20. Juli 2008. Es lebe der deutsche Samen!“

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion der NPD)

Weiter heißt es in der Tageszeitung, es gebe in der Naziszene eine „Zwei-Wege-Strategie“. Einerseits versuche die Szene, „den Nachwuchs ideologisch heranzuziehen – wie in den Sommerlagern der HDJ“ –

(Udo Pastörs, NPD: Ja,
die „Bild-Zeitung“ war dabei.)

und über ideologische Indoktrination habe ich gestern gesprochen. In der Tageszeitung heißt es weiter: „Noch erfolgversprechender erscheine den Kadern die ‚genetische Aufrüstung‘: ‚Die haben da einen regelrechten Katalog ausgearbeitet, der das Ariersein definiert.‘“ Der Chefermittler erklärte in dem Zusammenhang, dass bei einer Durchsuchung des Heisenhofs auch die sogenannte „Beischlafkammer“ mit Reichskriegsflagge an der Decke vorgefunden wurde und DNA-Spuren der hier agierenden Arier identifiziert werden konnten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die Antragsteller sollten gerade im Zusammenhang mit den Umtrieben der hier geschilderten Heimattreuen Deutschen Jugend und ihrem diesbezüglichen Engagement nicht den Eindruck erwecken wollen, an der Lösung sozialer Probleme in der Bundesrepublik interessiert zu sein.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion
DIE LINKE – Udo Pastörs, NPD:
Sie stellen hier ganz kriminelle Zusammenhänge her, die gar nicht stimmen.)

Auch oder gerade die Deutschen unter uns haben aus der Geschichte gelernt. Wir wollen einfach nicht, dass irgendwann einmal wieder Menschen dieser Erde und damit auch in Deutschland auf ihre Rasse oder ihre Blutrreinheit zurückgeführt werden.

Meine verehrten Damen und Herren Abgeordnete, wir wissen um Alt Rehse und wir haben verinnerlicht: Das Geheimnis unserer Erlösung ist die Erinnerung.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke, Frau Abgeordnete.

Es hat jetzt noch einmal das Wort für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Andrejewski. Bitte, Herr Abgeordneter.

Michael Andrejewski, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Jetzt müssen also schon Arierbabs erhalten als letzte Kampftruppe der LINKEN gegen Hartz-IV-Anträge der NPD.

(Heiterkeit und Beifall bei
Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Sie müssen ja äußerst verzweifelt sein. Außerdem scheinen Sie sich geistig eher in irgendwelchen fiktiven Filmen aufzuhalten, wo irgendwelche Superschurken auf einsamen Inseln Superbabys züchten. Aber dass da irgendwas dran ist, das möchte ich doch sehr bezweifeln, das entspricht wirklich Ihren wilden Verfolgungswahnfantasien. Das wird sich genauso als Quark und Mumpitz herausstellen wie die Lebkuchenmessersache und Herr Mannichl und so weiter oder Sebnitz. Das kennen wir ja alles.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Klagen Sie es doch ein, wenn das
eine falsche Darstellung ist.)

Heute Riesenauftand und morgen ist das alles Schwachsinn.

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE,
und Udo Pastörs, NPD)

Davon glaube ich kein Wort.

Und das ähnliche Engagement, das Sie uns absprechen, wo ist denn das bei der LINKEN? Ich kann es nur noch mal wiederholen: Ihre linke Landrätin in Ostvorpommern zieht die Entziehung des Mehrbedarfs für chronisch kranke Hartz-IV-Bezieher eiskalt durch, um 180.000 Euro zu sparen. Sie haben hier Hartz IV exekutiert, in Berlin haben Sie es mitbeschlossen. Sie werden alles mitbeschließen, um Ihre Partei über Wasser zu halten.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Wenn sich hier einer wirklich sozial engagiert, dann sind wir das und nicht Sie.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sie
lügen! – Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Das ist doch typisch.)

Und nun von diesen wirren Ausführungen über Arierbabys und Aliens und was weiß ich noch, was Sie demnächst erzählen, wieder zurück zur Realität und zu einem weiteren Aspekt dieses Problems, das ich angesprochen habe.

Man muss sich ja überlegen, wozu Arbeitsgemeinschaften überhaupt da sind. Die sind dafür da – theoretisch –, den Betroffenen Arbeitsmöglichkeiten zu beschaffen oder ihnen wenigstens die Leistungen auszuzahlen. Aber durch diesen Paragraphen, den ich hier erwähnt habe und zu dem Frau Dr. Linke überhaupt nichts gesagt hat, den sie offenbar toll findet und den sie dreimal unterstreicht, und das sagen Sie auch Ihren Wählern in der Kommunalwahl,

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Nicht zugehört!)

durch diesen Paragraphen werden diese Arbeitsgemeinschaften, die Leistungen auszahlen sollen oder Arbeitsmöglichkeiten beschaffen, ohne die geringste Qualifikation dafür zu haben, zu einer Art Super-Jugend- und-Familien-Ämtern.

Die Zusicherung muss erteilt werden beim Vorliegen schwerwiegender sozialer Gründe. Darunter fällt zum Beispiel eine tiefe Entfremdung zwischen den jungen Erwachsenen und einem Elternteil oder eine tiefe Abneigung. Und wer prüft das, etwa ein Psychologe mit Schwerpunkt Familientherapie? Nein, das überprüft der Fallmanager. Das heißt, irgendein Typ von der Friedhofsverwaltung, den man in die Sozialagentur verfrachtet hat, um ihn loszuwerden – und so sind die Stellen besetzt worden, das habe ich selbst in Ostvorpommern gesehen –, der einen Crashkurs kriegt, der macht dann die psychologische Untersuchung der Familien, nachdem er weiß, wie Friedhofsverwaltung und Fallmanagen geht – vielleicht, wenn man Glück hat.

Dann muss die ganze Familiengeschichte in allen Einzelheiten vor diesem Herrn ausgearbeitet und ausgebreitet werden. Dann heißt es: Sie empfinden eine tiefe Abneigung gegen Ihren Vater, beweisen Sie das, erzählen Sie mehr. Tut mir leid, nach Prüfung habe ich festgestellt, obwohl ich keine Ahnung von Psychologie habe, die Abneigung ist leider nicht tief genug. Und da muss man weiter zum Sozialgericht und zum Landessozialgericht und zum Bundessozialgericht.

Und zur Abrundung persönlicher Spannungen heißt es auch in der Rechtsprechung,

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

persönliche Spannungen oder gelegentliche Wortentgleisungen sind kein Grund, die Zusicherung zu erteilen. Es muss also abgewogen werden und abgegrenzt werden zwischen tiefer Entfremdung und persönlichen Spannungen, und das macht dann der Friedhofsverwalter mit Zusatzausbildung als Fallmanager. Dazu führt dieses Gesetz und das kann ja wohl nicht wahr sein. Und dann brauchen Sie sich auch nicht zu wundern, wenn immer mehr Jungwähler zur NPD gehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/2369.

Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/2369 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD, ansonsten Ablehnung durch die Fraktion der SPD, der CDU, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion der FDP abgelehnt.

Ich rufe auf **Tagesordnungspunkt 32:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Konzept zur Kultur- und Kreativwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 5/2386. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/2422 vor.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Konzept zur Kultur- und Kreativwirtschaft
in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 5/2386 –**

**Änderungsantrag der Fraktion der FDP
– Drucksache 5/2422 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Koplin. Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist sehr lange her, dass sich der Landtag mit Fragen der Entwicklung der Kulturwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern befasst hatte. Vor ziemlich genau zwölf Jahren legte das Wirtschaftsministerium den bisher einzigen Bericht dazu vor. Die „Kulturanalyse für Mecklenburg-Vorpommern“, eine „Auswertung einer Befragung von kulturellen Einrichtungen und Initiativen im Jahr 2004“ wiederum berührt das Thema unter Punkt 10.4. in zwei kurzen Absätzen. Kritisiert wird dort, ich darf zitieren, „das mangelnde Bewusstsein für die Notwendigkeit der Verbindung von Kultur, Tourismus und Wirtschaft ... Die Befragten plädieren dafür, Kultur als Wirtschaftsfaktor zu erkennen ...“ Zitatende.

Die Große Anfrage der Fraktion der CDU im Jahr 2005 zur Kulturförderung im Land lässt Kultur- und Kreativwirtschaft als Schnittstelle von Kultur, Wirtschaft und Politik unberücksichtigt. Das heißt jedoch nicht, dass sie im Land nicht diskutiert würde. So widmet sich die Zeitschrift der IHK Rostock mit dem Eigennamen WIR, Heft 10/2008, diesem Themenbereich recht ausführlich.

Es ist an der Zeit, so unsere Auffassung, dass sich die Landespolitik diesem Problemkreis wieder bewusst zuwendet, gerade in schwierigen Zeiten ihre Kräfte bündelt, um neue Handlungsansätze und ressortübergreifende Partnerschaften in diesem Feld zu initiieren. Deshalb der Antrag der Fraktion DIE LINKE, die Landesregierung mit der Aufgabe zu betrauen, „ein Konzept zur weiteren Entwicklung der Kultur- und Kreativwirtschaft“ in unserem Land „zu erarbeiten“ und im vierten Quartal 2010 dem Landtag zuzuleiten.

Bisher wurde Kultur- und Kreativwirtschaft vor allem aus wirtschaftlicher und kultureller Perspektive betrachtet. Die Entwicklung dieser Wirtschaft zeigt aber, dass das nicht mehr ausreichend ist, sondern einem ganzheitlichen Ansatz aus Wirtschafts-, Kultur-, Rechts-, Sozial- und Bildungspolitik gefolgt werden muss. Das Zusammenführen der Erkenntnisse aus unterschiedlichen Blickwinkeln ermöglicht erst ein tiefes Verständnis der Kultur- und Kreativwirtschaft am Standort und schafft eine gute Basis für die Entwicklung von Handlungsempfehlungen und Programmen.

Die Kultur- und Kreativwirtschaft bringt einerseits bedeutende kulturelle und kreative Produkte und Dienstleistungen hervor, sie ist andererseits mit ihrem vielfältigen Spektrum an Teilbranchen von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung. Insbesondere der Einsatz neuer digitaler Techniken leistet einen wichtigen Beitrag für Wachstum und Innovation. Nicht zuletzt deshalb haben die wirtschaftlichen Potenziale der Kultur- und Kreativwirtschaft in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen. Der zunehmende Bedarf an Design, Film, Musik – sowohl Tonträger als auch Konzerte –, Kunst zum Anschauen und Erleben, Software et cetera hat dazu geführt, dass die Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen aus dieser Wirtschaft immer

größer wird. Die Debatte um die Kultur- und Kreativwirtschaft in Deutschland hat inzwischen eine hohe öffentliche Aufmerksamkeit erreicht. Die Kultur- und Kreativwirtschaft wird als ein eigenständiges Wirtschaftsfeld begriffen, welches dauerhaft als Wachstumsbranche zu etablieren ist. Sie übernimmt eine Vorreiterrolle auf dem Weg in eine wissensbasierte Ökonomie. Sie muss daher als eine Querschnittsbranche in der wirtschaftspolitischen Ausrichtung integriert werden.

Ebenso wie der Bundesregierung, die im Oktober 2007 die Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft ins Leben gerufen hat, muss es Ziel des durch die Landesregierung zu erarbeitenden Konzeptes sein, diesem Wirtschaftsbereich positive Perspektiven zu erschließen, das Arbeitspotenzial weiterzuentwickeln und die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Hinzu kommt, dass die Erwerbschancen innovativer kleiner Kulturbetriebe sowie freischaffender Künstlerinnen und Künstler verbessert werden müssen.

Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist geprägt von unterschiedlichen Teilbranchen und Tätigkeitsbereichen sowie Unternehmens- und Umsatzgrößen. Folglich gehören ihr sowohl selbstständige Künstlerinnen und Künstler, Publizistinnen und Publizisten und weitere Freiberufler oder Kleinunternehmerinnen und -unternehmer wie Agentinnen und Agenten, Galeristinnen und Galeristen an als auch kleine und mittlere Unternehmen wie Kunsthändler, Werbeagenturen, Verlage und Musikproduzenten.

Zum Begriff „Kulturwirtschaft“ beziehungsweise „Kreativwirtschaft“ gibt es Definitionsdebatten, wie auch zu dem, was konkret dazugehört beziehungsweise nicht dazuzuzählen ist. Ich denke, die Definition, wie sie sich die Enquetekommission Kultur in Deutschland erarbeitet hat, ist treffend. Aus ihrer Sicht ist mit, ich zitiere, „dem Begriff der Kulturwirtschaft sowohl der Bereich Kulturwirtschaft mit den Wirtschaftszweigen Musik- und Theaterwirtschaft, Verlagswesen, Kunstmarkt, Filmwirtschaft, Rundfunkwirtschaft, Architektur und Designwirtschaft als auch der Bereich Kreativwirtschaft mit den Zweigen Werbung und Software/Games-Industrie zu erfassen“. Zitatende. Natürlich ist jeder Teilbereich noch weiter in sich differenziert. Zum Beispiel zählt zur Designergruppe Kommunikations-, Industrie- und Produktdesign, um das mal etwas weiter zu fächern.

Auch nach Meinung der Enquete stehen öffentliche Kultur und Kulturwirtschaft in einem engen Wechselverhältnis, gibt es sowohl Unterschiede als auch Wechselbeziehungen zwischen den drei Sektoren, dem öffentlichen Sektor, beispielsweise den Museen, dem zivilgesellschaftlichen Sektor, um mal ein Beispiel zu nennen: Stiftungen, und dem privatwirtschaftlichen Sektor.

In der Diskussion um Kultur- und Kreativwirtschaft geht es vordergründig um genau diesen letzten Bereich. Mit Blick auf unseren Antrag heißt das, dass die wirtschaftlichen Potenziale der Kulturwirtschaft erfasst werden sollen.

Betont werden muss auch, dass der wirtschaftliche Erfolg des Einzelnen stark von Netzwerken abhängig ist, zumal die Branche an sich wenig organisiert und sehr heterogen ist. Hier muss der Spagat zwischen wirtschaftlicher Verwertbarkeit, kreativer Selbstentfaltung und gesellschaftlicher Anerkennung gelingen, um Erfolg zu produzieren. Daher muss unbedingt überlegt werden, welche Instrumente der Wirtschaftsförderung auf die Kultur- und Kreativwirtschaft übertragen werden

können oder wie und wo Politik und Verwaltung andere Wege gehen können, um Wachstum in dieser Branche zu unterstützen und Verstärkung abzusichern.

Es ist gerade die gesamtwirtschaftliche Bedeutung dieses Bereichs, der ihn für die Politik als Zukunftsbranche interessant macht. Der Forschungsbericht des Bundeswirtschaftsministeriums „Gesamtwirtschaftliche Perspektiven der Kultur- und Kreativwirtschaft in Deutschland“ vom Februar dieses Jahres nennt beeindruckende Befunde. So existierten 2008 rund 238.000 Unternehmen und Selbstständige auf diesem Gebiet. Sie erzielten ein Umsatzvolumen von insgesamt 132 Milliarden Euro. 763.400 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten wurde ein Voll- oder Teilzeitarbeitsplatz geboten. Insgesamt arbeiteten in der Kultur- und Kreativwirtschaft circa eine Million Erwerbstätige. Die Bruttowertschöpfung lag bei rund 63 Milliarden Euro. Beeindruckende Zahlen, meinen wir, die selbstverständlich auch zu Konsequenzen in unserem Land führen müssen, wenn man sich mit diesem Thema beschäftigt.

Auch andere Wirtschaftszweige profitieren. Ob durch ein besonders gelungenes Design die Verkaufszahlen für ein Produkt erhöht werden können, ob durch das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Denkweisen neue Lösungen erfunden werden – durch die Zusammenarbeit von klassischer Wirtschaft und Kultur- und Kreativwirtschaft entsteht Neues, Überraschendes und Wertvolles.

Sehr geehrte Damen und Herren, besonderes Anliegen der Landespolitik muss es sein, die Situation selbstständiger Künstlerinnen und Künstler und kulturschaffender kleiner und mittlerer Unternehmen zu verbessern. Die Stärkung der Kultur- und Kreativwirtschaft hilft also, die soziale Situation dieser Menschen zu verbessern, das bedeutet, die Rahmenbedingungen für sie beziehungsweise ihre Arbeiten zu verbessern. Das ist nur als Querschnittsleistung zu erreichen.

Meine Damen und Herren, die weitere Entwicklung und die Stärkung der Kultur- und Kreativwirtschaft erfordert ein erweitertes, ein neues Herangehen, gemeinsam mit allen Betroffenen im Land. Dafür werben wir, deshalb bitten wir Sie, unserem Antrag beizutreten. – Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Im Ältestenrat ist eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vereinbart worden. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als erster hat ums Wort gebeten der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Herr Tesch. Bitte schön, Herr Minister. Sie haben das Wort.

Minister Henry Tesch: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die Fraktion DIE LINKE behauptet in ihrem Antrag, dass der einzige Bericht über die Kulturwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern aus dem Jahre 1997 stamme und die Betrachtung dieser Branche bisher nicht wirtschafts- und kulturpolitisch übergreifend und somit ganzheitlich erfolgt sei. Wir sind ja am Freitag und ich will es einfach nur sagen, Herr Koplin, diese Ansicht kann ich nicht teilen und ich will dem auch widersprechen. Am 22. November 2007 veranstaltete die Kultusministerkonferenz

ein Kaminesgespräch mit 30 Vertretern entsprechender Branchen, um darüber zu diskutieren, was Kultur- und Kreativwirtschaft ist, was sie zu leisten vermag und bei wem die Zuständigkeiten liegen. Und das war in der uns beiden bekannten Landesvertretung Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern, also in der unsrigen Landesvertretung.

Da es oftmals Kompetenzunklarheiten zwischen Kultur- und Kreativwirtschaft einerseits und Kulturpolitik andererseits gab – und das machen ja auch die Debatten vielleicht an der einen oder anderen Stelle deutlich –, hielten wir als Initiatoren dieser Veranstaltung eine Sondierung der Situation und der weiteren Vorgehensweise für angebracht. Dabei wurde festgehalten, dass zur Kulturwirtschaft all jene Betriebe und selbstständigen Unternehmer zählen, die an der Verbreitung oder besser gesagt an der Vorbereitung, Schaffung, Erhaltung und Sicherung künstlerischer Produkte sowie an der Vermittlung und medialen Verbreitung kultureller Leistungen beteiligt sind oder dafür Produkte herstellen und veräußern. Diese Querschnittsbranche umfasst damit eine ganze Reihe von Bereichen, die es im weiteren Verlauf klar zu definieren galt.

Bei dieser Gelegenheit habe ich bereits darauf verwiesen, dass es in der Kulturwirtschaft darum geht, mit künstlerischen Werken wirtschaftliche Werte zu entwickeln. Dabei kommt der Kulturpolitik – auch das haben Sie deutlich gemacht – vor allem eine Mentoren- oder Moderatorenrolle zu, und das nicht nur zwischen öffentlich geförderter und privater Kultur, nicht nur zwischen der Kultur und der Wirtschaft, sondern ebenso zwischen der Kultur und fast allen anderen gesellschaftlichen Bereichen. Sie muss sich auch darum kümmern, dass die Akteure der Kulturwirtschaft auch als Kulturschaffende wahrgenommen werden. Ziel sollte sein, kulturpolitische Ziele im Feld der Ökonomie durchzusetzen. Dabei sollte jedoch klar sein, wo die Kultur- und Kreativwirtschaft verortet werden muss.

Es ist aus meiner Sicht erfreulich, dass dieses Thema vor allem in der Wirtschaft und bei der dafür zuständigen Politik angekommen ist. Nach meiner Einschätzung war bundesweit ein gewisser Aktionismus zu beobachten, dem Thema aus der jeweiligen Zuständigkeit der Ressorts beizukommen. Bei aller Sympathie für diesen Tatendrang muss die Kulturwirtschaft aber durchaus als das definiert werden, was sie ist: ein Aufgabefeld der Wirtschaftspolitik. In diesem Zusammenhang haben die Wirtschaftsministerkonferenz und auch die Kultusministerkonferenz sich deshalb in den zurückliegenden Jahren – insbesondere im vergangenen Jahr – mehrfach mit dem Thema der Kultur- und Kreativwirtschaft befasst. Hierbei sind die Länder in hohem Maße und insbesondere Mecklenburg-Vorpommern als Mitglied in Arbeitsgruppen beziehungsweise als Mitveranstalter beteiligt gewesen. Das ist vielleicht auch an dem einen oder anderen vorbeigegangen.

Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist ein Bereich, der unbedingt der bundesweiten Abstimmung bedarf. Das ist bei all diesen Dingen deutlich geworden. Im Juni 2008 wurde deshalb nach umfangreicher Diskussion ein statistisches Abgrenzungsmodell als bundesländerübergreifender Standard für die Kultur- und Kreativwirtschaft beschlossen. Dieses Modell enthält alle relevanten Teilbereiche und umfasst insgesamt elf Teilmärkte, die mit der Wirtschaftszweigklassifizierung vergleichbar sind. Der eine oder andere kennt das. Ich verweise vielleicht

auch hier auf die Drucksache 16/7000 des Deutschen Bundestages.

Zur Kulturwirtschaft zählen neun Teilmärkte: die Musikwirtschaft, der Buchmarkt, der Kunstmarkt, die Filmwirtschaft, die Rundfunkwirtschaft, der Markt für darstellende Kunst, die Designwirtschaft, der Architekturmarkt und der Pressemarkt. Und zur Kreativwirtschaft gehören der Werbemarkt und die Software-Industrie, auch die Game-Industrie und so weiter.

Was besonders wichtig war: Es einigten sich die Beteiligten auf Bundesebene im Rahmen der Wirtschaftsministerkonferenz 2008 auf folgende, länderübergreifend einheitliche und europaweit anschlussfähige Definitionen und Abgrenzungen des Begriffs „Kultur- und Kreativwirtschaft“ auf Basis der amtlichen Statistik. Ich zitiere: „Unter Kultur- und Kreativwirtschaft werden diejenigen Kultur- und Kreativunternehmen erfasst, welche überwiegend erwerbswirtschaftlich orientiert sind und sich mit der Schaffung, Produktion, Verteilung und/oder medialen Verbreitung von kulturellen/kreativen Gütern und Dienstleistungen befassen.“ Zitatende.

Diese Definition in der Abgrenzung der Kultur- und Kreativwirtschaft durch die Wirtschaftsressorts ist identisch mit der Definition der Enquetekommission des Deutschen Bundestages im Schlussbericht „Kultur in Deutschland“. Auch das ist nachzulesen. Sie ist zugleich ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer einheitlichen und damit auch einheitlich erfassbaren Sicht darauf, was Kultur- und Kreativwirtschaft ist und welche Wirtschaftsbereiche demnach für vergleichbare statistische Erhebungen von Belang sind.

Zudem einigten sich 2008, also im letzten Jahr, sieben Bundesländer – Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern – darauf, einen Leitfaden zur Erstellung einer statistischen Datengrundlage für die Kulturwirtschaft und eine länderübergreifende Auswertung kulturwissenschaftlicher Daten und somit eine Orientierungshilfe für alle Bundesländer in Auftrag zu geben. Also dieser Auftrag ist erteilt.

Mit dem oben genannten Ländergutachten aus 2008 wird Mecklenburg-Vorpommern in Kürze ein Leitfaden vorgelegt, der in seiner Struktur als methodische Orientierungshilfe und Praxisbeispiel zur Erschließung und Auswertung der amtlichen Quellen dienen soll. Aktuelle Datenlagen zur Gesamtbranche oder Teilmärkten der Branche lassen sich dann für alle potenziellen Nutzer durch die Auswertung der amtlichen Statistik und anderer Quellen transparenter und kostenneutral organisieren.

Erstmalig hat die Bundesregierung 2008 ein Forschungsgutachten zum Thema „Gesamtwirtschaftliche Perspektiven der Kultur- und Kreativwirtschaft in Deutschland“ in Auftrag gegeben. Diese Studie wurde im Februar dieses Jahres fertiggestellt und soll laut Bundeswirtschaftsministerium regelmäßig unter Betrachtung aller Teilmärkte, aller Bundesländer und deren spezifischer Profile in der Kultur- und Kreativwirtschaft fortgeschrieben werden und – dies ist ein Teil, den wir sehr begrüßen und unterstützen – auch die Analyse der jeweiligen Länderebenen beinhalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, durch den Verzicht auf einen eigenen Länderbericht lassen sich für Mecklenburg-Vorpommern erhebliche finanzielle Mittel in jeweils fünfstelliger Summe einsparen. Für Teilmärkte

wie die Filmwirtschaft oder Rundfunkwirtschaft, Medienwirtschaft, das wissen Sie, liegen Landeskonzeptionen vor oder befinden sich in Erarbeitung.

Mecklenburg-Vorpommern trägt der Bedeutung der Kultur- und Kreativwirtschaft insofern bereits Rechnung, als dass im Rahmen der zur Verfügung stehenden Förderprogramme, zum Beispiel durch Mikrodarlehen, die Unterstützung von Tagungen, Messen und Netzwerken, aber auch von Wettbewerben und Preisen Teilmärkte der Kultur- und Kreativwirtschaft unterstützt werden. Wir können jetzt hier alle, denke ich, auch die bekannten Beispiele aufzählen, ob das das DesignZentrum M-V seit den 90er-Jahren ist, bestimmte Preise, die ausgelobt werden, bis hin zum Mode-Award, das sind alles Dinge, die eine Rolle spielen.

Seit 2005 werden Marketingmittel aus der Tourismuswerbung für die Dachmarke „Musikland M-V“ und der unter diesem Verbund bestehenden Festivals eingesetzt. Seit 2008 existiert ein eigenes Förderprogramm für die Filmwirtschaft, aber auch die Förderung der Rundfunkwirtschaft, Medienwirtschaft über die Landesrundfunkzentrale und die Staatskanzlei zählen ebenfalls dazu.

Über die benannten Möglichkeiten werden uns künftig insbesondere statistische Daten und bereichsbezogene Übersichten, Profile und Praxisbeispiele eben zur Kreativ- und Kulturwirtschaft vorliegen und für die Verwertung vor Ort zur Verfügung stehen. Unmittelbare Voraussetzung dafür war und ist ein ständiger, detaillierter Blick auf die Branche in Mecklenburg-Vorpommern. Von einer eigenen, von den bundesweiten Entwicklungen abgekoppelten Erhebung und Konzeption ist deshalb aus meiner Sicht abzusehen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Körner. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Bei der letzten Landtagssitzung wurde von der Linksfraktion ein Antrag vorgelegt, der eine umfassende Analyse des Berichtes der Enquetekommission „Kultur in Deutschland“ zum Ziel hatte. Dies haben wir abgelehnt, weil es etwas großspurig vorgetragen wurde, eine Handlungsempfehlung,

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Also das macht Herr Koplin wirklich nicht. –
Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE,
und Irene Müller, DIE LINKE)

eine Handlungsempfehlung undifferenziert nach Bund, Ländern und Kommunen sozusagen in gleicher Weise im Antrag zu berücksichtigen, das schien uns zu wenig befasst mit der Materie.

(Irene Müller, DIE LINKE: Dann hätten Sie ja einen Änderungsantrag machen können. –
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Diesmal gibt es aus meiner Sicht eine ähnliche Blickrichtung auf den vorliegenden Antrag.

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE,
und Torsten Koplin, DIE LINKE)

Der Antrag nimmt diesmal einen Teil des Berichtes „Kultur in Deutschland“ der Enquetekommission heraus und stellt ihn hier sozusagen in die Mitte des Landtages.

Nach meiner Einschätzung ist die Befassung mit diesem Thema ähnlich undifferenziert erfolgt wie bei der letzten Landtagssitzung mit dem Gesamtbericht.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Ja, ja, besser wir reden gar nicht über die Dinge. –
Hans Kreher, FDP: Sie befassen sich ja gar nicht einmal damit und jeder differenziert anders. –
Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Wenn ich jetzt weiterreden darf, dann würde ich das gerne versuchen näher zu erläutern.

Zunächst: Wenn Sie auf den Bericht der Enquetekommission abzielen, Herr Kollege Koplin, dann werden Sie zugestehen müssen, dass zu der Zeit, als der Bericht abgefasst wurde, überhaupt noch nicht klar war, was überhaupt Kultur- und Kreativwirtschaft ist. Es gab keine einheitlichen Kriterien in einzelnen Ländern, überhaupt Kultur- und Kreativwirtschaft sozusagen zu analysieren. Es gibt einen Versuch der Enquetekommission, hier etwas als Orientierung zu geben, aber zu dieser Zeit war es länderweit überhaupt nicht Konsens. Und ich höre nun vom Minister, dass es langsam – eigentlich über das Jahr 2008, aber in einem Prozess, dem bis heute immer noch nicht alle Länder beigetreten sind –, langsam so eine Art Koordinatensystem gibt, um überhaupt zu erfassen, was Kultur- und Kreativwirtschaft ist. Und da kommen Sie daher und sagen, wir sollen jetzt ein Konzept machen.

(Hans Kreher, FDP: Weil Sie sich früher auch nicht damit befasst haben.)

Sie haben nicht klar erkennen lassen, was Sie überhaupt da berücksichtigen wollen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Damit das Koordinatensystem vervollständigt wird.)

Deshalb werden wir Ihren Antrag ablehnen.

Aber ich will noch einen zweiten Grund sagen. Ich bezweifle, Kollege Koplin, ich bezweifle –

(Irene Müller, DIE LINKE:
Oh, er ist ja ein Zweifler.)

und zwar, Kollege Kreher, nach ziemlich gründlicher Auseinandersetzung mit dem etwas schwierigen Thema, das will ich durchaus zugestehen, Kultur- und Kreativwirtschaft, das ist ein Thema, was sozusagen noch keine klaren, festen Konturen hat und was noch in Bewegung ist, das will ich gerne zugestehen, trotzdem habe ich mich sehr intensiv eingelesen in die Situation dort –,

(Irene Müller, DIE LINKE: Na, was bezweifeln Sie denn nun?)

ich bezweifle, Kollege Koplin, ob die von Ihnen, und da sage ich jetzt einfach, undifferenziert aus dem Bericht übernommenen Aspekte, ich nenne Sie noch einmal, Wirtschaftszweige Musik- und Theaterwirtschaft, Verlagswesen, Kunstmarkt, Filmwirtschaft, Rundfunkwirtschaft, Architektur, Designwirtschaft und so weiter, ob das in einem Land wie Mecklenburg-Vorpommern überhaupt Wirtschaftszweige in der Form,

(Hans Kreher, FDP: Dazu werde ich nachher gleich noch was sagen.
Dazu werde ich noch was sagen.)

wie der Bericht „Kultur“ das suggeriert, da sind.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Da lernen wir noch was.)

Wenn Sie in Berlin, in Hamburg, in Nordrhein-Westfalen leben würden, da gibt es eine Form von Kreativwirtschaft in richtigen Wirtschaftszweigen,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Ja, die gibt es hier auch.)

die bei uns so überhaupt nicht existiert. Das ist meine Einschätzung. Sie reden ...

(Irene Müller, DIE LINKE:
Reden Sie nicht das Land
Mecklenburg-Vorpommern schlecht
hier. – Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Das machen Sie nämlich hier gerade. –
Hans Kreher, FDP: Dann müssen
Sie auswandern.)

Wir können gerne vertieft darüber reden. Ich vermag das nicht so zu sehen,

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Jetzt
widersprechen Sie aber dem Minister.)

dass es hier eine gleichmachende Sichtweise über alle Länder hinweg gibt, und ich behaupte, die gerade von mir vorgetragenen Bereiche gibt es als einzelne Wirtschaftszweige so in unserem Land nicht, dass sie industrierelevant wären

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Der Minister hat was anderes gesagt. –
Zurufe von Helmut Holter, DIE LINKE,
und Irene Müller, DIE LINKE)

und dass sie in dieser Form wirklich auch als Zweige für Kultur- und Kreativwirtschaft zu erkennen sind.

Natürlich gibt es bei uns Kultur und Wirtschaft und auch in einem Zusammenspiel. Aber dieser Antrag lässt für mich auch nicht nachvollziehen, Herr Koplin, in welchem Verhältnis Sie – und dieses Verhältnis zu beschreiben, ist in der Tat auch noch nicht abschließend passiert – Wirtschaft und Kultur zueinander sehen.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Da kommen wir gleich zu.)

Wenn ich auf Ihre Bundestagsfraktion jetzt mal abziele, dann muss ich sagen, dass insbesondere Ihre Bundestagsfraktion bei dem Enquetekommissionsbericht deutlich kritisiert hat die, ich zitiere, „stark wirtschaftsorientierte“, Zitatende,

(Torsten Koplin, DIE LINKE:
Wir sind eine pluralistische Partei. –
Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Ausrichtung des Bundesberichtes Kultur- und Kreativwirtschaft im Bundestag und fordert, dass wirtschaftliche Aspekte keine Dominanz über die Kultur haben dürfen. Es gibt also an einer Wirtschafts-

(Hans Kreher, FDP: Das war ja auch
von der FDP mit reingetragen worden.)

an einer Wirtschaftsorientierung des Kulturberichtes aus Sicht Ihrer Bundestagsfraktion Kritik.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Was hat das mit unserem Antrag zu tun?)

Und die Verhältnisbestimmung zwischen Kultur und Wirtschaft fehlt in Ihrem Antrag.

Im Übrigen findet sich in Ihrem Antrag,

(Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

im Übrigen findet sich in Ihrem Antrag überhaupt kein Hinweis auf die Kulturanalyse, bei der ich davon ausgehe, dass das Ministerium daran arbeitet.

(Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

Das ist in meinen Augen der Ort, an dem die entsprechenden Ergebnisse der Kultur- und Kreativwirtschaft im Lande einfließen sollen. Eine solche pauschale Darstellung oder Forderung dieser Bereiche in unserem Land halte ich,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Dann
überweisen Sie es doch in den Ausschuss
und dann diskutieren wir darüber.)

halte ich für unspezifisch für die Situation hier bei uns, halte ich für eine Überzeichnung. Und wenn Sie sich die Mühe gemacht hätten, diese Bereiche auf die Situation in unserem Land herunterzubrechen, hätten wir darüber reden können. So können wir das nur ablehnen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Das kann ja nicht wahr sein.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der FDP Vizepräsident Kreher. Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Hans Kreher, FDP: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es fällt mir schwer, nicht Ähnliches zu sagen, Herr Körner, wie das, was Sie vorhin mir vorgeworfen haben.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Begeben Sie sich nicht auf sein Niveau! –
Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Ich möchte mich aber nicht auf dieses Niveau begeben.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen DIE LINKE und FDP –
Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Genau. Das ist in Ordnung.)

Meine Damen und Herren, dieser Antrag geht in die Richtung, die wir als FDP voll mit unterstützen können.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Danke schön.)

Wir haben allerdings einige kleine Ergänzungsbeiträge dabei.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Das ist in Ordnung.)

Und Sie wissen, Herr Koplin, gleich nachdem wir hier im Landtag waren, hatten wir damals zehn Thesen in den Ausschuss – Frau Lochner-Borst ist ja jetzt nicht da, die behauptet ja immer, wir würden da nichts einbringen –, da haben wir diese zehn Thesen eingebracht, und da ging es,

(Jörg Vierkant, CDU: Ich kann mich erinnern. –
Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Schön, schön.)

und da ging es unter anderem auch um die Kreativbeziehungsweise Kulturwirtschaft. Und der Herr Minister hat damals gesagt: Herr Kreher, jawohl, wir befassen uns damit. Und er hat mir dann die Rede, die er damals gehalten hat, auch zugeschickt. Jawohl, das kann ich

also bestätigen, der Herr Minister hatte sich damals damit befasst. Allerdings – jetzt kommt meine Kritik natürlich auch –, er hatte eine Rede gehalten, aber was ist denn da nun konkret hier im Land daraus geworden? Und deshalb unterstützen wir auch Ihren Antrag, weil daraus bisher noch nichts geworden ist.

Meine Damen und Herren, ich hab mit Kreativwirtschaft persönlich und auch innerhalb der FDP schon seit 1990 zu tun und mich damit befasst.

Ein Beispiel: Ich hatte eine Schülerin – Sie kennen das auch, Herr Koplin, wir haben da seit 1994 die Förderung von begabten Schülern –, die ist Spielzeuggestalterin geworden, in Giebichenstein hatte sie studiert. Nach der Wende hatte sie erst mal Schwierigkeiten. Ich hatte sie bei mir als Bürgermeister dann bei einer AB-Maßnahme damals. Sie hat für Spielplätze und Ähnliches Entwürfe gemacht und mit diesen Entwürfen sind dann Arbeitsplätze geschaffen worden, indem wir Spielplätze herstellen konnten, indem in Parchim ein Betrieb das aufgenommen hat, ihre Entwürfe, und dadurch ist etwas entstanden, sind wirklich echte Arbeitsplätze entstanden. Das ist ein Beispiel für Kreativwirtschaft.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Helmut Holter, DIE LINKE:
Ein gutes Beispiel.)

Jawohl.

Ein zweites Beispiel: Meine eigene Tochter war auch in diesem künstlerischen Lager mit dabei und hatte als Schülerin dann schon einen Comic entworfen, 1995.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wir suchten damals nach Fördermitteln, aber es war im damaligen Kultusministerium kein Bereich, wo so etwas gefördert wurde. Comic war keine richtige Kunst, Comic galt nicht unter Heimatkultur und so weiter. Wir fanden nichts. Es ist dann bei „Stock & Stein“ verlegt worden, auf deren Risiko, auch heute noch zu bekommen. Meine Tochter ist Designerin geworden. Allerdings fand sie hier im Land nichts. Sie hat jetzt in Bayern ihre Firma, sie hat sich schon als Studentin selbstständig gemacht. Sie macht zum Beispiel hier unter dem Namen „El Mondo“ Comics,

(Irene Müller, DIE LINKE: Schleichwerbung.)

macht sie verschiedene Dinge für Apotheken. Hiermit sind soundso viele Leute beschäftigt worden, um dies hier nur zu produzieren. Das sind Entwürfe und davon geht Produktion aus. Und wenn Sie sagen, Herr Körner,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

wenn Sie sagen, Herr Körner, wir haben diesen Bereich im Land nicht,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Das ist Quatsch.)

dann vielleicht auch deshalb, weil manches sich hier nicht so entwickeln konnte, wie das Beispiel meiner Tochter zeigt. Also müssen wir alles tun.

Drittes Beispiel – oh, ich hab nicht so viel Redezeit –, ich könnte noch viel, viel mehr Beispiele bringen. Ich bitte Sie, auch das zu unterstützen, weil ich deutlich gemacht habe, dass auch die gesamte Hochschule, das Caspar-David-Friedrich-Institut, es ist alles, dieser ganze Bereich ist dabei mit zu bedenken, um die Strukturen zu schaffen für Kreativ- und Kulturwirtschaft.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Kreher, kommen Sie bitte zum Schluss.

Hans Kreher, FDP: Danke schön, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Vierkant. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Jörg Vierkant, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Insbesondere wurde in den vergangenen zwei Jahren sowohl seitens der Kultusministerkonferenz als auch der Wirtschaftsministerkonferenz eine Vielzahl von Aktivitäten auf diesem Feld entwickelt. Der Bildungsminister wies darauf hin. Unser Land ist in allen relevanten Arbeitsgruppen vertreten und beteiligt sich zudem mit anderen Bundesländern an einem Leitfaden zur Erstellung einer statistischen Datengrundlage für die Kulturwirtschaft und eine länderübergreifende Auswertung kulturwirtschaftlicher Daten. Diese ist dann sozusagen Orientierungshilfe für alle Bundesländer.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das ist auch gut so.)

Meine Damen und Herren, der Minister erwähnte ebenfalls schon, dass die Bundesregierung erstmals 2008 ein Forschungsgutachten zum Thema „Gesamtwirtschaftliche Perspektiven der Kultur- und Kreativwirtschaft in Deutschland“ in Auftrag gegeben hat. Besonders möchte ich nochmals hervorheben, dass die Fortschreibung zugesichert ist und dass auch die Analyse der Länder enthalten ist. Ihren Antrag benötigen wir daher nicht und wir werden ihn ablehnen.

Durch den Verzicht auf einen eigenen Länderbericht lassen sich meines Erachtens für Mecklenburg-Vorpommern auch erhebliche finanzielle Mittel einsparen.

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE,
und Torsten Koplin, DIE LINKE)

Ich bin der Auffassung, dass Mecklenburg-Vorpommern als Standort für die Kultur- und Kreativwirtschaft nicht mit Bundesländern wie Berlin, Hamburg oder Bayern vergleichbar ist.

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Wir besitzen eher Stärken in der Verknüpfung von Kulturtourismus sowie Städte- beziehungsweise regionalem Tourismus. Diese nutzen wir außerordentlich und haben aus unserer Sicht mecklenburg-vorpommersche oder besser gesagt M-V-relevante Anregungen in Berlin eingebracht. Ich nehme an, Ihre Fraktion, DIE LINKE, auch. Auf der ITB konnte sich jeder einen Eindruck verschaffen. Ich gehe davon aus, dass auch Ihre Vertreter dort waren.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Wir waren da, Herr Vierkant.)

Meine Damen und Herren, darüber hinaus habe ich nach wie vor Vorbehalte, aber das habe ich mehrfach schon gesagt,

(Torsten Koplin, DIE LINKE:
Ja, ideologische, ideologische.)

was das ständige Rufen nach Konzepten, in diesem Fall von Kultur- und Kreativwirtschaftskonzepten betrifft.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Besser wäre ein statistischer Bericht, das wäre besser. – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Ich bin der Auffassung, dass Kreativität, kreative Ideen und Momente eben nicht planbar und konzeptionell fest-schreibbar sind. Ich möchte auch nicht in Fünfjahresdi- rektiven den Kunst- und Kulturschaffenden vorschrei- ben,

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

welches Werk oder welches Stück sie wann abzulie- fern haben und welche Interpretation sie ermöglichen müssen.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Torsten Koplin, DIE LINKE: Das kommt ja wohl aus der Mottenkiste. – Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Oh!)

Wie gesagt, wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke, Herr Abgeord- neter.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der NPD der Frak- tionsvorsitzende Herr Pastörs. Bitte, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Udo Pastörs, NPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr IM Koplin,

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Oh!)

es gab einmal eine Zeit – es war einmal, könnte man sagen –, da wurden die Menschen von einem, wie Sie früher gesagt hätten, feudalistischen System ausgebeu- tet. Die Menschen dienten jenen, die die Macht hatten, weil diese die Verfügungsgewalt über das Kapital besa- ßen.

Das galt aber nicht nur für die Handwerker und später, nach der industriellen Revolution, für die Arbeiter. Das galt ebenso für diejenigen, die kulturelle Werte schufen, die großen Denker, Maler und Komponisten. Das waren Genies, die in der Regel im Dienst einer Herrschaft stan- den. Schauen Sie sich einmal an, wie manche Kompo- nisten leiden mussten unter debilen Herrschern. Lesen Sie einmal die Briefe eines Mozarts, wie er sich dort über seinen geliebten Erzbischof von Salzburg ausließ zum Beispiel. Der Kampf der Künstler um Ausdrucksformen war immer auch ein Kampf um Freiheit. Das Genie lässt sich nicht in die Fesseln von Ideologie oder machtpoli- tischem Kalkül legen.

(Zurufe von Torsten Koplin, DIE LINKE, und Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Der Kampf nach Freiheit verwirklichte sich, Herr IM Martin, hören Sie doch bitte zu, mit dem Entstehen der Nationalbewegungen in Europa.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ja, ja.)

Der Nationalismus versuchte, die Gesellschaft vom Einfluss der Dynastien zu lösen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ja, ja. Deshalb haben die die Bücher verbrannt. Genau.)

Diese Freiheitsbewegungen, die es auch in Deutschland gab – 1806 und 1848 zum Beispiel –, diese Freiheitsbe- wegungen sind übrigens die Wurzeln nationaler Parteien. Aber dies nur nebenbei.

Der freie Künstler ist ein Produkt des Freiheitsstrebens der Völker im 19. Jahrhundert. Ich sagte es, große Künst- ler ließen sich zu keiner Zeit vor einen Karren spannen. Ich möchte an dieser Stelle nur an Hans Grimm erinnern, der dieses Jahr sein 50. Todesjahr hat. Grimm war ein freier Nationalist, der sich das Recht herausnahm, Kritik zwischen 1933 und 1945 an den Mächtigen zu üben. Und er nahm sich die Freiheit heraus,

(Irene Müller, DIE LINKE: So ein Pech, dass er nicht jüdischen Glaubens war. – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

und er nahm sich die Freiheit heraus, nach 1945 diese Mächtigen vor unberechtigten Angriffen der Sieger in Schutz zu nehmen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ach so.)

Das ist Künstlertum in seiner reifsten Ausprägung, meine Damen und Herren.

Und nun, meine lieben LINKEN, kommen Sie hier mit einem Oberstudienrat-Kreher-Antrag.

(Irene Müller, DIE LINKE: Wir sind nicht Ihre Lieben.)

Liberalistisch, marktwirtschaftlich, schlecht. In Abwand- lung des „Schlageter“-Zitates von Hanns Johst möchte man sagen: Wenn ich Kulturwirtschaft höre, entsichere ich meinen Browning.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Das möchten Sie gerne, ne? Alle abballern.)

Natürlich nur entsichern, meine Herrschaften, bevor die Gutmenschenempörung politisch korrekt wieder aufbrandet.

Herr Professor Methling, die Künstler haben sich nicht von dynastischen Zwängen befreit, um in das Diktat der Wirtschaftlichkeit einzutreten. Differenzierte Detailbe- trachtungen der Kultur- und Kreativwirtschaft zu erarbei- ten, wie die Postkommunisten dies fordern, das ist etwas für eine Gesellschaft von Buchhaltern.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Erzählen Sie lieber, was die Nazis mit den Künstlern gemacht haben.)

Das ist Kultur nach Machart des Magisters Wagner im „Faust“, Herr Dr. Methling. Sie sind ein spießiger Wagner, Herr Professor Methling,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Oh! – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ach so.)

immer auf der Höhe des Zeitgeistes: gestern kommunist- isch,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ich denke, Herr Wagner war ein Nationalist. Der muss Ihnen doch am Herzen liegen.)

heute liberal, Herr Professor.

Und noch ein Wort zur Kultur. Heute Morgen kam ja auf den Tisch, dass wohl die Gefahr besteht, dass wieder

Bücher verbrannt werden. Überschrift der Meldung: „CDU-Generalsekretär kennt nicht das Panzerlied.“ Hier geht es um ein Liederbuch, das die CDU in hoher Stückzahl unter die Leute gebracht hat, das unter anderem auch das Panzerlied beinhaltet, das zwischen 1933 und 1945 gesungen wurde und auch heute noch bei der Bundeswehr gesungen wird.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Ah.)

Dieses Buch soll nun eingezogen und vernichtet werden.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Ich finde, dass das ...

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Abgeordneter, kommen Sie zum Schluss.

Udo Pastörs, NPD: ... Kulturfrevel im Jahre 2009 darstellt. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Ja, Nazi-Lieder sind klasse.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Holter. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Jetzt wird es kulturvoll.)

Helmut Holter, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieser Tage wird eine Delegation aus Mecklenburg-Vorpommern mit Volker Ahmels an der Spitze nach den USA reisen, um „entartete Musik“ aufzuführen. Das halte ich ...

(Udo Pastörs, NPD: Früher reisten sie
nach Moskau, jetzt reisen die in die USA.)

Die werden in die USA reisen, um Musik aufzuführen von Komponisten und Komponistinnen, die in der Zeit des Hitlerfaschismus ermordet wurden und deren Musik verboten war. Ich könnte jetzt viele, viele andere Beispiele aufzählen.

Ihr Beitrag war ein kulturloser Beitrag.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Es war einfach ein Angriff gegen die Demokratie, das haben Sie hier noch mal deutlich gemacht.

(Udo Pastörs, NPD: Und Sie definieren,
was demokratisch ist, Herr Holter.
Sie definieren das?!)

Das definiert die Gesellschaft.

(Udo Pastörs, NPD: Ach, die Gesellschaft!)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Uns geht es nicht um Statistik. Dass Statistik notwendig ist und ein solcher Leitfaden, das steht außer Zweifel, Herr Minister Tesch, da bin ich mit Ihnen einer Meinung. Und wenn ich hier als wirtschaftspolitischer Sprecher auftrete, dann haben wir uns das sehr wohl überlegt, um genau diesen Zusammenhang deutlich zu machen, auf den Sie auch abgestellt haben.

Und, Herr Körner, wenn Sie von der teilweisen Grauzone, so habe ich Sie verstanden, gesprochen haben, was die Definition betrifft, bin ich, ist meine Fraktion froh darüber, dass es in den erwähnten Berichten diese Definition nun endlich gibt. Das war ja für uns auch die Motivation, hier diesen Antrag einzubringen.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Genau.)

Ausgehend von der Definition, dem Leitfaden, der jetzt erarbeitet wird, zu sagen, wenn das denn alles jetzt so geklärt wird mit einigen offenen Fragen, die auch weiter geklärt werden müssen, dann lasst uns doch darüber reden, welche Entwicklungsrichtung, welche Entwicklungstendenzen wir für die Kultur- und Kreativwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern tatsächlich haben wollen. Das ist unser Ansatz. Unser Ansatz ist nicht, einen Bericht der Landesregierung über den Zustand der Kreativ- und Kulturwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern zu erhalten.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ja, ja,
die Koalitionsfraktionen beantragen das. –
Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Das ist also die Überlegung und deswegen ist unser Ansatz und damit unser Antrag die logische Fortsetzung dessen, Herr Minister, was Sie hier vorgetragen haben, gar nicht im Widerspruch, sondern, Herr Körner, nicht dabei stehen zu bleiben und zu sagen, da ist Berlin und da ist Hamburg und da ist Kultur- und Kreativwirtschaft toll angesiedelt, sondern wir als Land zwischen den Metropolen sollten die Chancen nutzen, die sich für diejenigen, die sich in diesem Bereich engagieren, tatsächlich bieten. Darum geht es.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen DIE LINKE und FDP)

Und über diese Ziele und diese Entwicklungstendenzen zu sprechen, so, wie Herr Kreher es hier deutlich gemacht hat, das ist unser Ansatz, auch wenn es da die eine oder andere Grauzone gibt zu klassisch gewerblich tätigen Unternehmen.

Man kann sich jetzt bei solchen Dingen, wie Herr Kreher hier vorgestellt hat, El Mondo oder wie er heißt, tatsächlich streiten, ist es Kreativwirtschaft oder ist es gewerblich, aber darum geht es nicht. Es ging ja um das Bild, um zu zeigen, dass wir hier also auch jungen und auch anderen Künstlerinnen und Künstlern und hier Tätigen tatsächlich die Chance geben, sich zu entwickeln. Nicht das Talent ist wichtig, sondern das, was man daraus macht. Das gilt in der Kultur, das gilt in der Kunst, das gilt insbesondere in der Wirtschaft.

Und wenn, Herr Körner, Sie zitiert haben den Standpunkt der Bundestagsfraktion DIE LINKE zu dem erwähnten Bericht der Enquetekommission, dann ist die Warnung durchaus richtig, aber ich bin der Überzeugung, dass über Kultur- und Kreativwirtschaft natürlich auch Wertschöpfung generiert werden kann. Auch darauf zielt unser Antrag ab. Es geht also darum, diesen in diesem Bereich Tätigen Unterstützung zu geben, bessere Rahmenbedingungen für sie zu schaffen.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Richtig.)

Und wir wollen diesen Zweig entwickeln in den elf oder vielleicht einigen der Teilmärkte hier in Mecklenburg-Vorpommern, damit tatsächlich Wertschöpfung entstehen kann und damit auch neue und zukunftsorientierte Arbeitsplätze.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Und das ist eine Frage der Förderung und Finanzierung. Das ist nicht zuerst eine Frage der Definition, wenn dort also weitgehend Übereinstimmung besteht.

(Dr. Klaus-Michael Körner, SPD:
Da haben wir Konsens.)

Und oftmals ist es gerade bei diesen, die den Weg in die Selbstständigkeit gehen wollen, gerade bei diesen das Problem des fehlenden Eigenkapitals.

(Dr. Klaus-Michael Körner, SPD:
Da haben wir Konsens. –
Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Da können wir über Filmwirtschaft reden, da gibt es die Mittel, das hat Herr Tesch hier angeführt, gibt es die Möglichkeiten der wirtschaftlichen, aber auch der kulturellen Filmförderung.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Es ist aber nicht die Lösung des Problems der Eigenkapitalschwäche. Und ich bin der Überzeugung, kreative Unternehmen benötigen gerade kreative Finanzierungslösungen. Das ist weniger der Appell an die Landesregierung, das ist auch ein Appell der Finanzwirtschaft, die in Mecklenburg-Vorpommern über die Banken ja präsentiert ist. Und hier geht es um die Frage, welches Risikokapital kann bereitgestellt werden.

Leider ist es noch so, dass die Finanzierung der Unternehmen in der Kultur- und Kreativwirtschaft mit spitzen Fingern angefasst wird, und in der jetzigen Finanzkrise erst recht. Wer will dieses Risiko denn eingehen? Und das ist ein echtes Wachstumshemmnis, welches aufgebrochen werden muss und wo wir gemeinsam, das war das Ziel unseres Antrages, ein politisches Signal setzen sollten, um also allen Beteiligten, allen Akteuren zu sagen, ja, das ist eine Zukunftsinvestition für Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Während es für technologieorientierte Unternehmen ja eine Vielfalt, ich sage mal, einen großen Strauß an Fördermöglichkeiten gibt, haben Kreativ- und Kulturunternehmen oftmals ihr Nachsehen. Und wir sprechen hier ganz bewusst von Förderlücken. Ich bin der Überzeugung, wenn es uns gelingt, diese Förderlücken zu schließen, dann können wir auch die Wertschöpfungslücken in Mecklenburg-Vorpommern schließen, zumindest einen Beitrag dazu leisten.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist naiv,
was Sie da sagen, Herr Holter.)

Und die spezifischen Besonderheiten, über die ja hier schon verschiedentlich gesprochen wurde, der Kultur- und Kreativwirtschaft sollten zunehmend mehr bei den Förderangeboten berücksichtigt werden.

(Udo Pastörs, NPD: Die Kreativwirtschaft
schließt die Lücken. Weltfremd!)

So, nun hat es auch etwas mit den Akteuren zu tun. Dass natürlich Menschen, die sich in der Kultur- und Kreativwirtschaft engagieren, besondere Menschen sind, versteht sich von selbst. Aber gerade sie brauchen kaufmännische und andere Unterstützung und Beratung, und deswegen geht es uns auch darum, sie bei dem Weg in

die Selbstständigkeit oder dann, wenn das Unternehmen schon gegründet ist, tatsächlich zu unterstützen, sie zu informieren,

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Coachen.)

sie zu beraten und ihnen auch die Hemmnisse zu nehmen,

(Udo Pastörs, NPD: Nicht einfach
anfangen zu lassen. Richtig.)

dass wir hier die Schranken gegenüber der Bürokratie überschreiten können. Das ist eine Frage, die sich an Wirtschaftsförderer richtet, jetzt ist es egal, ob vom Bund, den Ländern oder von den Kommunen, aber auch an die Banken, wie ich schon ausgeführt habe. Denn das ist kein alltägliches Geschäft, was ich nach Schema F abarbeiten kann. Also auch hier geht es um einen kulturvollen und kreativen Umgang mit denen, die sich in diesem Wirtschaftsbereich engagieren und ihre Geschäftsidee umsetzen wollen.

Und wie will ich dann eine Geschäftsidee, Herr Kreher hat das beschrieben, tatsächlich nun beurteilen? Rating heißt zu vergleichen. Und oftmals ist es in diesem Bereich schwierig, die Idee ganz konkret mit etwas zu vergleichen. Es geht um Innovation, es geht um Alleinstellungsmerkmale und hier geht es tatsächlich darum, auch kreativ zu sein und den Mut zu haben, genau solche Ideen zu unterstützen und auf dem Weg in die Selbstständigkeit zu unterstützen.

(Zurufe von Torsten Koplin, DIE LINKE,
und Udo Pastörs, NPD)

Deswegen ist die Vorstellung von Innovation oftmals, ich sage das bewusst als Ingenieur, oftmals an technische oder technologische Lösungen gebunden.

(Hans Kreher, FDP: Genau.)

Ich bin der Meinung, wir sollten den Begriff „Innovation“ deutlich erweitern und auch in die Kultur- und Kreativwirtschaft hier implementieren,

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen DIE LINKE und FDP)

um deutlich zu machen, es gibt viel mehr Möglichkeiten für zukunftsorientierte wirtschaftliche Tätigkeit, als wir bisher im Fokus hatten.

Und das, meine Damen und Herren, sollte unser Antrag bewirken. Wir wollen wie gesagt das Wertschöpfungspotenzial nutzen, auch das Beschäftigungspotenzial, welches im Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft hier steht. Wir diskutieren immer wieder darüber, wie wir nicht nur jetzt in der Krise, sondern wie wir Arbeitslosigkeit bekämpfen können und wie wir jungen und auch älteren kreativen Menschen eine Chance in Mecklenburg-Vorpommern geben. Ja, Herr Körner, da wird auf die Metropolen verwiesen. Warum bieten wir nicht denen, die dieses Potenzial haben – und wir haben Designschulen und andere Schulen, die die Ausbildung hier durchführen –, eine Chance in unserem Land? Wir sollten etwas dafür tun, dass diese Menschen eine Chance hier in Mecklenburg-Vorpommern haben. Ich bitte Sie, noch mal nachzudenken, ob es nicht nach meiner Rede doch besser ist, unserem Antrag zuzustimmen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen DIE LINKE und FDP –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache und wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/2422. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/2422 bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE und der FDP, Ablehnung durch die Fraktion der SPD, der CDU und der NPD abgelehnt.

Ich rufe damit auf den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/2386. Wer ihm zustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/2386 bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE und der FDP sowie Ablehnung durch die Fraktion der SPD, der CDU und der NPD abgelehnt.

Ich rufe damit auf den **Tagesordnungspunkt 33:** Beratung des Antrages der Fraktion der FDP – Nutzung von „Green IT“ als Chance der Energieeffizienz, auf der Drucksachennummer 5/2365.

**Antrag der Fraktion der FDP:
Nutzung von „Green IT“ als
Chance der Energieeffizienz
– Drucksache 5/2365 –**

Das Wort zur Begründung hat der Fraktionsvorsitzende der FDP Herr Roolf. Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Michael Roolf, FDP: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Kollege Holter, ich glaube, mir wird dasselbe Schicksal widerfahren wie Ihnen jetzt eben. Sie haben versucht, an Innovation und Zukunft zu appellieren

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

und haben dann so in die Mitte reingeguckt, in ziemlich viele leere, müde Gesichter,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Herr Roolf!)

und wir werden einmal sehen, was hier heute passiert.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wollen wir wetten?)

Wir haben in den letzten drei Tagen gesehen, dass wir weder bei Einzelthemen innovativ und zukunftsorientiert sind noch bei komplexen Dingen. Wir beschließen hier, dass der Tourismus eine Zukunft in Mecklenburg-Vorpommern hat, aber bei einzelnen und komplexen Dingen sind wir weit weg von der Realität.

Lassen Sie uns zu unserem Antrag kommen, zu dem ich hier sprechen möchte. Energieeffizienz, Einsatz von sogenannter Green IT, das ist das, was der Fortschritt ist, und das ist das, was auf uns zukommen wird als Herausforderung. Die EU-Kommission hat hierfür extra einen Aktionsplan für Energieeffizienz im IT-Bereich gestartet und wir können uns dieser Thematik aus verschiedenen Richtungen nähern.

Ich will mal die erste Richtung reinnehmen, das ist die Energieeffizienz. Ich denke, wir sind alle beieinander, dass die CO₂-Emission deutlich reduziert werden muss. Weltweit haben wir Menschen im Jahre 2008 zusammen eine Menge von 36,5 Millionen Tonnen Klimagas CO₂ produziert. Daran waren nicht nur wir Menschen, sondern auch unser Lebensumfeld schuld und da bin ich in der IT-Branche, da bin ich bei den sogenannten Servern, bei den sogenannten Rechnern, die wir dort haben.

Gab es im Jahr 2000 noch 14 Millionen Server weltweit, reden wir momentan von der dreifachen Summe. Also wir reden über 42 Millionen Server, die wir in der Welt mindestens stehen haben. Die weltweit eingesetzte Internettechnologie – und auch das wäre vielleicht ganz interessant, dass Sie solche Fakten einmal mitnehmen – produziert so viel CO₂-Gas wie der weltweit stattfindende Flugverkehr, damit Sie auch das einmal gehört haben, über welche Dimensionen wir hier reden.

Ein Blick in unsere eigene Lebenssituation hilft uns dann auch ein Stückchen weiter. Wenn man Green IT sich einmal in der praktischen Anwendung als Chance ansieht, dann gehen wir einfach mal in das, was wir täglich tun, nämlich in das sogenannte Googeln. Beim Googeln entstehen drei Gramm CO₂-Schadstoff. Und durchschnittlich sind wir im Augenblick bei 40 Millionen Anwendungen bei Google täglich. Die Mathematiker bei der Koalition können jetzt einmal rechnen, 40 Millionen mal drei Gramm, damit Sie wissen, worüber wir im Prinzip in diesem Bereich reden.

Wir haben einen rasant ansteigenden Strom- und Energiebedarf in diesem IT-Bereich und die Umstellung allein von einer traditionellen Telefonart hin zur sogenannten Internettelefonie würde das Zwei- bis Dreifache an Stromverbrauch im Vergleich zu der jetzigen Telefonie benötigen. Also auch hier erkennen wir, dass wir einen Riesenanteil, einen Riesenbedarf und ein Riesenpotenzial an Energie in diesem gesamten IT-Bereich vor uns haben.

Wenn man sich mal eines der bevölkerungsstärksten Länder der Welt anguckt, das ist Indien, dann sind Berechnungen auf dem Tisch, die sagen, wenn die Inder konsequent auf IT umstellen würden, auf IT-Telefonieren, auf Internettelefonieren, dann bräuchten sie, um die Strommenge dafür zu haben, sieben Atomkraftwerke, um diese Energie im Prinzip auch leisten zu können. Sie sehen, IT-Stromverbrauch, Energieverbrauch, das ist das, was uns in den nächsten Jahren aus der reinen CO₂-Betrachtung, aus der Umweltbetrachtung hier dringlichst beschäftigen sollte.

Nehmen wir ein weiteres Beispiel: eBay. Das ist auch jedem von Ihnen bekannt. Im Jahre 2006 hat es 105 Millionen Auktionen bei eBay gegeben. Für jede dieser Auktionen werden in der herkömmlichen Technik 30 Watt Strom verwendet. Wenn Sie sich das einmal zusammenzählen, dann sind für die Kühlung, für den Betrieb inklusive aller Nutzer 37 Terrawatt Strom notwendig, um die eBay-Versteigerungen hier auf der Welt in Gang zu setzen. Das bedeutet wieder die Stromkraft von fünf Atomkraftwerken.

An welcher Situation stehen wir? Wir sind an der Situation, dass wir Green IT als den Lösungsansatz finden müssen, um den Herausforderungen im ökologischen Bereich hier deutlich ein Zeichen aus Mecklenburg-Vorpommern zu setzen. Green IT kann aber auch mehr. Green IT ist dann

in dem Bereich des Designs dessen, was es leisten kann an Prozessverbesserung, an Prozesssteuerung. Das ist das Entscheidende, was Green IT für uns dann hier leisten kann. Da gibt es auf der einen Seite das sogenannte Chiptuning, das sind die Dinge, die an Leistungseffizienzsteigerungen da sind. Weiterhin gibt es die Visualisierung, das ist ein Bereich, über den wir uns hier auch deutlich unterhalten sollten. Visualisierung heißt Videokonferenzen.

Und jetzt nehmen wir uns mal ein ganz einfaches Beispiel heraus und sagen, ein Vertriebsmitarbeiter oder ein Mitarbeiter der Landesverwaltung fährt im Jahr durchschnittlich 70.000 Kilometer, um seine ganzen Gespräche hier führen zu können. Der würde im Prinzip einen Ausstoß von zehn Tonnen CO₂ verursachen. Würden wir gemeinsam an Technologie und Innovation arbeiten, nämlich an dem Einsatz von Green IT, könnten Videokonferenzen geschaltet werden, könnten wir ganz andere Rahmenbedingungen in der Kommunikation setzen und wir könnten von einem bis zum nächsten den Bedarf an Energie deutlich senken und damit auch die Kosten senken.

Was wollen wir bewirken mit unserem Antrag? Wir wollen bewirken, dass wir vernünftig und sinnvoll mit unseren Ressourcen umgehen, dass wir den Stromverbrauch reduzieren. Was wollen wir weiter erreichen? Wir wollen anstoßen, dass wir Infrastruktur hier im Land optimieren, und ich habe auf meinem Zettel gesehen, dass der Innenminister darauf antwortet. Seien Sie mir nicht böse, so viel Innovatives habe ich Ihnen jetzt gar nicht zuge-
traut. Aber da werden wir bestimmt noch etwas hören.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Unterschätzen Sie mal den Innen-
minister nicht! Der kann alles.)

Wer eine Kreisgebietsreform, eine Verwaltungsreform möchte, der muss eigentlich ein flammender Verfechter sein für neue, für schnelle Kommunikationsebenen,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

für neue Strukturen, für Videokonferenzen, für das, was die Menschen an die Verwaltungsakte heranbringt, was an neuen Möglichkeiten da ist. Sie müssten eigentlich sagen: Klasse, das ist das, was wir für die Gebietsreform noch brauchen, damit wir hier auch moderne Technologien haben.

Und dann haben wir die Situation, dass wir die Ressourcen, die wir im Land haben, damit im Prinzip auch besser nutzen können und nutzen wollen. Wir als Liberale machen Ihnen hier den Vorschlag – und da sind wir in der Verbindung der grundsätzlichen Ausrichtung, aber auch gerade in der Verbindung mit dem Konjunkturpaket II –, dass wir den Weg aufmachen für Green IT, dass wir Green IT als Chance der CO₂-Schadstoffminimierung sehen, dass wir es aber auch als Chance sehen, dass wir Innovation, Fortschritt und Moderne hier im Land mitführen und voranbringen.

Nach unserem Motto „Mit dabei sein“ und nicht, wie es alte Tradition ist in Mecklenburg-Vorpommern, immer nur hinterherlaufen, nach dem Motto „Erfahrungen sammeln“, um sie in anderen Bereichen weitergeben zu können, und mit dem Motto „Trends mitbestimmen“ und sich nicht mit Zweitklassigkeit begnügen werden wir dafür, dass Sie unserem Antrag zustimmen, dass wir das Thema Green IT in den Mittelpunkt unserer Aktivitäten stellen, was eine moderne Kommunikation anbelangt,

was eine CO₂-Schadstoffminimierung hier im Land anbelangt. Wie in vielen Bereichen, wie zum Beispiel bei der Kinderbetreuung, sollte auch hier das Land mit seinen Einrichtungen Vorreiter sein und dazu fordern wir Sie auf: Geben Sie uns eine Chance dazu! – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön.

Im Ältestenrat ist eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vereinbart worden. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat das Wort der Innenminister des Landes Herr Caffier. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister Lorenz Caffier: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Kollege Roolf, wenn Sie es jetzt noch nicht wissen sollten, die Frage IT-Koordination ist im Innenministerium angesiedelt

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja, klar.)

und insofern ist es auch wieder in meinem Zuständigkeitsbereich.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Das ist bei Herrn Roolf nie so wichtig. –
Zuruf von Michael Roolf, FDP)

Der vorliegende Antrag der FDP-Fraktion, der im Wesentlichen darauf hinausläuft, die Vergabebedingungen für die Mittel aus dem Konjunkturprogramm so zu verändern, dass auch der Erwerb von sogenannter Green-IT-Technologie möglich wird, ist sicherlich gut gemeint, enthält aber bei näherer Betrachtung Selbstverständlichkeiten und ist damit insgesamt gesehen nicht zielführend. Es bedarf keiner schlagwortartigen Bezeichnung wie Green IT, die insbesondere den Marketinginteressen einzelner Firmen dient. Entscheidend geht es vielmehr darum, bei der Beschaffung von IT-Produkten über deren gesamten Lebenszyklus hinweg auf eine ausgeprägte Umweltverträglichkeit – da liegen wir ja nicht auseinander – sowie Ressourcenschonung zu achten.

Hierzu ist die Herausbildung einer ganzheitlichen Strategie notwendig, die auf Nachhaltigkeit und Dauerhaftigkeit gerichtete Maßnahmen beinhaltet, eine für den ökologischen IT-Einsatz unerlässliche Prämisse wie beim Antrag der FDP, die so in der Form nach unserer Einschätzung nicht zum Tragen kommt. Erforderlich sind insbesondere die Bündelung von IT-Systemen, die Bereitstellung von zentralen Diensten und das Angebot von Onlinedienstleistungen, was aber wiederum bedingt, dass die Datennetze mit ausreichender Bandbreite zur Verfügung gestellt werden. Auch da, glaube ich, liegen wir nicht so weit auseinander.

Dies gilt nicht für die Behörden, sondern auch und gerade für die Bürger und Bürgerinnen des Landes, die verstärkt die Möglichkeiten der IT und der Nutzung von Ressourcen aus den Amtsverwaltungen mit zur Verfügung gestellt bekommen sollen. Deshalb stellt die Erhöhung der Breitbandversorgung gerade im ländlichen Raum, was die Landesregierung mit Nachdruck verfolgt, einen unmittelbaren Beitrag für mehr Ökologie und Ressourcenschonung dar. Die Landesregierung beabsichtigt daher, für die Breitbandversorgung im ländlichen Raum 2,3 Millionen Euro konjunkturwirksam entspre-

chend der Verwaltungsvereinbarung des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Durchführung des Gesetzes, zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und des Landes zur Verfügung zu stellen.

Maßnahmen, die geeignet sind, einen ökologischen Einsatz von IT-Techniken, also umwelt- und ressourcenschonende IT, zu befördern, hat die Landesregierung bereits seit längerer Zeit auf den Weg gebracht. Lassen Sie mich hierfür einige Punkte beispielhaft anführen:

Alle IT-Ausschreibungen erfolgen über die zentrale Beschaffungsstelle in der DVZ.

(Michael Roof, FDP: Oh ja, nach dem Standard '45!)

So kann zielgerichteter Einfluss auf die Beschaffung von energiesparenden und recyclebaren Produkten genommen werden. Entsprechend der Beschaffungszyklen erfolgt ein schrittweiser Austausch von all diesen Geräten.

Des Weiteren berücksichtigt die Landesregierung im Rahmen der Planung und der Neubauten für die Hochschulzentren in Rostock und Greifswald gerade die innovativen Technologien, die alle auf Umweltverträglichkeit und Ressourcenschonung ausgelegt sind. Für die gesamte Landesverwaltung wird nur ein zentrales Rechenzentrum in der DVZ mit Sicherheitsinfrastruktur und auch der notwendigen Technikausstattung, Klimatisierung et cetera vorgehalten. Beim Einbau der neuen Stromversorgung im Dezember 2008 sind ganz wesentliche neue Umwelttechnologien hier bereits eingebracht worden.

Ein weiteres Ziel der Landesregierung ist es nunmehr, schrittweise die Konsolidierung und Zentralisierung des Servicebetriebes der Behörden voranzutreiben und durch eine damit einhergehende Reduzierung der Rechensysteme eine erhebliche Energieeinsparung zu erreichen.

(Michael Roof, FDP: Reicht aber nicht.)

Hinzu kommt die Schaffung zentraler IT-Dienste für die gesamte Landesverwaltung wie Firewall, Verzeichnisdienst und Mailsdienst, wodurch künftig weniger Systeme in der Fläche benötigt und damit ebenfalls wieder Energie und Ressourcen gespart werden. Zu vergleichbaren energiepolitischen Effekten führt überdies der Ansatz der Landesregierung von zentralen sowie gemeinsam vom Land und Kommunen genutzten E-Government-basisdaten.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Aha!)

Darüber hinaus ist im Rahmen von E-Governmentaktivitäten durch die Landesregierung geplant, die Leistungsangebote der Verwaltung zu verändern. So werden zunehmend Onlinedienstleistungen für Bürger angeboten. Dies führt zur Vermeidung langer Wege und entlastet nicht nur die Bürger, sondern auch die Umwelt. Schließlich fließen nicht unerhebliche Mittel aus dem Konjunkturprogramm den Kommunen unmittelbar zu, womit auch dem angefragten Aspekt der Nutzung des Konjunkturprogramms für die zukunfts- und umweltgerechte IT-Ausstattung der Schulen Rechnung getragen werden kann, da diese Mittel den Kommunen als Schulträgern zur Verfügung stehen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch kurz auf den am 26. März 2009 in der SVZ unter der Überschrift „MV ignoriert Fördergelder“ veröffentlichten Arti-

kel eingehen. Dieser Bericht hat zu deutlichen Irritationen geführt und bedarf deshalb einer unmissverständlichen Klarstellung. Das Konjunkturprogramm II eröffnet die Möglichkeit, den Förderanteil des bereits bestehenden Programms von 60 Prozent auf 90 Prozent zu erhöhen. Im Ausschluss dessen sind einstweilen 23 weitestgehend bewilligungsreife Anträge von 32 Anträgen zurückgestellt worden, um sie so einer erfolgreichereren Förderung zuführen zu können.

Der Zweckverband Elektronische Verwaltung in Mecklenburg-Vorpommern, der die Koordination im Rahmen der Projekte innehat, geht davon aus, in der kommenden Woche die ersten neuen Förderanträge zur Bewilligung vorlegen zu können. Vor diesem Hintergrund ist auch die an der Förderungspraxis geübte Kritik bereits in der vergangenen Woche von meinem Kollegen Minister Dr. Till Backhaus mit Entschiedenheit zurückgewiesen worden.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, nach alledem kann mit Fug und Recht festgestellt werden, dass die Landesverwaltung sich auf die Herausforderung von ökologisch ausgerichteten IT-Technologien bereits eingestellt hat und hierfür die nötigen Grundlagen schafft. Es bedarf daher auch keiner Veränderungen der Vergabebedingungen aus dem Konjunkturpaket II, ganz abgesehen davon, dass damit ohnehin das Gesamtvorhaben eines ausgerichteten IT-Einsatzes bewältigt werden könnte. Vor diesem Hintergrund bitte ich Sie, dem Antrag der FDP nicht zuzustimmen, und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Dr. Zielenkiewitz. Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Dr. Gerd Zielenkiewitz, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Roof! Ich glaube, mit diesem Antrag wollten Sie heute einfach ein bisschen Farbe ins Parlament bringen. Aus der gelben Ecke bedienen Sie sich der grünen Farbe, um Rot-Schwarz zu etwas zu bewegen.

(Michael Roof, FDP: Das wird schwierig.)

Das, was Sie vorgetragen haben, dem, denke ich, kann jeder hier im Saal zustimmen. Nur, das, was Sie vorgetragen haben, ist nicht ganz oder überhaupt nicht übereinstimmend mit dem Text, den Sie uns vorgelesen haben. Es heißt dort: „Die Landesregierung wird aufgefordert, die Anschaffung und/oder Umstellung der EDV-Anlagen in den Landeseinrichtungen, Landesverwaltungen und insbesondere unseren Schul- und Hochschuleinrichtungen, auf die sogenannte ‚Green IT‘-Technologie zu ermöglichen.“

(Michael Roof, FDP: Genau so.)

„Dazu sind u. a. die Vergabebedingungen für die Mittel aus dem Konjunkturprogramm II so zu verändern, dass auch der Erwerb von ‚Green IT‘-Technologie möglich wird.“

Es gibt ja bei einer Automarke, die Sie kennen, den Slogan „Die tun was“. Sie haben diesen Slogan ein biss-

chen abgewandelt und suggerieren, die Landesregierung tut nichts.

(Michael Roof, FDP: Stimmt.)

Aber ich denke, spätestens, seit Sie die Gelegenheit hatten, dem IT-Minister hier zuzuhören, hat sich Ihre Meinung geändert.

Zum eigentlichen Text: Der Wortlaut – auch das wurde Ihnen eben gesagt – verbirgt Selbstverständlichkeiten. Solche Formulierungen wie „sogenannte“ und „unter anderem“ sind auch nicht gerade zielführend in einem Antrag. Und die falsche Annahme, dass die Landesregierung nichts tut, die immanent in diesem Antrag enthalten ist, teile ich nicht.

Aus diesen drei Gründen, weil das nicht stimmt, werden wir diesen Antrag ablehnen. Und damit Sie auch bald wieder etwas Grünes vortragen können, schlage ich Ihnen vor, im Bereich Green Building und insbesondere Green Money demnächst etwas zu machen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Griese. Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Wolfgang Griese, DIE LINKE: Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die FDP-Fraktion steht ja häufig für Deregulierungen ein, heute will sie was regulieren und ein großes Rad drehen. Es geht um Green IT, ich meine, ein hochinteressantes Thema, auch ein zeitgemäßes Thema. Ich kann Herrn Zielenkiewicz nicht ganz folgen, es so gänzlich abzulehnen. Wir müssen uns schon auch hier in diesem Hause mit dieser Geschichte befassen.

Zur Sache: Bedeutende Fortschritte bei der Steigerung der Energieeffizienz sind in der Tat neben Energieeinsparungen und der Nutzung erneuerbarer Energieträger Schlüsselemente in einer zukunftsfähigen Energiepolitik und bei der Bewältigung des Klimawandels.

(Vizepräsident Hans Kreher
übernimmt den Vorsitz.)

Effizienzsteigerung, Energiesparen und Nutzung erneuerbarer Energien müssen durchgängig in alle Wirtschafts- und Lebensbereiche Eingang finden, selbstverständlich auch im IT-Bereich. Green IT meint auch ICT, weil es auch um Kommunikation geht. Sie haben angeführt, man braucht keine großen Dienstreisen mehr zu machen, man kann TV-Meetings machen auf modernster Ebene, also Informations- und Kommunikationstechnik über deren gesamten Lebenszyklus umwelt- und ressourcenschonend gestalten, also vom Design der Systeme, der Produktion der einzelnen Komponenten,

(Michael Roof, FDP: Genau so.)

ihrer Verwendung bis zur Entsorgung beziehungsweise zum Recycling der Geräte.

(Michael Roof, FDP: Genau so.)

Ziel von GIT ist einerseits, Energie und Materialeinsatz bei der Produktion der Hardware zu reduzieren und dabei im Blick zu haben, welche Materialien mit welchen Schadstoffen und welchen Schadstoffgehalten verwen-

det wurden beziehungsweise zukünftig zu verwenden sind beziehungsweise nicht mehr zu verwenden sind. Andererseits sollen die Geräte und Systeme bei der Anwendung so wenig wie möglich Energie verbrauchen und ihre Anwendung soll zum Beispiel Emissionen reduzieren, weil dann zum Beispiel viele Dinge wie Dienstreisen und vieles andere mehr überflüssig werden.

Sie haben, Herr Roof, sicherlich fleißig bei Wikipedia recherchiert. Das Beispiel ist mir auch bekannt. Ich möchte nur mal für unser Haus eins nennen. Würden wir nur unsere Standby-Schaltungen auf null reduzieren – bei mir im Haushalt habe ich garantiert zehn davon –, könnten wir bei einer Leistung über ein Jahr gesehen garantiert zwei Einfamilienhäuser beheizen. Das ist schon eine gewaltige Geschichte und das sind keine Peanuts.

Und es ist auch aus Sicht meiner Fraktion richtig, dass der Staat Vorreiter bei der Einführung fortschrittlicher Technik und Technologien ist – das meinte ich mit Ihrer Regulierungsanimation bei dem Herrn Innenminister – beziehungsweise Anreize dafür schaffen sollte. Trotzdem, werte Frau Reese, werte noch von der FDP verbliebene Herren, zwei nur noch an der Zahl, ...

(Ralf Grabow, FDP: Nö, nö, nö, nö. –
Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Aha, Entschuldigung, drei.

... Sie müssen sich endlich mal entscheiden, auch eine solche Forderung umzusetzen. Das kostet natürlich eine Menge Geld und das hat der Innenminister hier auch schon gesagt. Wer wie Sie als Steuersenkungspartei ständig neue Steuerkürzungen fordert, muss sich dann auch fragen lassen, wie der Staat die Mittel dafür bereitstellen soll beziehungsweise aufbringen soll.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Genauso ist das.)

Nun kommen wir zum Aber, das nicht das Thema Green IT insgesamt betrifft, sondern lediglich Ihren Antrag. Das hat mein Vorredner hier auch in gleicher Weise reklamiert, ich muss das noch mal bestätigen. Sie wollen, dass es sofort losgeht mit dieser Geschichte.

(Michael Roof, FDP:
Mit dem Konjunkturpaket II.)

Mit dem Konjunkturpaket II.

(Michael Roof, FDP: Ja.)

Frau Reese wird sich sicherlich erinnern. Wir saßen beide nebeneinander, als der Staatssekretär des Finanzministeriums uns sehr deutlich erklärte, wofür das Konjunkturpaket II einzusetzen ist. Das ist ein Bundesprogramm, das vom Land und den Kreisen kofinanziert werden muss, und der Bund diktiert somit auch die Bedingungen, was hier zu machen ist. Es ist jetzt im Bundesrat zu einer unerwarteten FDP-Verstärkung gekommen. Hätten Sie da nicht darauf drängen können, die Kriterien so zu formulieren, dass Investitionen in Green IT möglich werden? Das Konjunkturpaket II ist im Wesentlichen ein Bauprogramm. Ich finde es als Baumschaff auch absolut in Ordnung, dass unsere am Boden liegende Bauwirtschaft einen Impuls dieser Art bekommt, ein Wirtschaftsbereich, der in nicht geringen Arten und Weisen gesetzlich an Energieeinsparmaßnahmen gebunden ist.

Und noch ein Aber möchte ich anmerken: Glaubwürdig wird Ihr grünes Image erst dann, wenn Sie sich von Ihrer Zustimmung zum Kohlekraftwerk verabschieden.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Auf der einen Seite hat der liebe Herr Roofl dargestellt, wie viel CO₂ eingespart werden kann durch Green IT. Auf der anderen Seite müssen wir hier aber konstatieren, dass zusätzlich ein Ausstoß von 10 Millionen Tonnen CO₂ jährlich befürwortet wird.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ich weiß ja, dass Sie eine andere Auffassung haben, das passt für meine Begriffe aber nicht zusammen.

(allgemeine Unruhe)

Ihr Antrag bringt uns nicht weiter und die Fraktion DIE LINKE muss ihn ablehnen.

Aber eines möchte ich noch bemerken: Nicht bloßes Ablehnen, es sei uns erlaubt, einen bescheidenen Hinweis zu geben. Ihr Thema ist, wie ich das eingangs sagte, wichtig, aber es braucht auch seine Zeit. Stellen Sie sich bitte vor, wir würden in unserem Hause ad hoc alle Computer und deren periphere Hardware hier abräumen

(Michael Roofl, FDP: Das sagt doch gar keiner.)

und durch neue ersetzen.

(Michael Roofl, FDP: Das sagt keiner.)

Wenn Sie gesagt hätten, Herr Roofl, Green IT für die Landesbehörden und Landeseinrichtungen ist ins Konzept 2020 aufzunehmen,

(Michael Roofl, FDP: Energie.)

könnten wir Ihnen uneingeschränkt zustimmen.

(Zuruf von Gino Leonhard, FDP)

IT-Vernetzungen müssen gründlich und für meine Begriffe langfristig vorbereitet werden. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Giese.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Waldmüller von der Fraktion der CDU.

Wolfgang Waldmüller, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, es haben viele gemacht, was ich auch gemacht habe. Ich gebe es an dieser Stelle gerne zu, ich habe erst mal nachgucken müssen, um was es wirklich geht.

(Michael Roofl, FDP: Jo.)

Das habe ich dann auch gemacht. Und insofern stellt Ihr Antrag wirklich dar, kann man sagen, Sie sind eine Kreativpartei, Sie sind innovativ, Sie haben das also tatsächlich geschafft.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion
der FDP – Gino Leonhard, FDP,
und Michael Roofl, FDP: Jawohl. –
Zuruf von Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

Und da bin ich dann auch in Wikipedia fündig geworden und seitdem weiß ich, dass man, und das lese ich jetzt ab, unter Green IT „Bestrebungen“ versteht, „die Nutzung von Informationstechnik ... über deren gesamten Lebenszyklus hinweg umwelt- und ressourcenschonend zu gestalten, also vom Design ... zur Produktion ... über deren Verwendung bis zur Entsorgung, bzw. dem Recycling der Geräte.“

(Michael Roofl, FDP: Ja.)

Das finde ich klasse und mein erster Gedanke war dann auch, da hat sich die FDP wirklich was Innovatives einfallen lassen. Gegen den Antrag kann man schlechterdings auch gar nichts haben. Das ist gut. Insofern noch mal: Die Innovation ist also tatsächlich da.

Selbstverständlich sollten auch EDV-Anlagen in den Landeseinrichtungen und Verwaltungen möglichst ressourcen- und umweltschonend hergestellt sein. Im Übrigen beschränkt sich das aus meiner Sicht nicht nur auf die Informationstechnologie in Landeseinrichtungen. Von daher betrachtet ist der vorgelegte Antrag der Fraktion der FDP wiederum recht detailversessen und ganz und gar nicht allgemeinpolitischer Natur. So weit gibt es daher auch, ich denke, überhaupt keinen Dissens in diesem Hohen Haus, diese Annahme möchte ich einfach mal äußern.

Doch, meine Damen und Herren, einen Schönheitsfleck oder einen Makel, kann man auch sagen, hat dieser Antrag dann doch. Dieser findet sich im zweiten Satz des vorgelegten Antrags und damit hört dann die Innovation des Antrags wieder auf. Dort heißt es nämlich, ich zitiere: „Dazu sind u. a. die Vergabebedingungen für die Mittel aus dem Konjunkturprogramm II so zu verändern, dass auch der Erwerb von „Green-IT“-Technologie möglich wird.“ Und genau an dieser Stelle wird das Ganze aus meiner Sicht unrund. Wie Sie alle wissen, ist die Verwaltungsvereinbarung zur Umsetzung der Mittel aus dem Konjunkturpaket II unterzeichnet und in dieser Vereinbarung steht schon in der Präambel, wozu die zusätzlichen Gelder eingesetzt werden sollen. Es wurde auch schon darauf hingewiesen. Dort heißt es, ich zitiere erneut: „Vorzugsweise sollen Investitionen mit nachhaltig haushaltsentlastender Wirkung erfolgen.“

(Michael Roofl, FDP: Genau so.)

Die Kommunen sollten im Rahmen der Auftragserteilung nach Möglichkeit hohe arbeitsplatzrelevante Wirkungen für das regionale Gewerbe sicherstellen. Weiterhin hat der Innenminister die Möglichkeit innerhalb des Konjunkturpakets ausgeführt, Green IT anzuschaffen. Es heißt ja auch Konjunkturpaket und angesichts der momentanen Krise ist es umso wichtiger, dass die Maßnahmen schnell und wirksam ergriffen werden.

Da, meine sehr verehrten Damen und Herren von der FDP-Fraktion, müssen Sie sich schon fragen lassen, ob ein stromsparender PC oder ein schnell auf Standby umschaltender neuer Kopierer diesen Anforderungen gerecht wird. Ich möchte das allerdings nicht ins Lächerliche ziehen, das möchte ich ausdrücklich betonen. Nein, ich denke vielmehr, dass der Einsatz der Green-IT-Technologie allein schon vor dem Hintergrund an Bedeutung gewinnen wird, dass Energieeffizienz auch in der öffentlichen Verwaltung ein immer wichtigeres Thema wird. Das mag an der einen oder anderen Stelle in der Tat bis zur vollständigen Umstellung noch Zeit in Anspruch nehmen. Der Innenminister hat ausführlich über die Umsetzung der Aktivitäten berichtet. Aus den genannten Gründen – es wird also bereits gehandelt – lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Waldmüller.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Borrmann von der Fraktion der NPD.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Jetzt geht die Sonne auf.)

Raimund Frank Borrmann, NPD: Herr Präsident! Abgeordnete des Landtags! Bürger des Landes! Die FDP fordert mit ihrem Antrag von der Landesregierung, ihren nachgeordneten Landeseinrichtungen, Landesverwaltungen, Schulen und Hochschuleinrichtungen, die umweltverträgliche Informationstechnologie, die sogenannte Green-IT-Technologie, zu ermöglichen. In einem zweiten Punkt möchte sie, dass Mittel aus dem Konjunkturprogramm II für den Erwerb von Geräten der sogenannten Green-IT-Technologie verwendet werden. Dies soll durch die Veränderung der Vergabebedingungen für die Mittel des Konjunkturprogramms II erfolgen.

Bei der Beschäftigung mit dem Thema und der Literatur stößt man zunächst auf zwei Schwerpunkte, erstens, den Energieeinsatz zu a) Herstellung, b) der Verwendung und c) dem Abwracken von elektronischen Geräten, und zweitens, den stofflichen Einsatz a) bei der Herstellung und b) bei der Entsorgung hinsichtlich der verwendeten Materialien und Produktionsmittel.

Die Nutzung von Informationstechnologie kann heute durchaus als umstritten gelten. Die behauptete Effizienzeinsparung ist angesichts ausufernder Bürokratie eher fraglich.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das glauben Sie doch wohl selber nicht!)

So, wie neue Straßen Verkehrsströme verstärken können, kann auch die Computertechnik dazu führen, dass Datenströme und Datenverwaltung ineffizienter, aufgeblähter und auch unsinniger werden. Hinzu kommt die gigantische Zahl von Datenmengen, die unter Umständen – Stichwort Terrorbekämpfung – gesichtet, geordnet und ausgewertet werden muss, und dafür werden neue Kapazitäten benötigt.

Auch die Energieeinsparung ist zweifelhaft. Viele Geräte verbrauchen im Bereitschaftsmodus über Jahre sehr viel Elektroenergie. Auch die Erzeugung von elektronischen Geräten und stromerzeugenden Solarzellen erfordert sehr viel Energie. Die stoffliche Bilanz ist wenig umweltfreundlich. Kaum ein Mensch weiß, dass ätzende Säuren und jede Menge Umweltgifte eingesetzt werden. Die Erzeugung von Reinräumen erfordert einen hohen technologischen Aufwand.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Dann lassen wir ihn dreckig.)

Viele Geräte sind nur auf Leistung getrimmt. Elektronikschrott zu entsorgen, ist bis heute ein heikles Thema. Die Verwendung von Schwermetallen kann die Umwelt beim Abwracken nachhaltig belasten.

Hinzu kommt, dass viele Geräte nur von kurzer Lebensdauer sind. Schon nach ein, zwei Jahren sind sie moralisch verschlissen und nur selten liegt eine Nutzungsdauer über drei bis vier Jahre. Die weltweite Nutzung elektronischer Geräte trägt zu einem Großteil dazu bei, unsere Energievorräte zu plündern. Studien zufolge ist allein die anfallende Menge an CO₂ der Informationstechnologie mit der CO₂-Menge, die durch den weltweiten Flugverkehr freigesetzt wird, zu vergleichen.

Ob die sogenannte grüne Informationstechnologie eine Chance zur Energieeffizienz ist, können wir Nationaldemokraten weder ausschließen noch bekräftigen. Einige Analysten gehen davon aus, dass bei den bisherigen

Maßnahmen der grünen Informationstechnologie keine positive Gesamtbilanz zu ziehen ist. Der Strom- und Rohstoffverbrauch steigt durch die kontinuierlich wachsende Zahl von Geräten und ihre immer exzessivere Nutzung ungebremst an, die Produktionszyklen bleiben kurz. Viele Unternehmen sind in ihrem eigenen Umfeld an energiesparenden Geräten interessiert, scheuen sich aber kaum in der Folge darum, wie energieaufwendig die Herstellung oder wie schädlich die Produktion oder die Montage derartiger Geräte sind. Im Vordergrund stehen meist ein niedriger Energieverbrauch und eine Tief schlaffunktion im Bereitschaftsmodus, die möglichst nur im Milliwattverbrauchsbereich liegt.

Es besteht die Gefahr, dass grüne Informationstechnologie zu einem anglisierten Modebegriff verkommt, der geschickt von den Vermarktern genutzt wird, um ihre Produkte aufzuhübschen und Umsätze zu erhöhen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Kritiker bemängeln, dass der Begriff durch interessierte Unternehmen beliebig gesetzt werden kann. Indiz dafür ist, dass zwar mehrere geschützte Markenrechte definiert wurden,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

deren Nutzung im System des mobilen Feudalismus eine sichere Geldrente abwirft, aber keine dazugehörigen Prüfkriterien. Es seien keine überprüfbaren Kriterien für die grünen Eigenschaften dieser Informationstechnologien definiert. Der Nutzer des Konzeptes, und hier insbesondere die FDP als ihr Wortführer, läuft Gefahr, den privaten Verkaufsstrategien der Markeninhaber auf den Leim zu gehen. Die FDP sollte vielleicht von der Landesregierung erst einmal einen ihrer beliebten Berichte abfordern, der klären könnte, welche wirtschaftlichen Verflechtungen und Interessen sich hinter der Nummer 007 389 828

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: 007?)

oder 006 892 582 und 006 732 911 beim europäischen Markenamt in Alicante verbergen, denn: Scheint die Sonne noch so schön, einmal muss sie untergehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Die Sonne
scheint ins Kellerloch, lass sie doch! –
Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende und Abgeordnete der FDP Herr Roolf. Herr Roolf, Sie haben das Wort.

Michael Roolf, FDP: Herr Präsident! Ich will noch mal versuchen, mich auf zwei, drei Wegen dem Thema zu nähern. Das grundsätzliche Problem ist, Herr Innenminister, wenn Sie sagen, Green IT ist eine Imagekampagne, dann könnten wir an dieser Stelle aufhören, denn wenn Sie als Verantwortlicher Green IT so definieren, dann sind Sie doch nicht der Innovationsminister, dann sind Sie der ewig Gestrige hier, um das mal auf den Punkt zu bringen.

(Egbert Liskow, CDU: Nee, nee, nee, nee.
So können Sie das nicht sagen. – Zurufe
von Gabriele Měšťan, DIE LINKE,
und Udo Pastörs, NPD)

Das Zweite ist, wenn sie als Minister in Ihrer Funktion als ...

Lassen Sie mich doch mal ausreden.

Wenn Sie es zumindest in Funktion des Ministers nicht hinkriegen, dann appelliere ich mal an den Christdemokraten.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Oh, jetzt wird es interessant.)

Ich nehme mal Ihren Kollegen Eckhardt Rehberg, CDU-Bundestagsabgeordneter.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Das konnte er aber gut. –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Oh, der ist gut. – Zurufe von
Gabriele Měšťan, DIE LINKE,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Eckhardt Rehberg war gestern beim Institut für Systemmanagement in Rostock – horch, horch –

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE,
und Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

und hat ...

Auch CDU-Mitglied.

... dringend gemeinsam mit den Unternehmern und dringend mit dem Institut dafür geworben, Profile der IT-Branche weiter zu schärfen. Ich empfehle Ihnen, unterhalten Sie sich mit Ihrem Kollegen Eckhardt Rehberg, der ist ein Stückchen weiter.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Das war er schon immer. –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Der
ist ganz beliebt hier, der ist ganz beliebt hier.)

Und da haben Sie dann vielleicht auch einen guten Ansprechpartner.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Der sitzt zu Recht im Bundestag.)

Dann lassen Sie uns weiter noch mal in Richtung Landesregierung gucken. Ich hatte ja gedacht, der Wirtschaftsminister steht hier. Aber der ist in Norwegen beim Angeln. Das sei ihm auch gegönnt. In seinem Ministerium haben wir heimlich recherchiert, dass er in etwa 250 Arbeitsplätze hat, ...

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Heimlich?)

Heimlich.

(Udo Pastörs, NPD: Ich dachte, das
machen nur wir, heimlich recherchieren.)

... 250 PCs. Wir haben sie durchgezählt und nummeriert.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Haben Sie ein U-Boot da, oder was?!)

Diese 250 PCs haben in etwa einen Stromverbrauch von 256 Kilowattstunden. Das sind 51.270 Euro. Mit Green IT, meine Damen und Herren, könnte nur dieses Ministerium 25.000 Euro jährlich einsparen an den Kosten des Stromverbrauchs.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Und ich glaube, da sind wir uns einig, Herr Griese, da haben Sie das einfach nur falsch verstanden. Wir wollen den Einsatz ermöglichen. Wir haben nicht davon gesprochen, dass wir von einem Tag zum anderen austauschen. Wir wollen den Einsatz ermöglichen.

Und dann sind wir auch spannenderweise beim Thema Konjunkturprogramm II, Herr Kollege Waldmüller. Wo ist er? Ist er noch da?

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Ja.)

Ja.

Dann sind wir beim Konjunkturprogramm II und das wird eine ganz spannende Frage. Sie haben wunderbar zitiert aus den Rahmenbedingungen, die für das Konjunkturprogramm II in Anwendung kommen. Wir werden als Liberale mit Begeisterung in unsere Kommunen gehen, die Kommunen motivieren, mal den Versuch zu machen, einen neuen Server, einen neuen Kopierer nach dem Standard der Green IT zu erwerben, den bei Ihnen einreichen als Maßnahme fürs Green IT, also für das Konjunkturpaket II, und es wird sehr spannend, wirklich sehr spannend, wie Sie denen das ausreden wollen, dass sie diese Umstellung in ihrer Schule, in ihrer Landesbehörde machen.

(Zurufe von Peter Ritter, DIE LINKE,
und Raimund Frank Borrmann, NPD)

Das heißt, liebe Freunde, was wir hier heute gemeinsam nicht schaffen, das werden wir vor Ort an den Schulen, bei den Verwaltungen – die Landesbehörde ist ja beratungsresistent, da brauchen wir ja nicht ranzugehen –, also dort auf der kommunalen Ebene, da werden wir dafür werben.

(Udo Pastörs, NPD: Die haben
kein Geld in den Kommunen.)

Wir machen es jetzt nicht zum Kommunalwahlprogramm, denn dann müssen wir aus dem schönen Blau/Gelb womöglich doch grüne Farben machen. Das wollen wir dann doch nicht.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Das ist
doch ein Ekel für Sie, das ist doch ein Ekel.)

Aber wir wollen, das sage ich Ihnen ganz klar und ganz deutlich, mit dazu beitragen,

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE,
und Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

dass wir ökologisch sinnvoll umgehen, mit dazu beitragen, dass wir innovativ hier im Land uns bewegen. Wir wollen auch mit dazu beitragen, dass das Profil der IT-Branche geschärft wird. Und da will ich dann auch ein Stückchen weiter gehen. Wer es schafft, die IT-Branche hier im Land zu unterstützen, Arbeitsplätze zu entwickeln, der entwickelt hochmoderne Arbeitsplätze, der entwickelt innovative Arbeitsplätze, der entwickelt Arbeitsplätze, die deutlich über dem Gehaltsniveau im Tourismusbereich liegen. Wer sich über das Gehaltsniveau der Tourismusbranche beschwert

(Udo Pastörs, NPD: Gucken Sie mal, wie die
Kreise zusammenbrechen in dem Bereich!)

und der IT-Branche die Tür zuschlägt, versündigt sich an der Zukunft des Landes. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsident Hans Kreher: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das will doch keiner, das will nicht
mal der Innenminister.)

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/2365. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Danke. Damit ist der Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/2365 bei Zustimmung der Fraktion der FDP, Enthaltung der Fraktion DIE LINKE

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Was? Ich habe dagegengestimmt.)

und einer Gegenstimme aus der Fraktion DIE LINKE, Gegenstimmen aus den Fraktionen der SPD und CDU sowie Gegenstimmen aus der Fraktion der NPD abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 34**: Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Abschiebung krimineller Ausländer.

**Antrag der Fraktion der NPD:
Abschiebung krimineller Ausländer
– Drucksache 5/2373 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Herr Pastörs von der Fraktion der NPD.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Der will wahrscheinlich Punkte
sammeln für den Parteitag. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Udo Pastörs, NPD: Sehr schön, danke schön.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Abschiebung krimineller Ausländer – ein Begehren, das wir von der NPD nicht müde werden einzufordern. Wir tun dies, weil wir in unserem Land Mecklenburg-Vorpommern, aber auch in der Bundesrepublik Deutschland mittlerweile in diesem Bereich mit Zahlen konfrontiert werden, die unabdingbar sofortiges Handeln erfordern. Unsere Gefängnisse sind überfüllt mit ausländischen Verbrechern, meine Damen und Herren. Wie hoch der Anteil der ausländischen Bevölkerung hier in Deutschland ist, weiß niemand.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Wie hoch jedoch der Anteil der Inhaftierten mit – wie man heute sagt – ausländischem Hintergrund ist, kann man sehr genau der Kriminalstatistik des Bundeskriminalamtes ebenso entnehmen wie den Berichten der hierfür zuständigen Länderbehörden.

Ich muss Sie mit ein paar Zahlen konfrontieren. Das letzte Jahr, wo man aufgrund der statistischen Methodik noch von einer realistischen Abbildung der ausländischen Tätergruppen und Einzelpersonen ausgehen kann, ist nach meiner Einschätzung das Jahr 1999. Und nun hören Sie bitte genau hin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von den Blockparteien:

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Wir sind nicht lieb.)

- Mord und Totschlag: ausländische Täterverdächtige 31,4 Prozent
- brutale Vergewaltigung: 32,5 Prozent
- Raubdelikte: 31,1 Prozent,

(Irene Müller, DIE LINKE: Und
was sind die anderen 70 Prozent?)

davon brutale Überfälle auf Spielbanken 50,7 Prozent.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Oi!)

- Urkundenfälschung: 74,5 Prozent

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Geldhinterziehung: globale NPD.)

- Einschleusen von fremdartigen Menschen in die Bundesrepublik Deutschland: 73, Entschuldigung, 78,7 Prozent

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Hören Sie bloß auf mit Ihrem Rassismus!
Denken Sie an die Landesverfassung!)

Das ist kein Rassismus, Herr Professor, das sind die Tatsachen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja, ja.)

Das ist die Realität, das ist das Ergebnis Ihres Multikultiwahns, meine Herrschaften.

(Zuruf von Karin Strenz, CDU)

Meine Damen und Herren, im Bereich Rauschgifthandel kann man mittlerweile von einer fast 70-prozentigen Dominanz der Ausländer ausgehen,

(Irene Müller, DIE LINKE: Sie können
ja nicht mal Prozente addieren.)

die mittels mafiös strukturierter Verteilungsnetze flächendeckend unsere deutsche Jugend regelrecht an die Nadel bringen.

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Alles nicht so schlimm.)

Der Vertrieb des weißen Gifts ist zum Milliardengeschäft in der Bundesrepublik Deutschland geworden. Gerade in den letzten Wochen meldete die Polizei in Hamburg die Beschlagnahme von nicht weniger als 5,5 Tonnen Marihuana, Schwarzmarktwert circa 28 Millionen Euro. Das Ganze kam in einem Container mit frischer Ananas aus Ghana.

Aber nicht nur in diesem Bereich weitet sich das kriminelle Treiben ausländischer Banden nahezu ungehindert aus. Ob Wirtschaftskriminelle oder Auftragsmörder, fast immer sind die Tätergruppen Fremde.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Aha! 30 Prozent ist fast immer.)

Wo sind wir hier eigentlich? Wenn Ausländer türkisch-arabischer Abstammung dreist ihre Füße auf die Sitzflächen in öffentlichen Verkehrsmitteln legen, heißt es, ...

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Ach, Deutsche machen das nicht?)

Hören Sie doch zu, Herr Professor!

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Deutsche machen das nicht. Ah ja, ja.)

Genießen Sie das doch mal!

... heißt es: Mund halten!

(Zurufe von Gabriele Měšťan, DIE LINKE,
und Raimund Frank Borrmann, NPD)

Wenn sie in Bussen mit ihren Gettoblastern laut sogenannte Musik hören oder Frauen belästigen: Mund halten!

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Oder Frauen schlagen wie Herr Köster.
Oder Frauen schlagen wie Köster. –
Zuruf von Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

Und was geschieht, wenn einer nicht den Mund hält
(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

und es sich bei diesem Menschen auch noch um einen
Deutschen handelt?

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja?)

Wir erinnern uns an den pensionierten Lehrer in der
Münchner U-Bahn.

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Gymnasialdirektor.)

Dieser hätte besser auch den Mund gehalten, zumindest
dann, als er bemerkte, dass es sich bei den Flegeln um
Ausländer handelte. Den südländischen Männern hat
man eben noch nicht ihren Stolz gebrochen oder das,
was sie dafür halten. Sie haben ein ausgeprägtes Ehrge-
fühl.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das verteidigen Sie jetzt wohl.)

Auf Regelverletzungen in unserem Kulturkreis lassen
sie sich daher bestenfalls nur von ihren eigenen Vätern
hinweisen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Oh ja!)

Das hätte der 76-jährige Deutsche wissen müssen, aber,
entschuldigen Sie, er war ja Lehrer,

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

also Gutmensch, und ging davon aus, dass alle
Menschen gleich sind und daher auch gleich reagieren.
Dieser bedauernswerte ältere Herr hat für seinen Irrtum
teuer bezahlt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: War Köster auch
Ausländer, als er die Frau geschlagen hat?)

Die kriminellen Ausländer haben ihm nämlich den Schä-
del eingetreten. Aber wer jetzt denkt, dass die Politik,
also die Blockparteienallianz von CDU bis Postkommun-
isten,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Post kommt öfters, Herr Pastörs.)

sich auf die Seite des Rentners gestellt hätte, der irrt
gewaltig. Keine Lichterketten, kein Betroffenheitsritual,
keine evangelischen Pfaffen,

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Es war ja nur ein Deutscher.)

die in der Kirche zu Bittgottesdiensten gegen Ausländer-
gewalt aufgerufen hätten.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Schuld, so wurde den deutschen Normalbürgern von den
Parteien und der Mediamafia einmal mehr eingeflüstert,
hätte der deutsche Staat, also die Deutschen selbst,

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

denn an uns läge es ja, dafür zu sorgen, die schlechte
Bildung der Fremden zu verbessern und für eine bessere
Integration zu sorgen und dafür natürlich auch zu bezah-
len.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: An wen? –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Hören Sie endlich auf mit Ihrem
ausländerfeindlichen Mist!)

Den Ausländern müsse eine positive Perspektive in
Deutschland geboten werden, heißt es.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Heben Sie sich
doch den Rest für morgen auf, Herr Pastörs!)

In erster Linie müssten die ausländischen Jugendlichen
mit vernünftigen Arbeitsplätzen versorgt werden, also
die ausländischen Jugendlichen in erster Linie, nicht die
deutschen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das ist doch Ihre Parteitage-rede. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Sprachunterricht auf Staatskosten gehörte für diese
Problemgruppen zur vordringlichsten Aufgabe, ließ man
vernehmen. Damit waren die Hauptschuldigen benannt
und die ausländischen Verbrecher lachten sich ins Fäust-
chen, wie man lesen konnte.

Die CDU-Gallionsfigur Ministerpräsident Koch aus
Hessen fand einmal mehr starke Worte, das war es dann
aber auch.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Aber Sie haben doch kräftig geklatscht.)

Stellvertretend für die Situation in der gesamten BRD
entlarvte Koch sich selbst, denn genau unter seiner
Regierung wurden 120 Stellen von Richtern und Staats-
anwälten abgebaut, und während seiner Regentschaft
von 1999 bis 2006 stieg nach Untersuchungen des
Kriminologen Professor Pfeiffer allein die Jugendgewalt
um über 66 Prozent, meine Damen und Herren, Auslän-
deranteil hier auch schwindelerregend hoch. Lesen Sie
die Studie, ist wirklich zu empfehlen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Sagen Sie mal die Zahl, Herr Pastörs!)

Und nun,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Sagen Sie mal die Zahl!)

meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sagen Sie
doch mal die Zahl, Herr Pastörs!)

möchte ich Ihnen einmal ein paar Vorschläge

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion
DIE LINKE – Peter Ritter, DIE LINKE:
Die verschweigen Sie vornehm.)

aus den Reihen der CDU/CSU zur Bekämpfung beson-
ders der Jugendkriminalität vorstellen:

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

harte Strafen, Verschärfung des Jugendstrafrechts,
Senkung des Strafmündigkeitsalters, sogenannte Warn-
schussarreste, sogenannte Abenteuer-camps in der
ganzen Welt, schnelle Bearbeitung der Strafverfahren.

Die NPD sagt hierzu: Über das eine oder andere lässt
sich sicherlich reden, aber der beste Schutz der deut-
schen Bevölkerung vor fremden kriminellen Elementen
ist erstens, sie erst gar nicht ins Land zu lassen, das
heißt verschärfte Kontrollen an unseren deutschen
Außengrenzen – das Schengener Abkommen ist daher

geradezu eine Einladung für das kriminelle Gesindel aus der ganzen Welt,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Welche deutsche Grenze darfs denn sein, Herr Pastörs? – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

sich in Europa frei bewegen zu können –,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Welche deutsche Grenze darfs denn sein? – Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE, und Ilka Lochner-Borst, CDU)

zweitens, kriminelle Ausländer unmittelbar nach rechtsstaatlicher Verurteilung konsequent dorthin abzuschieben, wo sie hingehören, nämlich dahin, wo sie herkommen.

(Zuruf von Wolfgang Griesse, DIE LINKE)

Das Ganze verbunden

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sie können auch ruhig dahin gehen, wo Sie herkamen.)

mit einem 20-jährigen Wiedereinreiseverbot.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Selbst da ist er nicht gewollt.)

Wir schlagen daher vor, unverzüglich eine Bundesinitiative mit dem Ziel zu ergreifen, den Paragraphen 53 des Gesetzes über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet, also des Aufenthaltsgesetzes, so abzuändern, dass zukünftig die Ausweisung von straffällig gewordenen Ausländern bereits dann zwingend erfolgen muss, wenn diese rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr verurteilt worden sind und diese Strafe nicht zur Bewährung ausgesetzt worden ist. Es muss Schluss sein mit dem Resozialisierungswahn, den wir nun schon über 20 Jahre betreiben.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Besser standrechtlich erschießen, oder was?!)

Dieser Wildwuchs mit Abenteuerurlauben in Kenia, Australien oder Kanada bewirkt genau das Gegenteil dessen, was – jedenfalls offiziell – beabsichtigt wird, nämlich zukünftig ein straffreies Leben zu führen. Schauen Sie auf die Rückfallquote, die spricht Bände. Ich bin sicher, es wird Ihnen genauso leicht fallen wie meiner Fraktion, diesem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Meine Damen und Herren, im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Das Wort hat zunächst der Abgeordnete Herr Leonhard von der Fraktion der FDP.

Gino Leonhard, FDP: Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Zwei Dinge vorab: Zum einen, diesen hier heute vorliegenden Antrag braucht kein Mensch,

(Udo Pastörs, NPD: Fragen Sie die Opfer!)

und zum Zweiten ist er nicht einmal das Papier wert, auf dem er hier steht.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Aber, Kollege Methling, da will ich Ihnen beipflichten, vielleicht soll dieser Antrag nur zur Besänftigung der NPD-Szene dienen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja, sicher. Das verbreitet er auf dem Parteitag morgen.)

denn man scheint ja in der Kameradschaftsszene nicht besonders zufrieden zu sein mit dem – Zitat – „Gemurkse“, das Pastörs & Co hier abliefern.

(Michael Roolf, FDP: Ja. Das sind Weicheier, sind das hier.)

Vielleicht soll dieser Antrag ja auch NPD-intern

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und dann haben sie auch noch Geld veruntreut.)

die Bewährungschancen von Herrn Pastörs auf den Parteivorsitz erhöhen, meine Damen und Herren.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Glasklar. – Peter Ritter, DIE LINKE: Eher nicht. Eher nicht. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Der Antrag an sich

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

kommt auf den ersten Blick vergleichsweise völlig unscheinbar daher. Es soll, so könnte man meinen – ja, wir setzen uns ja trotz alledem inhaltlich damit auseinander –,

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Wirklich? – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

so könnte man meinen, bei den Ausweisungsvoraussetzungen von rechtskräftig verurteilten ausländischen Menschen lediglich eine kleine Änderung vorgenommen werden. Aber genau das, meine Damen und Herren, ist eben nicht der Fall. Dieser Antrag der NPD stellt das differenzierte System des Ausländerrechts und hier im Speziellen des Rechts der Ausweisung infrage.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Das schützt uns aber nicht. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und, werte Kolleginnen und Kollegen, aus guten Gründen folgt das Ausweisungsrecht hinsichtlich der Ausweisungsgründe dem Prinzip der Differenzierung.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Weil Herr Pastörs ein Guttmensch ist, deswegen. – Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Ha, ha! – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Aber davon will man offensichtlich in der NPD-Fraktion ganz offensichtlich nichts wissen.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Warum auch?)

Der hier in Rede stehende Paragraph 53 des Aufenthaltsgesetzes betrifft die sogenannte zwingende Ausweisung.

(Udo Pastörs, NPD: Richtig.)

Nach dieser Vorschrift wird bei Vorliegen der Voraussetzung, zum Beispiel bei einer rechtskräftigen Verurteilung eines Ausländers zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe von mindestens drei Jahren, der Betreffende ausgewiesen. Ein Ausländer, meine Damen und Herren, ist also bei Vorliegen des Ausweisungsgrundes auszu-

weisen. Das Gesetz geht also unwiderleglich davon aus, dass die Ausweisung geboten und verhältnismäßig ist, um Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung entgegenzuwirken.

(Udo Pastörs, NPD: Das wird ja nicht gemacht. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Denn, meine Damen und Herren, die Ausweisung soll künftige Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung oder Beeinträchtigungen sonstiger erheblicher Belange der Bundesrepublik Deutschland verhindern.

Und, meine Damen und Herren, auch wenn man bei seriöser Betrachtung über die Ausweisungszwecke der sogenannten zwingenden Ausweisung diskutieren könnte,

(Udo Pastörs, NPD: Das wollen Sie ja nicht.)

Der Antrag der NPD-Landtagsfraktion soll einzig und allein den Stammtisch bedienen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Die selbsternannten Law-and-Order-Kameraden

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Wer soll euch denn sonst wählen, wenn nicht die Bürger des Landes?)

stellen das Rechtsinstitut der Ausweisung völlig infrage. Und dabei unterstellen sie übrigens auch den betreffenden und betroffenen Behörden,

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Ja.)

sie würden das geltende Recht nicht anwenden. Wie anders ist die Forderung der NPD nach einer konsequenteren Anwendung des Aufenthaltsrechts zu verstehen?

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Meine Damen und Herren, anders als die Kameraden der Fensterfront es wirklich wahrhaben wollen, ist die Integration von ausländischen Menschen in die wirtschaftlichen, in die sozialen und in die kulturellen Lebensverhältnisse der Bundesrepublik ein gesamtpolitisches Ziel.

(Michael Andrejewski, NPD: Ja, von Ihnen vielleicht.)

Integration lässt sich aber nicht alleine mit aufenthaltsrechtlichen Mitteln erreichen, Integrationsfähigkeit und -bereitschaft auf allen Seiten ist dafür eine zwingende Voraussetzung. Und an diesen,

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

und an diesen Maßstäben, meine Damen und Herren, sollten wir nicht rütteln.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das Thema Ausländerrecht ist viel zu wichtig – viel zu wichtig –, als dass man es den braunen Kameraden mit ihren Stammtischparolen überlassen sollte.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Und ich freue mich daher, für die Kolleginnen der SPD, der CDU, der LINKEN und insbesondere auch für meine Fraktion anzukündigen, dass wir Ihren Antrag ablehnen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Leonhard.

Das Wort hat jetzt noch einmal der Fraktionsvorsitzende und Abgeordnete der NPD Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Ja, Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Was soll ich sagen, Herr Leonhard,

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Nichts, schweigen. – Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

das übliche, ...

(Zuruf von Minister Henry Tesch)

Den Gefallen kann ich Ihnen ja auch nicht tun. Das ist doch ganz klar.

... Herr Leonhard, das übliche, wie soll ich sagen, pseudophilanthropische Geschwätz von Ihnen ist für uns eventuell genauso unerträglich, wie ich Ihnen ja zustehe,

(Irene Müller, DIE LINKE: Na, dann bleiben Sie doch zu Hause!)

dass das, was ich sage, für Sie unerträglich ist.

(Michael Andrejewski, NPD: Das ist Bürgerrecht.)

Aber Sie müssen das nun mal aushalten in einer Demokratie,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja.)

die sich ja oft wie eine Demokatur gebärdet.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Raimund Frank Borrmann, NPD: Ja. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Die NPD, haben wir ja wieder von Ihnen gehört, ist ausländerfeindlich,

(Michael Rooff, FDP: Ja.)

die NPD will provozieren und so weiter, das kennen wir ja.

(Irene Müller, DIE LINKE: Zutiefst ausländerfeindlich.)

Wenn man Ihnen diese Schallplatte abnehmen würde, dann bleibt da nicht mehr viel Kritik an unseren Forderungen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Die NPD ist menschenfeindlich, Herr Pastörs. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Aber Gott sei Dank funktioniert die Platte ja einstweilen noch.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Wir machen – und ich möchte das hier noch mal ganz klar sagen –, wir machen jedoch den sogenannten Demokraten in diesem Hohen Hause den Vorschlag, bei den Anträgen der anderen Fraktionen ebenso zu verfahren, denn in diesem Theater der Machtlosigkeit kommt es auf 20 oder 30 Minuten mehr oder weniger Blabla überhaupt gar nicht an.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Ja.)

Jedenfalls, im Ergebnis steht ...

Vizepräsident Hans Kreher: Herr Abgeordneter, ich weise Sie noch mal darauf hin, dass diese Rede hier im Hause ...

(Vizepräsident Hans Kreher spricht bei abgeschaltetem Mikrofon weiter.)

Udo Pastörs, NPD: Ich höre Sie nicht mehr, Herr Präsident. Sie machen da irgendeinen Fehler mit den Knöpfen.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Sie müssen erst mal die Technik bedienen können, Herr Vizepräsident.)

Die Technik mal vielleicht Leergang, dann klappt das.

Vizepräsident Hans Kreher: Sie haben jetzt das Wort.

Udo Pastörs, NPD: Danke schön. Jetzt funktioniert's.

Also: Jedenfalls im Ergebnis steht, ganz gleich, wie lange geredet wird, für die Menschen im Lande immer eine Null.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Die größte Null steht gerade am Mikrofon.)

Aber zurück zu Ihren geliebten kriminellen Ausländern.

(Irene Müller, DIE LINKE: Bei uns steht jetzt eine braune Null.)

Es ist verständlich, dass die besser verdienenden Schichten in diesem Parteienstaat komfortabel dem Multikultiwahn das Wort reden können.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Denn sie sind es ja nicht, die in Konkurrenz treten müssen mit dem Fremdling um Arbeitsplätze, um Wohnraum und um Sozialleistungen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Wovon reden Sie denn bei den paar Leuten, die hier im Lande sind?)

Das sind die bei uns zu kurz gekommenen Deutschen, die Sie in Hartz IV gezwungen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Wie weit sind Sie weg von der Realität?)

Es ist schon ein Unterschied,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Was reden Sie für'n Quatsch? – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

es ist schon ein Unterschied, meine sehr verehrten Damen und Herren dieses Hauses,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

ob die Genossin Bretschneider in einem exklusiven italienischen Lokal in Hamburg zu Abend isst oder mitten in Kreuzberg in einer Mietskaserne von Türken, Albanern und Negern umgeben ihr Dasein fristet.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Das eine wird sicherlich als angenehm empfunden. Und das andere, meine Damen und Herren?

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Wir werden prüfen, was Ihr Rassismus hier bedeutet.)

Fragen Sie einmal deutsche Menschen, liebe Genossen und Genossinnen, die mitten in einem total überfremdeten Stadtteil unseres Landes ihr tägliches Leben gestalten müssen,

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

keine Arbeit haben, ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Langsam wird es Parteitagsform, Herr Pastörs. Machen Sie mal ein bisschen schneller. Langsam wird es Parteitagsform. – Glocke des Vizepräsidenten)

keine Arbeit haben ...

So geht's doch viel besser.

... und gezwungen sind, ihre Kinder in diesem Viertel in die Schule zu schicken. Ausländeranteil nicht selten 60 Prozent, babylonisches Sprachgewirr in den Klassen,

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Messerstechereien, Raub, Erpressung, Nötigung ist doch der tägliche Alltag.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Die meist aggressiven Ausländerbanden haben regelrecht ganze Stadtteile von Deutschen gesäubert, meine Damen und Herren. Das wollen wir nicht. Kriminelle Ausländer raus aus Deutschland!

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Nein, Sie wollen von Ausländern säubern.)

Diese Forderung, diese Forderung ist dringender denn je.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Das Geld wird knapp, und wir sollten bestrebt sein,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Das ist doch das Parteitagsmanuskript.)

die noch zur Verfügung stehenden Mittel nicht für die Alimentierung krimineller Ausländer zu verschwenden. Es ist eben eine Tatsache, dass nicht die qualifizierten Ausländer nach Deutschland kommen, sondern in erster Linie die Fremden, die direkt ins soziale Netz einwandern.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Die qualifizierten sind keine Fremden, nee? – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Sie erinnern sich ja noch an den lächerlichen Versuch, mittels Green Card qualifiziertes Fachpersonal aus Indien zu locken, den Indern sozusagen ihre Elite abspenstig zu machen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Gott sei Dank kamen nur wenige. Und dann kam die EU-Blue-Card. Der italienische Politiker Frattini, der sich dies ausdachte, muss wohl blau gewesen sein, als er auf den Gedanken kam, mittels dieser Masche Fachleute aus der ganzen Welt ausgerechnet nach Europa hineinzuschleusen. Nein, diese Lachnummer haben wir ja erfreulicherweise abgehakt.

Der von den Linken nominierte Ex-Kurfürst von Rastatt, wie man ihn doch nennt, für das Amt des Saarbrücker Regionalverbandsdirektors, Eckhard Walker, äußerte

sich zu dem Problem einmal wie folgt. Jetzt hören Sie gut zu, Herr Ritter!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich kenne das Zitat. Ich kenne das Zitat.)

Zitat: „Die Bewohner“ des Rastatter Asylheims „sollen sich an die Gepflogenheiten des Gastlandes halten“, ansonsten sollten sie „in den Kongo“ zurückgehen,

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

„wo sie ums Feuer tanzen können, bis sie schwarz werden, was sie aber“ ja leider „schon sind.“ Zitatende.

(Peter Ritter, DIE LINKE:

Solche Meinungen werden bei uns nicht toleriert, Herr Pastörs. Da können Sie sicher sein.)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Zurufe von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE, und Raimund Frank Borrmann, NPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/2373. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/2373 bei Zustimmung der Fraktion der NPD, aber Ablehnung aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 35:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Europäische Bürgerinitiative einführen, Drucksache 5/2384.

Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Europäische Bürgerinitiative einführen
– Drucksache 5/2384 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Borchardt von der Fraktion DIE LINKE.

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist sicherlich schwierig für die demokratischen Fraktionen, nach dieser Debatte zur Sachlichkeit zurückzukommen.

Aber ein Wort zu Ihnen, meine Herren von der NPD: Mit Ihrer Rede, mit diesen Anträgen, die Sie hier stellen – diesen volksverhetzenden und auch menschenverachtenden, wenn man Menschen als Gesindel bezeichnet –, beweisen Sie zunächst wieder, dass es richtig ist,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ihre Anträge konsequent abzulehnen, und zwar alle Anträge.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Wer Menschen in erster, zweiter und dritter Klasse einstuft, der nimmt sich eigentlich das Recht,

(Michael Andrejewski, NPD:
Das machen Sie doch in erster Linie.)

überhaupt für soziale Rechte hier in irgendeiner Weise in die Bütt zu gehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Bürgernähe gesucht“ – unter diesem Motto hat die EU-Kommission in einem Weißbuch „darüber nachgedacht, wie sich mit einer besseren Kommunikation mehr Bürgerengagement ... stimulieren lässt. So soll“, so der damalige Anspruch, „der unübersehbaren Krise der EU begegnet werden.“ Eigens dafür lud die Europäische Kommission rund 300 Vertreterinnen und Vertreter der europäischen Zivilgesellschaft zu einer großen Diskussion ein. An Vorschlägen fehlte es in Bezug auf mehr Dialog und Transparenz nicht. Unter anderem kam auch der Vorschlag mit dem Stichwort: mehr Macht den Bürgern. Viele hofften, dass diese Konferenz nicht nur ein Feigenblatt war.

Und wie ist die Situation heute? Wenn wir uns im Landtag mit Richtlinien und Verordnungen der Europäischen Union befassen, dann haben diese immer ihren Ursprung in Vorschlägen der Kommission. Dort liegt bekanntlich das alleinige Initiativrecht. Und nur der Rat oder das Europäische Parlament können die Kommission auffordern, bestimmte Rechtsakte auf den Weg zu bringen.

Die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union können das nicht. Eine Volksgesetzgebung, wie wir sie etwa in Deutschland, zwar nicht auf Bundesebene, aber immerhin auf Landesebene kennen, ist der EU fremd. Die fehlende direkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger auf europäischer Ebene könnte nun endlich geschlossen werden, denn nach dem EU-Vertrag in der Fassung des Vertrages von Lissabon Artikel 11 Absatz 4 können „Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, deren Anzahl mindestens eine Million betragen und bei denen es sich um Staatsangehörige einer erheblichen Anzahl von Mitgliedstaaten handeln muss, ... die Initiative ergreifen und die ... Kommission auffordern, im Rahmen ihrer Befugnisse geeignete Vorschläge zu Themen zu unterbreiten, zu denen es nach Ansicht jener Bürgerinnen und Bürger eines Rechtsakts der Union bedarf, um die Verträge umzusetzen“.

Mit diesem Aufforderungsrecht erhielten die EU-Bürgerinnen und -Bürger erstmalig die Möglichkeit, quasi auf der Stufe mit dem Rat und dem Europäischen Parlament stehend, sich direkt mit Begehren an die Kommission zu wenden und damit unmittelbar in den europäischen Rechtssetzungsprozess eingebunden zu werden.

Meine Damen und Herren, wir sollten uns in diesem Zusammenhang auch vor Augen halten, dass die Politik in der Europäischen Gemeinschaft von Anfang an allein von den Regierungen der Mitgliedsstaaten maßgeblich bestimmt wurde. Die Bürgerinnen und Bürger blieben nur in der Rolle des Zuschauers. Selbst die Abgeordneten des Europäischen Parlaments konnten erst 1979 erstmalig direkt vom Volk gewählt werden. Und schaut man sich den gescheiterten Ratifizierungsprozess vom Verfassungsvertrag, also auch den aktuellen Ratifizierungsprozess zum Vertrag von Lissabon an, dann wird, denke ich, deutlich, dass der europäische Einigungsprozess, den alle demokratischen Fraktionen im Landtag ausdrücklich unterstützen, ohne die direkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an seine Grenzen stößt.

Meine Damen und Herren, die LINKE teilt auch hier daher ausdrücklich die wesentliche Feststellung des federführenden Ausschusses für konstitutionelle Fragen, die wir im ersten Punkt unseres Antrages formuliert haben. Und um scheinbar nahe liegenden Einwänden gleich zuvorzukommen: Wir bleiben trotz Zustimmung zur europäischen Bürgerinitiative bei unserer ablehnenden Haltung zum Vertrag von Lissabon.

(Detlef Müller, SPD: Aber das passt doch nicht zusammen.)

Die Gründe der Ablehnung wie etwa die nicht hinreichende demokratische Legitimation aufgrund fehlender Volksabstimmung zum Vertrag in allen Mitgliedsstaaten bleiben nach wie vor bestehen. Insofern ist es aus unserer Sicht auch konsequent, für die Stärkung der direkten Demokratie einzutreten und auf eine schnellstmögliche Umsetzung zu drängen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Sehr richtig.)

Und sollte der Vertrag von Lissabon nicht in Kraft treten, etwa weil er durch das Bundesverfassungsgericht oder auch durch die ausstehende Volksabstimmung in Irland kassiert wird, dann darf es kein Aus für die europäische Bürgerinitiative bedeuten. Alle Entscheidungsträger sind unserer Auffassung nach angehalten, sich für eine unmittelbare Beteiligung der EU-Bürgerinnen und -Bürger einzusetzen. Neben der vertraglichen Vereinbarung, die zurzeit im Vertrag von Lissabon getroffen wurde, muss daher vor allem auf eine schnellstmögliche Umsetzung hingearbeitet werden.

Meine Damen und Herren, die notwendige Umsetzung erscheint allerdings derzeit fraglich. Im Vertrag steht, dass die Bestimmungen über Verfahren und Bedingungen zum Europäischen Parlament vom Europäischen Parlament und vom Rat durch Verordnung festgelegt werden. Geplant war, dass das Europäische Parlament trotz des ungewissen Ausgangs des Ratifizierungsprozesses vom Vertrag von Lissabon den Erlass dieser Verordnung noch vor Ablauf dieser Legislaturperiode vorbereitet.

Hierzu hat der federführende Ausschuss für konstitutionelle Fragen eine Entschließung vorbereitet. Wir haben das Dokument in der Antragsbegründung aufgeführt. Doch diese Aufforderung an die Kommission zur Unterbreitung eines Vorschlages für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Umsetzung der Bürgerinitiative ist leider nach wie vor vom Europäischen Parlament nicht verabschiedet worden. Die ursprünglich geplante Beratung im Europäischen Parlament am 9. März 2009 wurde verschoben. Insbesondere vor diesem Hintergrund halten wir es für geboten, dass sich der Landtag klar positioniert und damit seine Unterstützung für das Wirksamwerden einer europäischen Bürgerinitiative deutlich zum Ausdruck bringt, daher auch die Beschlusspunkte 2 und 3 in unserem Antrag.

Meine Damen und Herren, von daher reicht es meiner Auffassung nach auch nicht aus, erst einmal die Entscheidung des Europäischen Parlaments abzuwarten, denn wenn wir über Europafähigkeit und direkte Demokratie reden oder auch darüber reden, die EU den Bürgerinnen und Bürgern näherzubringen, dann drängt es sich geradezu auf, gerade heute und damit frühzeitig ein Zeichen zu setzen und die Einführung der europäischen Bürgerinitiative aktiv zu unterstützen.

Ich denke, der heutige Beschluss wäre auch ein gutes Beispiel für gelebte Europafähigkeit des Landtages. Bringen wir uns also aktiv in die Debatte ein und setzen wir uns dafür ein, dass das schon seit Langem diskutierte Demokratiedefizit in der EU zumindest durch die Einführung der europäischen Bürgerinitiative ein Stück weit beseitigt wird. Ich hoffe auf eine konstruktive Diskussion. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Borchardt.

Meine Damen und Herren, im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Abgeordnete Herr Müller von der SPD.

Detlef Müller, SPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Liebe Frau Kollegin Borchardt! Als ich das erste Mal Ihren Antrag gelesen habe,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Warst du begeistert.)

da war ich begeistert und es gingen mir zwei Dinge durch den Kopf.

(Wolfgang Gries, DIE LINKE:
Erstens zustimmen, zweitens loben. –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Die Rede beginnt ja gut.)

Erstens habe ich mir ein bisschen Sorgen gemacht und zweitens habe ich dann doch wieder so ein bisschen Hoffnung gehabt.

(Zuruf von Andreas Bluhm, DIE LINKE)

Ja, Herr Kollege Bluhm, schauen wir mal.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Was die Sorgen betrifft: Also insofern habe ich mir Sorgen gemacht, meine sehr verehrten Damen, meine Herren der Linksfraktion, ich habe so ein bisschen den Eindruck, als hätten Sie eine Portugalallergie.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Woran machen Sie denn das fest?)

Und was die Hoffnung betrifft, da habe ich so gedacht, es ist aber durchaus eine Besserung zu erkennen.

Lassen Sie mich was zur Portugalallergie sagen. Ich glaube, sie geht sogar so weit, dass der Name der portugiesischen Hauptstadt Ihnen schon so manches Unbehagen bereitet, dass er Ihnen irgendwie nicht so richtig über die Lippen geht.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Also wir waren mal mit dem Ausschuss da.
Es war herrlich da. Waren Sie nicht mit? –
Zuruf von Andreas Bluhm, DIE LINKE)

Ja, aber in eurem Antrag und in Ihrem Antrag taucht das Wort „Lissabon“ erst als letztes Wort auf, und, meine sehr verehrten Damen, meine Herren, ich denke, das ist nicht der richtige Ansatz, denn in Ihrem Antrag hätte der Vertrag von Lissabon,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Gibt es da eine Vorschrift, wann das kommen muss? –
Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Andreas Bluhm, DIE LINKE)

hätte der Vertrag von Lissabon zunächst an den Anfang Ihres Antrags gestellt werden sollen, denn der Vertrag von Lissabon garantiert ja die Einführung einer europäischen Bürgerinitiative.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Nee, die garantiert er eben nicht.)

Insofern will ich das noch mal sagen: Es ist der Vertrag von Lissabon, der die Einführung der europäischen Bürgerinitiative vorsieht, und nicht, Frau Kollegin Borchardt, irgendein Beschluss eines Ausschusses des Europäischen Parlaments.

(Zuruf von Norbert Baunach, SPD)

Ich glaube, da haben Sie etwas verwechselt. Sie verwechseln die Berichterstattung über ein Ereignis mit dem Ereignis selbst. Das ist ungefähr so, als wenn Sie statt des WM-Fußballspiels den anschließenden Kommentar eines DFB-Funktionärs bejubeln würden,

(Norbert Baunach, SPD: Oh, oh!)

also ein klarer Fall einer Verwechslung, vielleicht eine Folge Ihrer Portugalallergie. Wir von der Koalition bevorzugen das Original, nämlich den Vertrag von Lissabon und nicht den Kommentar des Ausschussberichtes aus dem Europäischen Parlament.

Und der zweite Gedanke war ja der der Hoffnung, meine sehr verehrten Damen, meine Herren, und darum lassen Sie mich auch zur Hoffnung etwas sagen. Ich glaube, was die Hoffnung betrifft, die ich habe, zeigt sich, dass Sie schon auf dem richtigen Weg sind, denn Sie fangen ja schon an, die eine oder andere Rosine, und in diesem Fall ist es die Rosine der Europäischen Bürgerinitiative, sich herauszupicken.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Warum soll man nicht das Gute umsetzen
lassen? – Irene Müller, DIE LINKE:
Wir machen immer das Gute.)

Wollen mal sehen, was als Nächstes kommt.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Wir picken
die Rosinen raus. Sie suchen die nicht mal.)

Doch, doch.

Doch, meine sehr verehrten Damen, meine Herren, eines sollten wir uns doch noch mal vor Augen führen: Der Vertrag von Lissabon stellt ein Gesamtpaket dar. Er ist ein Kompromiss, der die Interessen aller EU-Mitgliedsstaaten miteinander in Einklang zu bringen versucht. Er ist ein in vielen langen Verhandlungen erarbeiteter Kompromiss, was nicht zuletzt ein Verdienst – da muss ich jetzt mal ein bisschen Werbung für unseren Bundesaußenminister machen –, von Frank-Walter Steinmeier ist.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Ja, der ist überhaupt ganz stark. –
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Also, meine Damen, Rosinen rauspicken, meine Herren, ist einfach nicht. Das würde bedeuten, wir machen das Paket noch mal wieder auf. Und das, glaube ich, kann keiner im Ernst wollen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Wir werden
aber nicht das ganze Negative schlucken.)

Ich will das auch noch mal so ein bisschen untermauern mit zwei Zitaten, die ich Ihnen hier gerne dazu vortragen möchte. Das erste Zitat, ich zitiere: „In diesem Sinne wird die Landesregierung aufgefordert: ... sich für die Fortsetzung des EU-Verfassungsprozesses und insbesondere die baldmögliche Umsetzung der im Vertragsentwurf ... vorgesehenen Fortschritte, vor allem in den Bereichen Subsidiarität, Transparenz und Bürgernähe“ – ich betone: Bürgernähe –, „einzusetzen.“ Ende des Zitats.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, dieses Zitat stammt aus dem vor gut zwei Jahren hier eingebrachten Antrag der Koalition. Wir haben das damals im Zusammenhang mit der EU-Ratspräsidentschaft Ihnen hier vorgestellt und haben das dann auch hier verabschiedet.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ja, ja,
das müssen Sie schon mal vormerken.)

Leider hat damals auch die Fraktion der Linkspartei dem nicht zugestimmt,

(Irene Müller, DIE LINKE: Eben. Weil wir
uns nicht die Rosinen rausgepickt haben.)

aber wir haben uns damals halt schon dafür ausgesprochen, dass die europäische Bürgerinitiative hier auch Berücksichtigung findet, denn nicht erst im Vertrag von Lissabon, sondern sogar bereits im Verfassungsentwurf war das enthalten.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Frau Kollegin Borchardt hat ja darauf hingewiesen.

Und ein zweites Zitat, auch das möchte ich Ihnen hier noch mal vortragen, ich zitiere: „Wir wollen den Irrtümern, Legenden und Mythen zu diesem Vertrag durch Tatsachen den Boden entziehen und mithelfen, die Gespensterdebatte über die Europäische Union zu beenden. Entscheidend ist nicht, was es alles an Verdächtigungen und Verfälschungen gibt, vielmehr zählen die tatsächlichen Inhalte dieses Vertrages.“ Zitatende. Drei-mal dürfen Sie raten, von wem dieses Zitat sein könnte.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Frau Kollegin Borchardt, völlig richtig:

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ich lese alles. –
Zurufe von Norbert Baunach, SPD, und
Irene Müller, DIE LINKE)

Ihre Kollegin Sylvia-Ivonne Kaufmann.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Sie ist auch für Bürgerinitiativen. –
Irene Müller, DIE LINKE:
Ja, damit hat sie ja recht.)

In ihrem Buch „Die EU und ihre Verfassung“ hat sie das so aufgeschrieben. Ich glaube, damit ist sie auch auf unsere Dinge, die wir hier immer so vorantreiben, sehr gut eingegangen.

Insofern, meine sehr verehrten Damen und Herren, glaube ich, gibt es einfach keine Alternative zum Vertrag von Lissabon. Ich kann Sie nur auffordern und Sie noch mal bitten, nicht die Rosinen rauszusuchen, sondern dem Vertrag insgesamt zuzustimmen. In diesem Sinne bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit. Wir werden Ihren Antrag ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Oh, das ist ja enttäuschend.)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Müller.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Leonhard von der Fraktion der FDP.

Gino Leonhard, FDP: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor circa zwei Wochen hat meine Fraktion eine Informationsreise nach Brüssel unternommen und verschiedene europäische Institutionen besucht.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Mit 18 Leuten.)

Dabei haben wir die Gelegenheit genutzt, Themen mit ...

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Den Landesvorstand gleich mitgenommen.)

Wen haben wir mitgenommen, Herr Kollege Methling?

(Dr. Till Backhaus, SPD:
Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.)

Ja, denn wir sind erst seit zweieinhalb Jahren hier.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Ich finde das ja gut.)

Gut, dann nehme ich das so auf.

(Zuruf von Ralf Grabow, FDP)

Wir waren auch in der Landesvertretung. Ich könnte jetzt auch alle aufzählen, aber das spare ich mir, denn so viel Redezeit habe ich leider nicht.

(Dr. Till Backhaus, SPD:
Das habe ich ja gesagt, mit 18 Mann.)

Wir haben die Gelegenheit sozusagen genutzt, Themen mit landesspezifischem Bezug auf europäischer Ebene in Brüssel diskutieren zu können. So eine Reise festigt dann auch die Erkenntnis, dass ein großer Teil der Politik, meine Damen und Herren, die uns unmittelbar betrifft, auf europäischer Ebene gestaltet wird. Darüber mag man jammern oder man mag schimpfen, wir Liberalen sehen es jedoch als Chance und begleiten diesen Prozess aktiv. Das Anliegen der Fraktion DIE LINKE, sich mit dem hier vorliegenden Thema direkte Demokratie zu beschäftigen, ist grundsätzlich zu begrüßen, auch begrüßenswert durch die FDP-Fraktion, insbesondere auch wegen der bevorstehenden Europawahl. Dass es allerdings die LINKE ist, die diesen Antrag stellt, das beweist doch zumindest ein klein wenig Scheinheiligkeit, könnte man vermuten, denn, meine Damen und Herren,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sie liegen natürlich völlig falsch, Herr Leonhard. –
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

denn, meine Damen und Herren, der Vertrag von Lissabon sei nicht zukunftsfähig. Wer das gesagt hat, ist auch hier schon andiskutiert worden. Das hat der Parteivorsitzende der LINKEN und Vorsitzende der europäischen LINKEN Lothar Bisky zum Lissabonner Vertrag geäußert.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Deshalb kann es trotzdem Einzelheiten geben, die noch in Ordnung sind. Die gibt es auch. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und obwohl Sie den Lissabonner Vertrag ablehnen, ziehen Sie sich nun einen einzelnen Punkt aus diesem heraus und versuchen damit zu punkten. Man könnte auch sagen: die guten Rosinen herauspicken.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Wenn Sie den Vertrag von Lissabon ablehnen – und das tun Sie –, dann lehnen Sie auch die darin enthaltene Bürgerinitiative ab. Und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollten zumindest die Menschen in unserem Land auch wissen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Oh Gott, oh Gott, was Sie da erzählen!)

Der Anwalt für das legitime Ziel, Europa den Menschen näherzubringen, sind Sie jedenfalls nicht.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das ist ja Unsinn, was Sie erzählen. –
Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Und damit kein Irrtum entsteht: Die FDP steht für den Vertrag von Lissabon und damit auch für weitere Fortschritte in Hinblick auf Transparenz und mehr Bürgerbeteiligung.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Für alles, was da drinsteht.)

Europa, meine Damen und Herren, Europa muss den Menschen auch weiterhin nähergebracht werden. Es darf nicht als etwas Abstraktes abgetan werden. Europa geht jeden etwas an, Europa betrifft jeden von uns. Und deshalb werden wir auch die weiteren Bemühungen um mehr Demokratie konstruktiv, aber auch durchaus kritisch begleiten. Vordergründig klingt die Forderung nach einer europäischen Bürgerinitiative doch durchaus attraktiv. Weitere Fortschritte aber für mehr Bürgerbeteiligung auf EU-Ebene müssen Bestandteil der gesamten weiteren Ausgestaltung der Reformen auf europäischer Ebene sein.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Sehr richtig.)

Wie gesagt, die guten Rosinen nur herauszupicken, geht nicht.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Wieso geht das nicht?)

Bis Ihre Fraktion ihr Verhältnis zu Europa ordentlich geklärt hat, werden wir Anträge in dieser Form ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Das war eine sehr sachliche Auseinandersetzung. –
Zuruf von Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Leonhard.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Kuhn von der Fraktion der CDU.

Werner Kuhn, CDU: Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir uns den Antrag der LINKEN anschauen, sehen wir natürlich, dass das eine sehr selektive Betrachtung ist.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja, klar.)

Man muss konstatieren und sagen, der Vertrag von Lissabon beinhaltet nicht nur plebiszitäre Elemente und den Punkt, dass die Möglichkeit in der Zukunft auch besteht, mit einer Million Unterschriften ganz bestimmte politische Dinge hier in Angriff zu nehmen,

(Irene Müller, DIE LINKE:
Da fehlen einem ja die Worte.)

die dann durch die Legislative und die Exekutive in Brüssel entschieden werden, sondern es war ein schwieriger Verhandlungsprozess nach dem Scheitern der EU-Verfassung, dass überhaupt dieser Vertrag von Lissabon diese Form annehmen konnte. Deutschland war seinerzeit in der EU-Ratspräsidentschaft sehr verantwortlich mit der Bundeskanzlerin, dass diese Verhandlungen so ausgehen konnten. Was denken Sie? Es war eine schwierige Situation, wenn man dann sagte, bis jetzt

waren alle 27 Mitgliedsländer schon in ihren Kommissionen mit einem entsprechenden Kommissar vertreten und das werden in der Zukunft nur noch die Hälfte sein, oder wenn es darum ging, wie das Abstimmungsverhältnis, das Abstimmungsvotum in der Europäischen Union in der Zukunft gestaltet wird und dass es notwendig ist, dass ich mindestens 55 Prozent der Mitgliedsstaaten habe und 65 Prozent aller Einwohner der Europäischen Union, wenn es darum geht, auch Mehrheiten innerhalb des Europäischen Parlamentes, Mehrheiten innerhalb der Exekutive zu gestalten.

Deshalb, denke ich, ist es etwas vermessen von der Fraktion DIE LINKE, dass man in einem Prozess der politischen Willensbildung, nämlich einem Ergebnis einer Kommission, sozusagen bevor das Parlament dazu getagt hat, ein Votum abgibt und sagt: Ja, genau das ist auch unsere Überlegung,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sie wissen doch, ein Problem ist, dass die Länderparlamente immer zu spät beteiligt werden.)

eine Europäische Bürgerinitiative hier in Angriff zu nehmen. Auf der anderen Seite ist die LINKE konsequent dagegen, dass der Vertrag von Lissabon in dieser Form, wie er verhandelt worden ist mit allen 27 Mitgliedsländern, tatsächlich auch so ratifiziert werden kann. Ob das über Referenten geht, ob das über die entsprechenden Gewählten, frei gewählten Vertreter der einzelnen Parlamente funktionieren kann,

(Irene Müller, DIE LINKE: Das wird ja richtig anstrengend, Herr Kuhn.)

das ist doch völlig egal in diesem Zusammenhang.

(Irene Müller, DIE LINKE: Luft holen, Luft holen! Das wird ja richtig anstrengend, Herr Kuhn.)

Und manchmal habe ich so den Eindruck, dass Sie als LINKE als Hüter der plebiszitären Elemente und der Bürgerbefragung und so

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Das haben Sie gut erkannt. – Zurufe von
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE,
und Irene Müller, DIE LINKE)

eine besondere Aufgabe gefunden haben, nachdem Sie ja viele, viele Jahre, als die Bürgerrechte eben noch nicht in den Ostblockstaaten und auch nicht in der DDR realisiert werden konnten,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Jetzt hat er ja doch die Kurve gekriegt.)

dass Sie jetzt sozusagen in der Form einen enormen Nachholbedarf haben.

(Irene Müller, DIE LINKE: Luft holen,
Luft holen! Ganz ruhig bleiben!)

Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich mir das anschau, das Europäische Parlament hat sich bislang noch nicht mit dem Bericht des Ausschusses für die konstitutionellen Fragen befasst.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Und dann dürfen wir das auch nicht,
oder wie? Eigenartige Auffassung.)

Die ursprünglich geplante Beratung sollte am 9. März seinerzeit sein, sie ist abgesagt worden.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Wie Frau Borchardt schon sagte.)

Wir sind 60 Tage im Prinzip vor einem wichtigen Wahltermin,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Oh,
das wissen wir erst seit dem 9. März, oder?)

an dem die Neuwahl zum Europäischen Parlament in Europa in Angriff genommen wird. Das heißt, eine nächste Legislaturperiode steht ins Haus,

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Eben, eben.)

die natürlich auch eine besondere Herausforderung für alle 27 Mitgliedsstaaten sein wird, und ich denke, meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Insbesondere für den Kollegen Kuhn. –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

möglicherweise auch für den Kollegen Kuhn, wenn das alles so läuft.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Ja, das läuft.)

Aber wenn ich mir anschau, wie die anderen Parteien – und in besonderer Weise auch die LINKE – europafreundliche, sehr konstruktive Kollegen dann nicht auf ihrer Liste platzieren, sondern genau die, die dann sagen, wir wollen nicht Lissabon,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Jetzt haben Sie ein Demokratiedefizit.)

dieser Vertrag ist letztendlich auch, was die europäische Sicherheits- und Außenpolitik betrifft, überhaupt nicht mit unseren Zielen zu vereinbaren, wir wollen nur noch plebiszitäre Elemente, da kann ich nur sagen, das ist nicht der richtige Weg.

(Irene Müller, DIE LINKE: Könnten
Sie bei der Listenwahl mit dabei sein.)

Wir müssen erst sehen, dass die einzelnen Nationalstaaten sich hier auch einigen darüber und sagen, wo wollen wir in der Zukunft ankommen in unserem gemeinsamen Haus Europa. Und wenn wir uns überlegen und sagen, also 2002 mit dem Vertrag von Nizza, der EU-Ost-Erweiterung, da sind noch keine zehn Jahre vergangen, und Sie erwarten jetzt,

(Irene Müller, DIE LINKE: Ruhig, ruhig.)

also es muss in übergroßer Weise jetzt schon eine Übereinstimmung bestehen in einer schwierigen Situation,

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Sie
werden noch gebraucht. Ein bisschen ruhiger. –
Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

in Wirtschafts- und Finanzkrise, in dem Bereich, wo letztendlich auch die Solidarität der einzelnen Länder untereinander gefragt ist,

(Irene Müller, DIE LINKE:
Fassen Sie sich, fassen Sie sich!
Ihr Herz, Ihr Atem, Ihr Kreislauf!)

die Solidarität der wirklich wirtschaftlich starken mit den schwächeren Ländern, und da sagen Sie, dieser ganze europäische Prozess ist gescheitert. Ich sehe das völlig anders. Und wenn Sie Politiker fragen, die aus dem südostasiatischen Raum kommen oder auch aus Lateinamerika, dann sagen die nur, ich weiß überhaupt nicht, was ihr wollt. Ein solches Modell wie diese Europäische Union, die würden wir uns von Herzen wünschen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Und die Probleme, die ihr da habt, die würden wir in dieser Form sehr gerne nehmen wollen, wenn wir nur diese Einigung herstellen könnten. Und deshalb lehnen wir auch Ihren Antrag heute ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Sie müssen langsamer sprechen.)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Kuhn.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Müller von der Fraktion der NPD.

Tino Müller, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die EU ist seit Längerem ein gern thematisierter Gegenstand in der einen oder anderen Initiative der Landtagskommunisten. In diesem Fall wünschen sich die Vorkämpfer der Internationalen eine neue, wie sie in ihrem Antrag formulieren, „supranationale direkte Demokratie“. Sie fordern sinngemäß: Europäische Bürgerinitiative einführen. Was Ihnen vorschwebt, ist doch eher eine europaweite Arbeiterbewegung unter altbekannter Parole.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Ach Gott, ach Gott, ach Gott!)

Da der Landtag selbst nur ein Abbild seiner selbst ist, machen die Genossen der Linkspartei auffällig regen Gebrauch von wachsweißen Formulierungen wie: „der Landtag begrüßt“, „der Landtag spricht die Erwartung aus“ oder „der Landtag teilt insbesondere die Auffassung“.

(Zurufe von Reinhard Dankert, SPD,
und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

De facto bleibt diesem sogenannten Hohen Hause heutzutage auch nicht mehr viel übrig.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Es ist auch von Ihnen nicht mehr zu leugnen, dass die Einrichtung Landtag nur noch als Ausschmückung für die Vollstreckung von EU-Richtlinien dient. Nicht umsonst bescheinigte Roman Herzog,

(allgemeine Unruhe –
Glocke des Vizepräsidenten)

einstiger Richter am Bundesverfassungsgericht und späterer Bundespräsident der EU-Zentrale Brüssel ein – Zitat – „Besorgnis erregende(s) ... Demokratiedefizit“

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

und die „Aufhebung der Gewaltenteilung“. Nach dieser Logik ist es klar, warum das parlamentarische Theaterstück „Landtagssitzung“ überhaupt noch praktiziert wird.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Eben, genau.)

Die EU-Hörigkeit der Postkommunisten ist ungebrochen groß.

(Reinhard Dankert, SPD: Da spielt ihr,
bei dem Theater, ja immer kräftig mit.)

Dabei befindet sich die Partei DIE LINKE selbst in einem EU-kritischen Klageverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und man höre und staune: Die EU-Fetischisten lehnen das Vertragswerk von Lissabon ab, jedoch nicht die Europäische Union selbst.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Tja. –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja.)

Erklären Sie doch mal, wie Ihre andere EU, Herr Methling, aussehen mag.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Weil wir eben keine Postnazis sind. –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich denke da eher an ein Konstrukt, wie es die Sowjetunion einst darstellte.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

In Ihrem Europaverständnis, Damen und Herren aus Brüssels Gnaden, haben die heutigen Europäer und ihre Völker keinen Platz.

(Zurufe von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE,
und Michael Andrejewski, NPD)

Identitätslos, entwurzelt und austauschbar, so ist der Idealtypus Ihrer Sorte Mensch, den Sie sich herbeiwünschen. Die Grenzen der europäischen Kulturen zu verwischen, darauf zielen Sie ab.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Mein Gott!)

Dann haben Sie Ihre formlose Masse von Menschen, die das von Ihnen herbeigesehnte Material für europäische Bürgerinitiativen bilden.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sie wollen
wohl im Teutoburger Wald bleiben, oder?)

Vizepräsident Hans Kreher: Das Wort hat jetzt noch einmal die Abgeordnete Frau Borchardt von der Fraktion DIE LINKE.

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Müller, ob wir Ihnen erklären, wie unser Europa aussehen könnte und sollte oder nicht, Sie werden es sowieso nicht verstehen.

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Das versteht auch kaum ein Bürger.)

Deswegen geben wir das an dieser Stelle lieber auf.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Sie haben in den letzten Wochen hier überhaupt nichts verstanden

(Irene Müller, DIE LINKE: Langsam
kann man sich nicht mehr darüber aufregen.)

und deshalb ist das, glaube ich, vergebliche Liebesmüh.

Meine Damen und Herren, natürlich – und das will ich an der Stelle sagen – waren wir darauf vorbereitet, dass Sie uns damit kommen, dass wir den Vertrag von Lissabon oder die Verfassung ablehnen, uns aber dieser Initiative anschließen. Ich denke, wenn Sie etwas besser recherchiert hätten, dann wären Sie auch darauf gekommen, dass es diese Initiative „Bürgerinitiative“ nicht erst mit dem europäischen Verfassungsentwurf gab, denn diskutiert wird sie schon seit 1996. Seit 1996 versuchen NGOs, viele demokratische Strukturen innerhalb der Europäischen Union, genau diese Frage vertraglich

zu vereinbaren und vertraglich festzuhalten. Dass der Vorschlag dann in den Verfassungsvertrag eingebracht wurde, liegt auch daran, dass diese außerparlamentarischen Kräfte sich in dem Konvent starkgemacht haben und das aufgegriffen wurde.

Nun sieht es aber so aus – und das macht uns schon ...

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Übrigens auch Frau Kaufmann.)

Auch durch Sylvia-Ivonne Kaufmann, gerade durch ihre Diskussion, und dazu stehen wir auch nach wie vor. Das ist überhaupt kein Dissens, den wir da, wenn Sie den jetzt aufmachen wollten, Herr Müller, in irgendeiner Weise haben. Nein, im Gegenteil. Nach unserem Anspruch ist das, was Sylvia-Ivonne Kaufmann im Konvent geleistet hat, das, was sie versucht hat einzubringen, durchaus akzeptabel. Davor haben wir auch Respekt und den haben wir ihr gegenüber immer zum Ausdruck gebracht.

Und dann noch, Herr Kuhn, wissen Sie, es ist eine demokratische Entscheidung eines Parteitages. So, wie Sie nominiert worden sind, haben wir eben anders nominiert.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Wobei wir nicht so einen klasse Mann wie Kuhn haben. – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Mehr kann ich dazu nicht sagen, da haben wir auch keinen Nachholbedarf, den Sie da in irgendeiner Weise postulieren.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Also, wie gesagt, es ist schon ein langer Diskussionsprozess, der nicht erst mit der Verfassung zum Ausdruck gebracht wurde oder jetzt mit dem Verfassungsvertrag, der jetzt vorliegt.

Und dann müssen Sie sich gefallen lassen: Sie werfen uns vor, wir nehmen sozusagen eine Rosine aus diesem Verfassungsvertrag. Das, was mit dem Lissabonner Vertrag vorliegt, ist genau das Gleiche. Sie haben nämlich aus dem Verfassungsvertrag das herausgenommen

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Die Weintrauben.)

oder Ihre politisch Verantwortlichen, was unbedingt gebraucht wird aus Ihrer Sicht, um die Europäische Union so zu entwickeln, wie Sie sie wollen.

(Werner Kuhn, CDU: Das heißt nicht, wie Sie, sondern wie 27 Staaten übereinkommen, das ist das Problem.)

Auch das nenne ich eine sehr differenzierte Betrachtung.

(Zuruf von Detlef Müller, SPD)

Nun könnte man ja die Hoffnung haben, dass der Lissabon-Vertrag in irgendeiner Weise umgesetzt wird.

(allgemeine Unruhe)

Nun kann ich dann aber auch dazusagen, ja, vertraglich wird diese europäische Bürgerinitiative durch den Lissabon-Vertrag geregelt, aber es steht auch im Vertrag, dass sowohl die Europäische Kommission als auch das Parlament beauftragt wird, die Umsetzung durchzuführen. Da macht es uns schon ein bisschen nachdenklich, wenn denn, obwohl der Termin der Europawahlen ja

schon lange bekannt ist, der ist ja nicht erst seit gestern bekannt,

(Irene Müller, DIE LINKE: Seit dem 9. März.)

dieser Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung abgesetzt wurde und keine Debatte im Europäischen Parlament genau zu dieser Frage stattgefunden hat.

(Zuruf von Werner Kuhn, CDU)

Nun können Sie ja vom Prinzip her sagen, na ja, das hat das Europäische Parlament so diskutiert und so gewollt, müssen wir akzeptieren.

Zum Abschluss vielleicht: Wissen Sie, dieses Märchen, dass wir nicht europafreundlich sind, wenn Sie das immer noch nicht verstanden haben, das tut mir dann nun langsam auch wirklich leid. Die Anträge, die wir in den letzten Wochen und Monaten hier gestellt haben, mit denen wir bewiesen haben, dass wir mit Ihnen gemeinsam über ein zukunftsfähiges Europa diskutieren wollen, die beweisen eigentlich, dass wir für Europa sind, für eine Europäische Union. Und hören Sie auf, dieses Märchen hier laufend immer vorzuplappern!

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Wir haben den Antrag gestellt: „Daseinsvorsorge der EU-Mitgliedsstaaten, ihrer Regionen und Kommunen schützen“, das haben Sie abgelehnt. Wir haben den Antrag gestellt: „Evaluierung des Rechtsrahmens für die europäische Telekommunikation: Rundfunkkompetenz der Länder erhalten“, abgelehnt. Und das könnte ich vom Prinzip her so fortsetzen.

(Egbert Liskow, CDU: Man kann nicht das eine wollen und das andere mögen.)

Immer dann, wenn wir gemeinsam mit Ihnen nachdenken über Europa und die Frage, wie kann sich Mecklenburg-Vorpommern in diese Europäische Union mit einbringen,

(Michael Andrejewski, NPD: Wie kommen wir da raus, heißt die Frage.)

welche Aspekte wir dabei sehen, das lehnen Sie generell ab. Sie sind nicht bereit, mit uns gemeinsam über ein zukunftsfähiges Europa zu reden

(Werner Kuhn, CDU: Sie haben die EU-Verfassung abgelehnt, Frau Borchardt, Sie haben sie abgelehnt.)

und mit uns gemeinsam vom Prinzip her Diskussionen hier auch zu führen. Und da hilft auch nicht, Herr Kuhn, wenn Sie mit den Händen hier wedeln, hilft nichts, Sie haben zum Ausdruck gebracht, dass Sie das mit uns nicht tun wollen.

Es ist schade, dass insbesondere in Vorbereitung der Europawahlen von der heutigen Landtagssitzung dieses Zeichen, dass wir zu diesem europäischen Bürgerwillen stehen,

(Glocke des Vizepräsidenten)

vom Prinzip her nicht kommt. Das bedauern wir sehr, aber das müssen Sie draußen erklären und nicht wir. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Borchardt.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/2384. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Danke. Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/2384 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, aber Ablehnung der Fraktion der SPD, der CDU, der FDP und der NPD abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 13. Mai 2009, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen. Ich darf Ihnen aber auch noch frohe Ostern wünschen.

Schluss: 14.17 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Sylvia Bretschneider, Stefan Köster, Matthias Lietz, Toralf Schnur, Dr. Margret Seemann, Jürgen Seidel, Erwin SELLERING und Udo Timm.